



SPD

**ANTRÄGE ZUM
PARTEIKONVENT 2016**

*AM 5. JUNI 2016
IM WILLY-BRANDT-HAUS
IN BERLIN*

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender:	Olaf Scholz
Stimmberechtigte Mitglieder:	Katarina Barley Elke Ferner Michael Groschek Hubertus Heil Gabriele Lösekrug-Möller Christoph Matschie Ute Vogt
Beratendes Mitglied:	Sascha Vogt

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Bettina Hagedorn
LV Mecklenburg-Vorpommern	Sonja Steffen
LO Hamburg	Nils G. Weiland
LO Bremen	Gisela Schwellach
BZ Nord-Niedersachsen	Dörte Liebetruth
BZ Weser-Ems	Susanne Mittag
BZ Hannover	Sylvia Binkenstein
BZ Braunschweig	Matthias Wehrmeyer
LV Sachsen-Anhalt	Andreas Schmidt
LV Brandenburg	Ralf Holzschuher
LV Berlin	Melanie Kühnemann
LV Nordrhein-Westfalen	André Stinka
BZ Hessen-Nord	Timon Gremmels
BZ Hessen-Süd	Dagmar Schmidt
LV Thüringen	Dorothea Marx
LV Sachsen	Juliane Pfeil
LV Saar	Petra Berg
LV Rheinland-Pfalz	Roland Schäfer
LV Baden-Württemberg	René Repasi
LV Bayern	Marietta Eder

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen. Die Antragskommission hat am 12. Mai 2016 beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß §28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Solidarprojekt (A)	A1	Seiten 4 - 18
Themenübergreifende Anträge (B)	B1-B66	Seiten 19 - 117
Europa und Internationales (C)	C1-C24	Seiten 118 - 179
Organisationspolitik (O)	O1-O9	Seiten 180 - 185

Der Antragsschluss für den Parteikonvent 2016 in Berlin am 5. Juni 2016 war satzungsgemäß am 25. April 2016.

Solidarprojekt (A)

A/Antrag 1

Partei Vorstand

Solidarprojekt - Politik für die solidarische Mitte

Alle Menschen in Deutschland erwarten, dass ihre Anliegen ernst genommen werden:

- 5 Wenn z.B. Alleinerziehende Kitaplätze für ihre Kinder brauchen. Wenn eine Familie keine bezahlbare Wohnung findet oder wenn sogar nach 40 Jahren harter Arbeit die Rente kleiner ist als die Sozialhilfe.
- 10 Ernst genommen zu werden, erwarten Frauen und Männer, die noch keinen Weg gefunden haben in einen guten Job mit anständigem Lohn. Und viele Menschen machen sich Sorgen, weil Rechtspopulisten Hass und Hetze verbreiten und versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten.
- 15

- 20 Die SPD nimmt sich der Anliegen der Menschen in Deutschland an. All derer, die sich engagieren und in die Gesellschaft einbringen. Im Beruf, in der Familie oder im Ehrenamt. All derer, die in ihrer Lebenssituation Unterstützung brauchen.

- 25 Für diese Unterstützung sind Investitionen notwendig. Das ist in Deutschland in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden. Wir müssen mehr Geld in Kitas und Schulen und in gute Ausbildung stecken. Ebenso fehlen Investitionen in Infrastruktur, in schnelles Internet und in Innovationen, die unsere Wirtschaft voranbringen. Unsere Städte und Gemeinden brauchen mehr Investitionen, damit ganze Nachbarschaften nicht abgehängt werden.
- 30
- 35

- 40 Viele Aufgaben waren schon dringend, bevor Flüchtlinge in großer Zahl zu uns gekommen sind. Andere sind neu hinzugekommen. Für beide gilt: Jetzt müssen

Solidarprojekt - Politik für die solidarische Mitte

zurückgestellt bis zur Sitzung des SPD-Partei Vorstands am 30. Mai 2016

wir die Dinge angehen und die Weichen stellen. Es wäre fatal, die großen Aufgaben jetzt hinauszuschieben.

45 Unser Land ist stark: Menschlichkeit und Solidarität sind unsere größte Stärke. Wir haben eine starke Wirtschaft mit gut ausgebildeten Mitarbeitern. Wirtschaftliche Stärke ist Voraussetzung für unseren Wohlstand. Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist niedrig, nie zuvor waren so viele Menschen erwerbstätig. Beides – eine starke Wirtschaft und die niedrige Arbeitslosigkeit – sind Grundlagen für den soliden Staatshaushalt. Der Staat nimmt derzeit viele Milliarden Euro mehr ein als er ausgibt.

60 Jeder Unternehmer muss entscheiden, wann es klug ist, Geld zu sparen und wann er investieren muss, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Eine Entscheidung, die auch eine Regierung immer wieder treffen muss. Unüberlegte Sparpolitik würgt das Wachstum ab. Kluge Investitionen zur richtigen Zeit sind hingegen gut angelegtes Geld.

70 Ein Solidarpakt für Deutschland heißt: Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Modernisierung. Er beginnt aber nicht erst jetzt, sondern er setzt das fort, was wir seit Eintritt in die Bundesregierung 2013 bereits begonnen haben.

75 Wir haben dafür in dieser Legislaturperiode schon viel erreicht:

- den Mindestlohn,
- die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren,
- Milliardeninvestitionen in Kitas, Schulen und Hochschulen,
- bessere Bedingungen in der Kranken- und Altenpflege.

85 In den Haushaltseckpunkten haben wir nochmal 20 Milliarden € mehr bis 2020 für den sozialen Wohnungsbau, Kitas, Arbeitsmarktförderung und Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge durchgesetzt.

90

Aber wir müssen noch besser werden, insbesondere darin:

- 95 • Ungleichheit an der Wurzel zu packen, also für gute Bildung, gute Arbeit, gute Löhne und Aufstiegsperspektiven für alle zu sorgen;
- 100 • Allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen und gezielter zu fördern, um soziale Brennpunkte zu vermeiden;
- 105 • Investitionen in die Infrastruktur, in die Digitalisierung, in Forschung und Entwicklung und in der Demokratieförderung zu erhöhen;
- Eine bessere Infrastruktur und eine gerechtere finanzielle Unterstützung sowie mehr Zeit für Familien.

110 All das muss im Mittelpunkt fortschrittlicher Verteilungs- und Gerechtigkeitspolitik stehen.

115 Das ist eine Politik zur Stärkung der solidarischen Mitte, die berechtigte Sorgen ernst nimmt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt. Daher fordern wir:

120 **Gleiche Bildungschancen für alle – sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll**

125 Die Zukunft unseres Landes, seine soziale und wirtschaftliche Stärke und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hängen von gleichen Bildungschancen ab. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, in unsere Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit in die Zukunft unseres Landes insgesamt. Nichts sichert eine größere Rendite. Vor allem aber ist eine gute Bildung die Basis für ein gelingendes Leben und Aufstiegsmöglichkeiten.

135 Eine bildungspolitische Wende wird nur gelingen, wenn sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam daran beteiligen. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz können wir uns weniger denn je leisten und wollen deshalb die ideologischen Blo-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

140 ckaden aufbrechen, um neue Formen der
Zusammenarbeit zu ermöglichen. Wir
wollen daher das Kooperationsverbot ab-
schaffen, um neue Formen der Zusam-
menarbeit zu ermöglichen. Dann wäre
145 endlich auch ein bundesweites Investiti-
onsprogramm in Schulen und andere Bil-
dungseinrichtungen möglich.

150 Gute Ganztagsangebote bieten den Raum,
dass alle Kinder ihre Talente entfalten und
individuell gefördert werden können. Sie
bieten die Verlässlichkeit, die Eltern zur
Vereinbarung von Familie und Beruf brau-
chen. Deshalb ist ein Rechtsanspruch auf
155 ganztägige Bildung und Betreuung und
eine vom Bund unterstützte Ganztags-
schuloffensive dringend notwendig. Um
die Entwicklung guter Ganztagschulen
voranzubringen, wollen wir auch die
160 Schulsozialarbeit flächendeckend ausbau-
en.

Bildungschancen braucht es immer wie-
der neu, ein Leben lang. Deshalb wollen
165 wir ein umfassendes Konzept der Aus-
und Weiterbildungsfinanzierung entwi-
ckeln, bestehende Instrumente unter ei-
nem Dach bündeln und um neue Ansätze
ergänzen. Das BAföG muss über die aktu-
170 elle Reform hinaus weiterentwickelt wer-
den. Hierzu gehört auch eine Stärkung des
Schüler-BAföG, damit Schülerinnen und
Schülern aus einkommensschwachen Fa-
milien der Besuch einer weiterführenden
175 Schule nicht aus finanziellen Gründen
versperrt bleibt.

Eine wesentliche Stärke unseres Bildungs-
systems ist die duale Ausbildung. An den
180 Lernorten Schule und Unternehmen, wer-
den Theorie und Praxis in einzigartiger
Weise miteinander verbunden. Die beruf-
liche Ausbildung bietet vielfältige Lebens-
und Berufsperspektiven, die es stärker als
185 bisher zu nutzen gilt. Um unsere Innovati-
onsfähigkeit zu sichern und den Fachkräf-
tebedarf zu decken, müssen berufliche
und akademische Bildung stärker als bis-

her ineinander greifen. Deshalb wollen wir
190 die berufliche Ausbildung aufwerten, sie
für junge Menschen attraktiver machen.
Dazu gehört auch, die Rahmenbedingun-
gen für eine qualitativ hochwertige Aus-
195 Mindestausbildungsvergütung oder ver-
besserte Mitbestimmungs- und Mitgestal-
tungsmöglichkeiten der Auszubildenden.

Gut ausgebildetes sozialpädagogisches
200 Fachpersonal und qualifizierte Lehrerinnen
und Lehrer sind der Schlüssel für ein
gerechtes und integratives Bildungswe-
sen. Wir brauchen deutlich mehr Absol-
ventinnen und Absolventen in allen sozia-
205 len und pädagogischen Berufen. So müs-
sen Bund und Länder z.B. eine gemeinsa-
me Fachkräfteoffensive starten, um Lehre-
rinnen und Lehrern für das Lehramt an
berufsbildenden Schulen zu gewinnen.
210 Die Ausbildung von Sozialassistentinnen
und –assistenten, von Sozialpädagoginnen
und –pädagogen, wie auch von Erzie-
herinnen und Erziehern muss weiterent-
wickelt und zukünftig in dualer Form, ge-
215 bührenfrei und mit einer angemessenen
Ausbildungsvergütung angeboten wer-
den.

Die Anerkennung ausländischer Berufsab-
220 schlüsse muss stärker auf die aktuellen
Anforderungen hin ausgerichtet werden.
Wichtig sind systematische Angebote zur
Anpassungs- und Nachqualifizierung, die
225 auf den mitgebrachten Kompetenzen und
Fähigkeiten aufbauen. Und schließlich
brauchen wir stärkere Anreize, die Maß-
nahmen auch wahrzunehmen, in dem wir
Qualifizierungszuschüsse oder ein „Ein-
stiegs-Darlehen“ gewähren.

230 **Gute Arbeit verbindet**

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein histo-
rischer Erfolg, sozial und wirtschaftlich.
235 Geringfügige Beschäftigung nimmt ab.
Traditionelle Niedriglohnbranchen wur-
den in die Tarifbindung einbezogen. Wir

lassen es nicht zu, dass dieser Erfolg wieder in Frage gestellt wird. Deshalb erteilen wir allen Versuchen eine Absage, den Mindestlohn für die Integration von Flüchtlingen wieder aufzuweichen. Ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften kann die Rechtsposition von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere in Klein- und mittelständischen Betrieben fördern und die Stellung der Gewerkschaften stärken.

Wir haben die Möglichkeiten der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vereinfacht und erweitert. Wo Tarifverträge gelten, gibt es gerechtere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Diese Politik verfolgen wir weiter. Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden. Wir setzen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ um. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass mit einer klaren Definition des Werkvertrags nicht andere missbräuchliche Wege des Sozialdumpings genutzt werden. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher wird verboten. Betriebsräte erhalten mehr Rechte.

Frauen sind auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt noch nicht völlig gleichberechtigt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Wir wollen diesen unwürdigen Zustand mit einem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit beenden.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Stärkung der Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen ein. Insbesondere beim digitalen Wandel, der die Arbeitswelt stark verändern wird, müssen Betriebs- und Personalräte mitentscheiden.

Langzeitarbeitslose unterstützen wir auf

ihrem Weg in den Arbeitsmarkt. Deswegen haben wir mit dem Solidarprojekt über 2 Milliarden Euro mehr für die Förderung der aktiven Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Dies kommt allen Menschen zugute, die eine Arbeit suchen.

Eine menschliche Gesellschaft ist eine inklusive Gesellschaft

Wegen einer Behinderung oder Beeinträchtigung soll niemand bedürftig werden. Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein. Im Zentrum unserer Politik stehen nicht Institutionen, sondern Menschen. Denn jeder Mensch ist anders. Unser Ziel ist deshalb, dass jeder und jede Einzelne entsprechend den individuellen Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben umfassend teilhaben kann.

Mit einem Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen führen wir die Eingliederungshilfe aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ heraus. Der Mensch steht im Zentrum, das ist der Grundsatz der Leistungen. Wunsch- und Wahlrecht und soziale Teilhabe werden gesichert und das Budget für Arbeit für alle Menschen mit wesentlichen Behinderungen geöffnet. Die Beratung über Teilhabeleistungen muss unabhängig sein. Das geltende Recht der Heranziehung von Einkommen und Vermögen muss grundlegend geändert werden.

Lebensleistung muss sich auszahlen

Wir wollen, dass sich langjährige Beitragszahlung in der Sozialversicherung auszahlt. Wer 40 Jahre gearbeitet hat und Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt hat, muss im Alter mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat. Deswegen wollen wir eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Die solidarische Lebensleistungsrente garantiert langjährigen Beschäftigten eine Min-

destrente oberhalb der Sozialhilfe.

Eine Frage der Gerechtigkeit: Ost-West-Rentenangleichung

340

27 Jahre nach der Einigung Deutschlands ist unstrittig, dass die Fortführung der jetzigen Rechtssituation zu immer größeren Unstimmigkeiten im Rentenrecht führt und insbesondere die Akzeptanz dafür sinkt – und zwar nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland.

345

350

Für uns gilt der Koalitionsvertrag: Im Jahr 2019, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten

355

Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Dieses Jahr prüfen wir, wie weit die Angleichung der Altersbezüge in den neuen und den alten Bundesländern vorangekommen ist. Und wir wollen in dieser Wahlperiode ein Gesetz, das den Fahrplan zur vollständigen Angleichung der Rentenwerte in Ost und West fest schreibt.

360

365 Rentenniveau stabilisieren

Mit dem Rentenpaket, das die SPD in dieser Koalition durchgesetzt hat, wurde eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, die viele

370

Menschen spürten, weil erbrachte Leistung bisher nicht ausreichend gewürdigt wurde. Die solidarische Lebensleistungsrente und die Ost-West-Angleichung ergänzen dies. Diese Verbesserungen finden große Zustimmung bei der Mehrheit der Bevölkerung.

375

380

Getragen von einer günstigen Wirtschaftslage, einer hohen Erwerbsbeteiligung und erfolgreichen Maßnahmen am Arbeitsmarkt, wie der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, steht die gesetzliche Rentenversicherung gegenwärtig gut da: für das

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

385 kommende Jahr sind spürbare Rentenerhöhungen zu erwarten, und die Rentenversicherungsbeiträge und das Leistungsniveau bleiben voraussichtlich bis 2020 stabil.

390

Auf längere Sicht wird die Alterssicherung in Deutschland, und insbesondere die gesetzliche Rentenversicherung, vor Herausforderungen stehen. Unser Ziel ist es, ein stabiles Rentenniveau zu erreichen, das sich am vorherigen Lebensstandard orientiert, und Armut im Alter zu verhindern. Gleichzeitig gilt es, eine stabile Finanzierung zu erreichen.

395

400

Paritätische Finanzierung wieder herstellen

405 Das Gesundheitswesen in Deutschland bietet eine hochwertige Versorgung. Die Reformen dieser Wahlperiode haben diese weiter verbessert und tragen die Handschrift der SPD.

410 Zugleich steigen die Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen für die Versicherten stark. Wenn auch künftige Erhöhungen allein von den Versicherten bezahlt werden müssen, verstößt dies gegen eine solidarische Finanzierung. Die jetzige Aufteilung der Beiträge belastet vor allem die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Vor diesem Hintergrund ist eine Rückkehr zur vollständigen paritätischen Finanzierung dringend geboten.

415

420

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge wieder hergestellt wird.

425

430 Auch in Zukunft müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen auf eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung - unabhängig von Geldbeutel, Wohnort oder Lebensumständen - verlassen können.

435 Unser Ziel bleibt die Bürgerversicherung.
Das bedeutet für uns: gleicher Zugang zur
medizinischen Versorgung für alle, solida-
rische Versicherung für alle und eine ge-
rechte Finanzierung.

440

Gutes und bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt

445 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und kein
Luxusgut. Menschen in allen Lebenslagen
und Lebensphasen haben Anspruch auf
gutes und bezahlbares Wohnen, ein at-
traktives, generationengerechtes Wohn-
umfeld in sozial gemischten Quartieren.

450

In vielen großen Städten, insbesondere
Universitätsstädten, und Ballungsregio-
nen ist das Wohnungsangebot so knapp,
dass die Mieten exorbitant gestiegen und
455 für viele Menschen nicht mehr bezahlbar
sind. Um den Bedarf in diesen Regionen zu
decken, brauchen wir den Bau von min-
destens 350.000 bis 400.000 Wohnungen
jährlich. Und wir brauchen mehr Woh-
460 nungen mit Sozialbindung.

Wir haben in dieser Legislaturperiode
schon viel erreicht. Mit der Mietpreis-
bremse, der Wohngeldreform, der Erhö-
465 hung der Bundesmittel für die soziale
Wohnraumförderung, dem Programm
„Altengerecht umbauen“ und nicht zu-
letzt mit dem Bündnis für bezahlbares
Wohnen und Bauen haben wir die Bedin-
470 gungen für den Neu- und Umbau von be-
zahlbaren Wohnungen deutlich verbessert
und sorgen damit zugleich für eine
Entlastung von Mieterinnen und Mietern.

475 Mit der deutlichen Aufstockung der Mittel
für die Städtebauförderprogramme - und
hier insbesondere das Programm „Soziale
Stadt“ - haben wir notwendige Investitio-
nen in die Infrastruktur unserer Städte
480 und Gemeinden auf den Weg gebracht.
Dadurch können wir den sozialen Zu-
sammenhalt in den Quartieren festigen.

485 Auf diesen Erfolgen können und wollen wir uns aber nicht ausruhen. Mit der zweiten Stufe der Mietrechtsreform wollen wir die Mieterinnen und Mieter bei der Übernahme von Kosten für Modernisierungsmaßnahmen entlasten.

490 Wir wollen, dass der Bund auch in Zukunft Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung übernimmt. Das Wohngeld wollen wir in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern fortführen und uns für eine Dynamisierung und eine Klimakomponenten einsetzen.

500 Wir wollen Wohnungsgenossenschaften beim Neubau von Wohnungen als Garanten für bezahlbaren und sicheren Wohnraum unterstützen.

505 Wir wollen den Wohnungsbestand so umbauen, dass möglichst viele Menschen möglichst lange und selbstbestimmt Leben in der eigenen Wohnung und dem eigenen Wohnumfeld wohnen bleiben können.

510 Wir wollen das Programm „Soziale Stadt“ in den kommenden Jahren weiter stärken, um insbesondere benachteiligte Quartiere wirkungsvoll und verlässlich zu unterstützen. Dabei helfen soll auch die Gründung einer Bundesstiftung „Soziale Stadt“, die wir noch in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen wollen.

520 **Investitionslücke schließen – heute die Weichen für Wirtschaftswachstum stellen**

In Deutschland wird zu wenig investiert. Diese Investitionslücke bedroht künftiges Wachstum und Wohlstand. Wir wollen nicht nur diese Lücke so schnell wie möglich durch konkrete Investitionen schließen. Wir wollen darüber hinaus das hochproduktive Potenzial Deutschlands heben und stärken. Bis 2025 soll die Investitionsquote Deutschlands über den OECD-

535 Durchschnitt steigen, um in die Spitzen-
gruppe der modernsten Wirtschaften auf-
zurücken. Dazu gehört, dass Deutschland
die jährlichen Ausgaben für Forschung
und Entwicklung im Laufe der nächsten
zehn Jahren auf 4 Prozent des BIP steigert.

540 Deutschland muss mehr in seine öffentli-
che Infrastruktur investieren. Derzeit lebt
Deutschland von der Substanz, der Kapi-
talstock des Landes verfällt zusehends.
545 Eine Modernisierung unserer Infrastruktur
– insbesondere Breitband, Kommunikati-
onsinfrastruktur und Verkehrswege – ist
Voraussetzung für eine Steigerung priva-
ter Investitionen.

550 Die im Koalitionsvertrag vereinbarten
Breitband-Ausbauziele mit flächende-
ckend mindestens 50 Mbit/s bis 2018 sind
ein wichtiger Zwischenschritt. Bald aber
werden Bandbreiten mit 500 Mbit/s und
mehr zu normalen technologischen An-
555 forderungen gehören. Daher wollen wir
eine zukunftsfähige Glasfaser-Strategie
für ein Gigabitnetz mit klaren Ausbauzie-
len bis 2025 entwickeln und umsetzen. In
den nächsten zehn Jahren müssen wir vor
560 allem aus privaten, aber auch aus öffentli-
chen Mitteln 100 Mrd. Euro in ein
Gigabitnetz investieren.

565 Zu einer integrierten Zukunftsstrategie
gehört die Finanzierung von Verkehrswe-
gen, Flughäfen, Häfen und Logistik auf
hohem Niveau. Wir brauchen starke Hä-
fen, um unsere Funktion als Logistik-
Drehscheibe zu erfüllen und eine leis-
570 tungsfähige Verkehrsanbindung ins Hin-
terland. Wir wollen bei der Finanzierung
des Bundesfernstraßennetzes neue Wege
gehen. Ziel muss eine effiziente und an
betriebswirtschaftlichen Grundsätzen
575 orientierte Netzbewirtschaftung im Rah-
men demokratisch legitimierter strategi-
scher Prioritäten sein. Existierende
Instandhaltungslücken müssen geschlos-
sen werden. Eine Privatisierung der Bun-
580 desfernstraßen lehnen wir ab.

Außer zusätzlichen Mitteln brauchen viele Kommunen auch zusätzliches Know-how, um Investitionen wirtschaftlich planen und durchführen zu können. Zusammen mit den Ländern wollen wir dazu ein bundesweites Kompetenzzentrum aufbauen, das den Kommunen in allen Projektphasen als Berater zur Verfügung steht. Im Unterschied zu existierenden Angeboten würde dies nicht nur öffentlich-private Partnerschaften unterstützen, sondern auch – und insbesondere – konventionell realisierte Investitionsvorhaben, die derzeit mehr als 95 Prozent aller kommunalen Infrastrukturprojekte ausmachen.

Wir wollen die Anreize und das Umfeld für private Investitionen modernisieren. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Standortfaktoren, wie eine bessere digitale Infrastruktur, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung und gut qualifizierte Arbeitskräfte. Wichtig sind jedoch auch steuerliche Rahmenbedingungen und Anreize. Wir werden deshalb, in Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf, die stimulierende Wirkung gezielter degressiver Abschreibungsregeln nutzen, durch die Unternehmen unmittelbar nach großen Investitionen in verstärktem Maße steuerlich entlastet werden.

Strukturschwache Regionen nicht zurücklassen

Die Struktur- und Investitionsstärken im Bundesgebiet sind nach wie vor ungleich verteilt. Wir haben zwar erreicht, dass sich die Qualität der öffentlichen Infrastrukturen angeglichen hat. Im Durchschnitt jedoch bleibt viel zu tun. Die Finanzkraft der Kommunen fällt bundesweit weit auseinander. Sowohl ost- als auch westdeutsche Flächenländer spüren die Lasten einer ungünstigen demografischen Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen des wirtschaftlichen Strukturwandels. Die SPD steht auch nach dem Auslau-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

630 fen des Solidarpakts II im Jahr 2019 zur
gesamtstaatlichen Verantwortung für die
Zukunftsperspektiven strukturschwacher
Regionen. Wir wollen die Investitionstätig-
635 keit in den strukturschwachen Regio-
nen Deutschlands stärken. Unser Ziel ist
die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnis-
se, verstanden als gleiche Chancen für die
Menschen in allen Regionen.

640 **Innovationen durch Forschung und junge
Unternehmen fördern**

Gründer und junge Unternehmen sind ein
Treiber von Innovation und Wachstum.
645 Gleichzeitig hinkt Deutschland bei Neu-
gründungen dem weltweiten Trend noch
hinterher. Um wettbewerbsfähig zu blei-
ben, IT-Experten in Deutschland zu halten
und eigene Datenschutz- und Daten-
650 sicherheitsstandards umzusetzen, gilt es,
mehr Gründungen und mehr Wachstum
für erfolgreiche Start-ups zu ermöglichen.
Wir wollen eine „Neue Gründerzeit“. Wir
wollen die Rahmenbedingungen für Wag-
655 niskapital deutlich verbessern, auch um
Start-ups in Deutschland groß zu machen
und zu halten. Die steuerlichen Rahmen-
bedingungen sollen an europäische Stan-
dards angepasst werden, um wettbe-
660 werbsfähig zu bleiben. Dazu gehört, dass
die Veräußerung von Streubesitzanteilen
von Kapitalgesellschaften weiterhin steu-
erfrei sein muss. Daneben wollen wir die
Möglichkeiten zur Eigenkapitalfinanzie-
665 rung durch Schaffung besserer Rahmen-
bedingungen, wie das im letzten Jahr ein-
geführte vorbörsliche Segment, erweitern.
Wir wollen die projektorientierte steuerli-
che Forschungsförderung weiter ausbau-
670 en, die Kooperation zwischen Wirtschaft
und Wissenschaft stärken und den Trans-
fer von Technologie in die Marktreife be-
schleunigen. Über eine Steuergutschrift
für Forschung und Entwicklung-Ausgaben
675 in kleinen und mittleren Unternehmen
soll die Forschungstätigkeit im Mittel-
stand gestärkt werden.

Politik für die solidarische Mitte

680

Alle diese Investitionen stärken wirtschaftliches Wachstum. Eine Politik für die solidarische Mitte braucht Investitionen in wirtschaftliches Wachstum. Und sie braucht soziale Investitionen in Bildung, gute Arbeit, soziale Sicherheit und lebenswerte Kommunen.

685

Eine Politik für die solidarische Mitte ist eine Politik, die Arbeit und Leistung belohnt.

690

Eine Politik, die Aufstiegschancen und soziale Sicherheit schafft und Solidarität fördert.

695

Und eine Politik zur Stärkung des produktiven Kerns einer modernen Wirtschaft.

670

Auf die wachsende Verunsicherung in unserer Gesellschaft müssen wir antworten. Mit einem neuen Projekt der Solidarität und der solidarischen Modernisierung unseres Landes und Europas. Besinnen wir uns auf unsere Leitidee: Wirtschaftlicher Erfolg schafft sozialen Fortschritt. Sozialer Fortschritt erhöht den wirtschaftlichen Erfolg.

675

680

Eine Gesellschaft mit starker Mitte wird eine sozialdemokratische Gesellschaft sein!

Themenübergreifende Anträge (B)

B 1

Ortsverein Gifhorn (Bezirk Braunschweig)

	Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen	Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen
5	Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, dass der ab dem 1. Januar 2015 eingeführte Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder abgeschafft und die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) wieder hergestellt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einer Wiedereinführung der kompletten paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.	Erledigt durch Annahme von G 17 (o. BPT 2015)
10		
15		

B 2

Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)

	Sozialbeiträge paritätisch finanzieren!	Sozialbeiträge paritätisch finanzieren!
5	Der Unterbezirk Bremen-Nord fordert eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Sozialbeiträge. Auch die Zusatzbeiträge sollen – genauso wie der allgemeine Beitragssatz – hälftig von Arbeitgebern und Beschäftigten getragen werden.	Erledigt durch Annahme von G 17 (o. BPT 2015)

B 3

Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen!	Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen!
5	Die SPD fordert einen Systemwechsel in der Finanzierung des Gesundheitswesens. In einem ersten Schritt müssen die Zusatzbeiträge für die Versicherten noch in dieser Legislaturperiode in eine paritätische Beitragsfinanzierung überführt werden. Darü-	Zu „Paritätische Finanzierung“: Erledigt durch Annahme von G 17 (o. BPT 2015) und im Übrigen: Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

ber hinaus fordert die SPD eine Reform der Kranken- und Pflegeversicherung hin zu einer Bürgerversicherung für alle Versicherten, die mit einem Systemwechsel die zunehmende Zweiklassenmedizin beendet.

B 4

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

Den Sozialstaat stärken und reformieren - vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen

Der SPD-Parteikonvent fordert die vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) in das Bundeswahlprogramm für die nächste Bundestagswahl aufzunehmen.

Der SPD-Parteikonvent fordert die Bundestagsfraktion auf, Gesetzesinitiativen einzuleiten die zum Ziel haben, dass der eingeführte Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung wieder abgeschafft und die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung (durch Arbeitgeber und Beschäftigte) wieder hergestellt wird.

Die SPD unterstreicht, damit dass man am Prinzip der paritätischen Beitragsfinanzierung fest hält und plädiert dafür, sie durch eine stärkere Finanzierung über Steuern zu ergänzen. Zur Absicherung ist deshalb eine Steuerpolitik erforderlich, die sozial gerecht ist und Mittel für Investitionen in präventive Sozialpolitik und soziale Infrastruktur bereitstellt.

Die SPD setzt sich für eine reformpolitische Weiterentwicklung unserer Sozialsysteme ein: Wichtig sind eine Ausweitung der Versicherungspflicht und des Versicherungsschutzes. Die Arbeitnehmersicherungen sind zur universellen Bürger- und Erwerbstätigenversicherungen weiterzuentwickeln.

Den Sozialstaat stärken und reformieren – vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wiederherstellen

Zu „Paritätische Finanzierung“:
Erledigt durch Annahme von G 17 (o. BPT 2015)
G 17 enthält das Bekenntnis zur paritätischen Finanzierung
Im Übrigen: Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 zu „Bürgerversicherung“

B 5

Ortsverein Rohrbach 75031 (Landesverband Baden-Württemberg)

Rentnerkrankenkasse

Der SPD beantragt und fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, den § 5, Abs.1, Nr. 11, Halbsatz 1 des SGB V in der Fassung des Gesundheitsstrukturgesetzes dahingehend zu ändern, dass „Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung dann von der Krankenversicherung der Rentner ausgeschlossen sind, wenn sie nicht seit der erstmaligen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 1 Jahr über die Hälfte des Zeitraums seit Beginn ihrer Erwerbstätigkeit auf Grund einer Pflichtversicherung versichert waren. Abweichend davon findet eine Einzelfallprüfung statt.

5

10

15

Übergangsregelung: Der Antrag zur Aufnahme in die Krankenkasse der Rentner ist im Einzelfall-Nachweis nach Änderung des § 5 auch rückwirkend möglich."

20

Rentnerkrankenkasse

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 zu „Bürgerversicherung“

B 6

Kreisverband Bamberg Stadt (Landesverband Bayern)

Entlastung freiberuflicher Hebammen

Hebammen sind in extremem Maß von Haftpflicht-Forderungen bedroht. Bei angestellten Hebammen übernimmt der Arbeitgeber, also eine Klinik, die Haftung bei Fehlern in der Ausübung ihres Berufs. Für freiberufliche Hebammen fallen aber mittlerweile schon über 7000 € Haftpflicht-Prämien pro Jahr an und es steht sogar zu befürchten, dass in Zukunft gar keine Versicherung mehr ihre Dienste anbietet. Der Grund für diese hohen Prämien liegt nicht in einer besonderen Häufung von Schadensfällen, sondern in den sehr stark angewachsenen Schadensersatzforderungen in den wenigen Fällen einer unglücklich verlaufenden Geburt. Für die freiberuflichen Hebammen, also jenen, die in Entbindungshäusern arbeiten oder Hausgeburten anbieten, kommt dieser Umstand einem

5

10

15

Entlastung freiberuflicher Hebammen

Erledigt durch Schiedstellenentscheidung zwischen Hebammenverbänden und GKV-Spitzenverband vom 25.9.2015:

Hauptpunkte:

Refinanzierung der Berufshaftpflicht in vier gleich großen Raten bei Nachweis einer Geburt im Quartal, Qualitätskriterien analog zu Geburtshäusern.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
20	Berufsverbot gleich.
	Das Gesundheitsministerium hat die Notlage erkannt und bietet mittlerweile den Hebammen einen Zuschuss von etwa 4000 € pro Jahr an, den zu erlangen aber einen
25	sehr hohen bürokratischen Aufwand erfordert und Hebammen mit einer niedrigen Geburtenfrequenz sogar ausschließt.
	Wir fordern, dass der Staat, also die Gemeinschaft, die Haftung in einem Schadensfall
30	übernimmt und die Hebammen weitgehend vollständig entlastet. Die Anwesenheit einer Hebamme bei einer Geburt ist Pflicht, ob in der Klinik, in einem Geburtshaus oder im häuslichen Umfeld. Trotz
35	sorgfältiger Arbeit bleibt bei Geburten immer ein Risiko, das nicht völlig auszuschließen ist; es ist in der Klinik nicht wesentlich anders als bei einer Hausgeburt. Die Alternative zur Klinik-Entbindung, wenngleich
40	nur von einer Minderheit wahrgenommen, muss unbedingt erhalten werden, zumal Klinik-Entbindungen mit einer Kaiserschnitt-Rate von 30 bis 50% nicht gerade unproblematisch zu verlaufen scheinen.
45	Der Staat steht ohne weiteres für Schäden ein, die etwa einer der empfohlenen Schutzimpfungen zuzuschreiben sind – so fordern wir eine gleiche Entlastung für den Beistand zu einer Geburt.
50	Ein Nebenschauplatz: Neu eingeführte Ausschluss-Kriterien verhindern die Kostenerstattung für eine Haus- oder Geburtshaus-Entbindung jenseits von 3 Tagen über den errechneten Geburtstermin hinaus, wenn
55	die Hebamme eine Schwangere eigenständig betreut. Auch diese Entscheidung schränkt die Tätigkeit der Hebammen ein und bedarf einer Korrektur. Wir fordern, die Hebammen von diesen Auflagen und Einschränkungen zu entlasten.
60	

B 7

Unterbezirk Remscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Familienfreundliche Politik – Kinderwunsch trotz Krankheit – egal ob mit oder ohne Tauschein

Die SPD tritt dafür ein, dass Menschen, die aufgrund einer Krankheit befürchten müssen ihre Zeugungsfähigkeit zu verlieren, bei den Kosten der Kryokonservierung und der ggfs. anschließend notwendigen Behandlung entlastet werden - unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Insbesondere soll nicht die fehlende finanzielle Leistungsfähigkeit eines Paares dazu führen, dass wegen einer Erkrankung dauerhaft der Kinderwunsch verwehrt bleibt. Eine Vielzahl von Krankheiten kann zum Verlust der Zeugungsfähigkeit sowohl bei Männern als auch bei Frauen führen. Auch zeigen viele medizinische Heilbehandlungen den unerwünschten Nebeneffekt, dass der Patient zeugungsunfähig werden kann. Wenn die Gefahr besteht, dass ein Patient zeugungsunfähig wird, können Zellen entnommen werden, die nach einer Gesundung des Patienten genutzt werden können um eine Schwangerschaft zu ermöglichen. Hierbei entstehen je nach Verfahren Kosten zwischen einigen Hundert und mehreren Tausend Euro. Die Kosten einer Zellentnahme und -konservierung sind vom Patienten, egal ob verheiratet oder nicht, gemäß § 27 SGB V und § 27a SGB V selbst zu tragen. Für viele Menschen führt eine lange Krankheit auch zu einer finanziell schwierigen Situation. Eine solche finanzielle Notlage kann dazu führen, dass Kranke aufgrund fehlender finanzieller Mittel gezwungen sind, ihr konserviertes Gewebe vernichten zu lassen. Danach haben sie keine Chance mehr, ein Kind zu bekommen. Wir können es uns als schrumpfende Gesellschaft nicht leisten, Menschen den Kinderwunsch zu verwehren. Derzeit lassen sich Krankenkassen nach § 27a Abs. 1 Nr. 3 SGB V eine Eheschließungsurkunde übermitteln, bevor die Kos-

Familienfreundliche Politik – Kinderwunsch trotz Krankheit – egal ob mit oder ohne Tauschein

Absätze 1 - 3: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Absätze 4 - 5: Erledigt durch Annahme von G 48 (o. BPT 2015) in der Fassung der Antragskommission.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

45 ten z.B. einer in-vitro-Fertilisation zur Hälfte
übernommen werden können.

In einer kleiner werdenden Gesellschaft
sollten auch unverheiratete Paare Unter-
stützung erhalten, wenn eine medizinische
50 Behandlung zur Erfüllung des Kinderwun-
sches notwendig wird. Nicht der fehlende
Tauschein, sondern das Kindeswohl sollte
entscheidendes Kriterium für den Staat
sein. Viele Kinder haben unverheiratete
55 Eltern, so dass eine Stigmatisierung dieser
Kinder heute nicht mehr zu befürchten ist.
Es erscheint vielmehr nicht mehr zeitge-
mäß, dass bislang unverheiratete Paare mit
unerfülltem Kinderwunsch heiraten müs-
sen, um Unterstützung zu erhalten. Des-
60 halb sollten Paare, die Kindern ein liebevol-
les Zuhause bieten können, unabhängig
vom Vorliegen eines Tauscheins, entlastet
werden. So hat der Europäische Gerichtshof
für Menschenrechte eine vergleichbare Re-
65 gelung in Österreich, wonach unverheirate-
ten Paaren keinerlei Anspruch gegeben
wurde, bereits kritisiert.

B 8

Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Künstliche Befruchtung auch für nicht-
verheiratete Paare**

Die fordert, dass die Leistung der künstlichen
Befruchtung von jeder gesetzlich kranken-
versicherten Frau in dem Alter von 25 bis 40
in Anspruch genommen werden kann. Die
5 derzeitige Beschränkung auf lediglich verhei-
ratete Paare ist abzulehnen und das Gesetz
entsprechend anzupassen. Zusätzlich zu be-
reits bestehenden Überprüfungen sollen die
werdenden Eltern bzw. die Mutter bzgl. ihrer
10 sozialen und finanziellen Absicherung und
einer elterlichen Grundeignung geprüft wer-
den. Der Zuschuss der Krankenkasse soll nach
Prüfung der finanziellen Möglichkeiten der
Versicherten (Härtefallregelung) bis zu 75%
15 der Kosten betragen.

**Künstliche Befruchtung auch für nicht-
verheiratete Paare**

Erledigt durch Annahme von G 48 (o. BPT
2015) in der Fassung der Antragskommission

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 9

Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	<p>Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) muss wieder unabhängig und gemeinnützig werden!</p>	<p>Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) muss wieder unabhängig und gemeinnützig werden!</p>
5	<p>Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wurde 2006 als gemeinnützige GmbH gegründet und ist seitdem mit</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung: Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wurde 2006 als gemeinnützige GmbH gegründet und ist seitdem mit</p>
	<p>der gesetzlichen Patientenberatung beauftragt. Sie berät kostenfrei, neutral und unabhängig in 21 regionalen Beratungsstellen sowie über ein gebührenfreies bundesweites Beratungstelefon.</p>	<p>der gesetzlichen Patientenberatung beauftragt. Sie berät kostenfrei, neutral und unabhängig in 21 regionalen Beratungsstellen sowie über ein gebührenfreies bundesweites Beratungstelefon.</p>
10	<p>Die UPD verstand sich bisher als Lotse, Wegweiser und Berater: Die Ratsuchenden erhalten Informationen, Beratung und Unterstützung – frei von Interessen der Krankenkassen, Ärzte, pharmazeutischen Industrie und</p>	<p>Die UPD verstand sich bisher als Lotse, Wegweiser und Berater: Die Ratsuchenden erhalten Informationen, Beratung und Unterstützung – frei von Interessen der Krankenkassen, Ärzte, pharmazeutischen Industrie und</p>
15	<p>anderen Akteuren. Träger waren bis zum 31.12.2015:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialverband VdK Deutschland • Verbraucherzentrale Bundesverband • Verbund unabhängige Patientenberatung 	<p>anderen Akteuren. Träger waren bis zum 31.12.2015:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sozialverband VdK Deutschland • Verbraucherzentrale Bundesverband • Verbund unabhängige Patientenberatung
20	<p>Seit dem 1. Januar 2016 ist der private Anbieter von Telefondienstleistungen Sanvartis neuer Träger der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) von Kassen- und Privatpatienten, also ein gewinnorientiertes Unternehmen, das auch Aufträge von Krankenkassen erhält.</p>	<p>Seit dem 1. Januar 2016 ist der Anbieter von Telefondienstleistungen Sanvartis neuer Träger der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) von Kassen- und Privatpatienten, ein gewinnorientiertes Unternehmen, das auch Aufträge von Krankenkassen und anderen Unternehmen erhält.</p>
25	<p>Es ist zu befürchten, dass durch diesen Wechsel die Unabhängigkeit der Beratung durch die UPD verloren geht und die Beratung von den Interessen der Krankenkassen gesteuert wird.</p>	<p>[...] Wir wollen eine unabhängige UPD. Wir fordern hohe Qualität, Transparenz und Beachtung der Beratungsqualität und Patientenorientierung.</p>
30	<p>Die SPD fordert, dass diese Entscheidung rückgängig gemacht wird. Die UPD soll, so wie es ihr Name verspricht, auch in Zukunft unabhängig bleiben. Die Beratung soll weiterhin im Interesse der Patienten und nicht der Krankenkassen oder eines gewinnorientierten Unternehmens vorgenommen werden.</p>	<p>Wir werden die Arbeit der „neuen“ UPD politisch aufmerksam begleiten. Die SPD bedauert den Trägerwechsel und wird bei der nächsten Ausschreibung darauf achten, dass Neutralität und Unabhängigkeit gewährleistet werden.</p>
35	<p>Das Ziel Gemeinnützigkeit soll nicht abgelöst werden durch das Ziel Gewinnorientierung.</p>	
40		

B 10

Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Rückkehr zu einem paritätisch finanzierten Rentenversicherungssystem und Aufbruch zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau

5 Während bis 2001 die Rente dazu dienen sollte, nach einem erfüllten Arbeitsleben den erreichten Lebensstandard zu sichern, wurde unter rot-grün die Zieldefinition der Gesetzlichen Rentenversicherung in „Schutz vor Altersarmut“ geändert. Diese Definitionsänderung ging einher mit weitreichenden Regelungen für die Versicherten: der Beitragssatz der GRV wurde auf 22 Prozent bis 2030 gedeckelt. Das Rentenniveau soll bis zum Jahre 10 2030 auf 43 Prozent vor Steuern abgesenkt werden. Die zwangsläufig entstehende Versorgungslücke soll allein durch die Versicherten mittels privater Altersvorsorge und Betriebsrenten geschlossen werden. Von Beginn an ist dieser neoliberale Kurs von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisiert worden. Die Gründe für die Rentenreform dienen einzig und allein dem Faktor 15 20 Wirtschaft. Der Faktor Mensch kommt zu kurz.

Lebensstandardsicherung

25 Eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung vergleicht die Entwicklungen der Alterssicherung in Deutschland und in Österreich¹. Auch unser Nachbarland stand zu Beginn des Jahrtausends vor der Frage der Beständigkeit des Alterssicherungssystems. Im Gegensatz zu Deutschland hat man sich in Österreich zur Beibehaltung des Ziels der Lebensstandardsicherung durch das gesetzliche Rentenversicherungssystem entschieden und dieses zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut. 30 35

Gesetzliche Rentenversicherung

40 Ist die Reform auch aus heutiger Sicht zum Scheitern verurteilt? Ja! Die private Vorsorge, die nicht nur mittlere und kleine Einkommen absichern sollte, ist 1. gerade für Bezieherin-

Rückkehr zu einem paritätisch finanzierten Rentenversicherungssystem und Aufbruch zu einem lebensstandardsichernden Rentenniveau

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 2)

45 nen kleinerer Einkommen nicht leistbar und
2. auf Grund der Entwicklung auf internatio-
50 nationalen Finanzmärkten sind ursprünglich er-
wartete Renditen nicht zu erzielen. Aktuelle
Berechnungen (z. B. des DIW) zeigen, die
Kluft zwischen Reich und Arm ist aufwach-
send, u. a. weil das Ansparen kleinerer Beträ-
55 ge keine Zinserträge mehr bringt. Die dritte
Säule „betriebliche Alterssicherung“ ist von
jeher ein Stiefkind und wird nur von 52% der
sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
genutzt. Beide zusätzlichen Säulen beruhen
auf Freiwilligkeit und sind damit als Instru-
mente zur Absicherung des Alters nicht taug-
lich.

60 Eine Solidarrente, die eine Mindestrente von
850 Euro nach jahrzehntelanger Beitragstät-
tigkeit sichert, ist insbesondere bei der Be-
trachtung von Erwerbsbiographien von Frau-
en, keine ausreichende Lösung.

65 Frauen der mittleren Generation schaffen auf
Grund der gelebten Familienphase keine
durchgängige Erwerbstätigkeit und somit
Einzahlung in das Rentensystem.

70 Vertrauen in die Zukunft
Unsere Lösung lautet: Rückkehr zu einem
paritätisch finanzierten Rentenversiche-
75 rungssystem, die Abschaffung der Riester-
Rente bei Schutz von Bestandsverträgen und
die Beibehaltung eines lebensstandardsi-
chernden Rentenniveaus bei rund 50 % vor
Steuer. Wir fordern ein klares Bekenntnis der
Sozialdemokratie zur gesetzlichen umlagefi-
nanzierten Rente, die den Lebensstandard
sichert.

80 Eine Lebensperspektive, die in der Grundsich-
erung im Alter endet, setzt völlig falsche
Anreize. Wir wollen auch jungen Menschen
das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu-
rückgeben, damit Lebensperspektiven in Ver-
trauen auf eine sichere Zukunft entstehen
85 können.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 11

Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Für eine lebensstandardsichernde Rente	Für eine lebensstandardsichernde Rente
<p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>	<p>Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente muss stabilisiert und schrittweise wieder angehoben werden. Andernfalls drohen sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter. Zukünftig muss die gesetzliche Rente wieder den ganz überwiegenden Teil der Lebensstandardsicherung im Alter ermöglichen. Die Idee, ein sinkendes Leistungsniveau über private, staatlich geförderte Zusatzvorsorge auszugleichen, ist gescheitert. Um die gesetzliche Rentenversicherung wieder zu stärken, sind auch höhere -paritätisch finanzierte Beiträge zu akzeptieren. Gerade die jüngeren Generationen sind damit überfordert, weitgehend allein - also ohne finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen - an unsicheren und von der andauernden Niedrigzinsphase geprägten Kapitalmärkten die immer größer werdenden Lücken in ihrer Alterssicherung schließen zu müssen. Kurzfristig muss noch in dieser Legislaturperiode die Lebensleistungsrente (Solidarrente), wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, beschlossen werden. Langfristig kann eine Anhebung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung nur durch ein grundlegend reformiertes Rentensystem erfolgen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 2)</p>

B 12

Ortsverein Wenden (Bezirk Braunschweig)

	Rücknahme der Reform zur Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030	Rücknahme der Reform zur Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030
<p>5</p>	<p>Wir fordern, dass ein weiteres Absinken des Rentenniveaus unter die 48-Prozent-Marke verhindert wird. Zudem fordern wir mehr Steuergeld für die Rentenkasse. Die Mütterrente darf nicht aus Beitragsmitteln gezahlt werden, sondern muss aus Steuermitteln finanziert werden. Weiterhin fordern wir, die Rentenkürzung durch den Abschlag von 10,8 Prozent bei Erwerbsminderungsrenten wie-</p>	<p>Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 2)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

10 der zurück zu nehmen. Das Einfrieren der ArbeitgeberInnenbeiträge zur Renten- und Krankenversicherung muss wieder aufgehoben werden und die Beiträge angepasst.

B 13

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern

Mit dem abschlagsfreien Rentenbezug nach 45 Versicherungsjahren, der "Mütterrente" mit der höheren Bewertung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborenen Kindern und höheren Erwerbsminderungsrenten konnte die SPD in der jetzigen Regierungsverantwortung erstmals seit Jahrzehnten wieder strukturelle Verbesserungen im Rentenrecht verankern.

5
10 Der SPD Parteikonvent begrüßt das beschlossene Rentenpaket als wichtigen rentenpolitischen Fortschritt. Es markiert erste wichtige Schritte auf dem Weg zu einer grundlegenden Revitalisierung der gesetzlichen Rente. Das sind Schritte in die richtige Richtung und ein Erfolg der SPD.

15 Doch die Strukturprobleme bleiben: Die Rentenreformen der vergangenen Jahrzehnte haben mit drastischen Leistungskürzungen schwerwiegende Versorgungsprobleme für heutige und vor allem für kommende Generationen aufgetürmt. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

20 Der SPD-Parteikonvent fordert deshalb dazu auf, mit dem „Rentenpaket“ nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Nötig sind weitere Reformschritte!

25 Die sozialen Reformansätze der SPD müssen durch ein Finanzierungskonzept begleitet werden. Fair und notwendig ist ein System in dem alle einzahlen, auch die Kapitalvermögen.

30 Die Finanzierung einer lebensstandardsichernden Rente ist nur unter Berücksichtigung der Einbindung des zunehmenden Vermögenkapitals möglich und damit auch eine Aufgabe der Verteilungsgerechtigkeit. Es ist falsch, allein den Beitragszahlern der ge-

Das Rentenpaket weiterentwickeln – Den Lebensstandard im Alter sichern

Überweisung an SPD-Partei Vorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 2)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
40	<p>gesetzlichen Altersversicherung Leistungen aufzubürden, die die ganze Gesellschaft angehen.</p>
45	<p>Die SPD wird die den Bundestagswahlkampf 2017 zu nutzen, um die Dringlichkeit zentraler rentenpolitischer Weichenstellungen ab Beginn der nächsten Legislaturperiode hervorzuheben.</p>
50	<p>„Für eine Rente mit Niveau – Eine Rente zum Leben!“</p>
55	<p>Die rentenpolitisch vordringliche Aufgabe liegt in der generellen Stärkung der gesetzlichen Rente. Dazu fordert die SPD:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken, sondern muss angehoben werden. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter absichern.
60	<ul style="list-style-type: none"> • Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitert, Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Parlamentarier schrittweise einbezogen werden.
65	<ul style="list-style-type: none"> • niedrige Einkommen steuerfinanziert aufzuwerten,
70	<ul style="list-style-type: none"> • wieder Beiträge für Langzeitarbeitslose in die Rentenkasse zu entrichten, • Besonders langjährig Versicherten muss ein abschlagsfreier Rentenzugang mit 45 Versicherungsjahren ermöglicht werden. Diese Regelung muss allen Jahrgängen und nicht nur ausgewählten offenstehen.
75	<ul style="list-style-type: none"> • erwerbsgeminderte Menschen materiell besser abzusichern • der Zugang zu einer Erwerbsminderungsrente erleichtert wird.
80	<ul style="list-style-type: none"> • eine Demografie-Reserve durch eine moderate Beitragssatzentwicklung aufzubauen, • versicherungsfremde Leistungen wie die „Mütterrente“ vollständig über Steuern zu finanzieren
85	<p>Mit ihren rentenpolitischen Reformvorstellungen setzt die SPD auf eine Weiterentwicklung des Solidarprinzips und auf einen angemessenen Sozialausgleich zwischen den Generationen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 14

Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Altersarmut	Altersarmut
	Der Bundesvorstand wird aufgefordert sich für eine grundlegende und umfassende Reform der Altersabsicherung in den politischen Gremien einzusetzen. Dabei	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 2)
5	1. ist die staatliche Regelsicherung zur „Solidarrente“ auszubauen,	
	2. sind die Erwerbstätigen sowie alle deutschen Staatsbürger in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen,	
10	3. ist die Erwerbsminderungsrente zu verbessern.	

B 15

Unterbezirk Vorderpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)

	Anpassung des steuerlichen Pauschbetrags für Menschen mit Behinderungen	Anpassung des steuerlichen Pauschbetrags für Menschen mit Behinderungen
	Die SPD setzt sich für eine seit 1975(!) unterbliebene Anpassung des steuerlichen Pauschbetrags für Menschen mit Behinderungen in § 33 b Einkommensteuergesetz ein. Dabei steht die SPD weiterhin zu den im Gesetz vorgesehenen Pauschbeträgen, die die Geltendmachung für bestimmte außergewöhnliche Belastungen erheblich vereinfacht. Eine Anpassung des Pauschbetrags für Behinderungen bei einem GdB von 100 wird von derzeit 1.420,- Euro auf mindestens das Doppelte - also auf mindestens 2.840,- Euro - seitens der SPD angestrebt.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
5		
10		
15	Die SPD tritt dafür ein, dass die Pauschbeträge für Menschen mit Behinderungen bei einer erheblichen Verteuerung des Lebensunterhalts, infolge Inflation und auch allgemeinen Preissteigerungen zukünftig zeitnah und angemessen angepasst werden. Andere Pauschbeträge sollen daneben bestehen bleiben. Dabei soll auch in Zukunft die Möglichkeit bestehen, dass Bürgerinnen und Bürger die tatsächlichen behinderungsbedingt entstandenen Kosten gegenüber dem Finanzamt geltend machen können.	
20		
25		

B 16

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

	Existenzminimum gewährleisten – Pfändungsschutz für Grundsicherung	Existenzminimum gewährleisten – Pfändungsschutz für Grundsicherung
5	Rund 6,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahre sind überschuldet (Schuldneratlas Creditreform), d. h. sie weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf, die Einnahmen decken nicht die laufenden Ausgaben. Dies bedeutet zum Stichtag 1. Oktober 2015 eine Schuldnerquote für die gesamte Bundesrepublik von 9,92 %, Tendenz seit Jahren steigend. Mindestens 3,95 Millionen befinden sich hierbei in einer dauerhaften Schuldenspirale. Ausgehend von einer sehr geringen Schuldnerquote (1,16 %, 150.000 Menschen über 70 Jahre) steigt insbesondere die Verschuldung im Alter stark an. Bei den über 70-	Ablehnung
10	Jährigen betrug der Anstieg in den letzten beiden Jahren 35,4 Prozent, bei den 60- bis 69-Jährigen 12,4 %. Altersarmut und Überschuldung hängen eng zusammen: Im März 2015 waren rund 512.000 Rentner in Deutschland auf Grundsicherung angewiesen, zwischen 2005 und Ende 2013 stieg ihr Anteil um rund 49 Prozent an (Creditreform).	
15		
20		
25	Leistungen und ergänzende Leistungen (bei niedrigem Einkommen/ niedriger Rente) nach SGB II und SGB XII sollen gewährleisten, dass das zum Leben notwendige Existenzminimum sichergestellt ist. Sie werden aus Steuermitteln finanziert. Anders als früher die Leistungen der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz sind die Leistungen der Grundsicherung grundsätzlich pfändbar. Die Einführung des Pfändungsschutzkontos hat für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen die Lage eher verschlechtert als verbessert. Die Schonfrist von 14 Tagen, in der Sozialleistungen auf einem Konto grundsätzlich in vollem Umfang zur Verfügung standen, verschwand im Zuge der Einführung des P-Kontos aus dem Gesetz.	
30		
35		
40		
	Probleme gibt es auch insbesondere bei Aufstockern, da das Existenzminimum nach SGB II und SGB XII nicht deckungsgleich ist	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 45 mit den Pfändungsfreibeträgen. Nachzahlungen, die aufgrund von Nachberechnungen von Sozialleistungen erfolgen, unterliegen ebenfalls der Pfändung und können nur auf Antrag des Schuldners durch die Vollstreckungsgerichte freigegeben werden.
- 50 Die Pfändungsvorschriften im SGB und in der ZPO müssen dahingehend geändert werden, dass Leistungen der Grundsicherung nach SGB II und SGB XII ausdrücklich unpfändbar
- 55 sind. Auch Ansparungen, die aus Leistungen der Grundsicherung erfolgen, müssen dem Pfändungsschutz unterliegen, damit der Gesetzeszweck erfüllt werden kann. Die Grundsicherung sieht nur für definierte Einzelfälle
- 60 (z. B. Klassenfahrten) Einmalleistungen vor, alle anderen Anschaffungen müssen grundsätzlich aus den Leistungen angespart werden.

B 17

Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)

Sozialdemokratische Akzente in der Flüchtlingspolitik!

Die SPD sollte in der Flüchtlingspolitik stärker ihre eigenen, sozialdemokratischen Positionen herausarbeiten und vertreten. Deshalb fordern wir:

- 5
1. Die SPD muss für eine konsequente Friedens-, solidarische Entwicklungs- und gerechte Handelspolitik zugunsten der Herkunftsländer der Flüchtenden eintreten.
- 10 Denn „begrenzen“ kann man Flüchtlingsströme sonst nur mit Gewalt. Das darf nicht sein!
2. Ländern mit hohen Flüchtlingszahlen, wie der Türkei, Libanon oder Jordanien,
- 15 ist bei der Bewältigung dieser Aufgabe zweckgebunden großzügig zu helfen. Gleichzeitig muss unsere Bundesregierung politisch oder religiös motivierte Gewalt klar verurteilen, sonst akzeptiert sie neue Flüchtlingsströme von morgen.
- 20
3. Staaten in Europa, die sich nicht an den für alle Menschen geltenden Menschenrechten orientieren, dürfen nicht von fi-

Sozialdemokratische Akzente in der Flüchtlingspolitik!

Erledigt durch die Grundsatzbeschlüsse des o. BPT 2015 „Die Zukunft gestalten- Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte“ und “Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik“

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

25 nanzieller Solidarität in Europa profitieren. Sonst verkommt das Ideal einer „Wertegemeinschaft Europa“ zur bloßen Worthülse.

30 4. Nach den zwei so genannten Asylpaketen muss jetzt ein Integrationspaket folgen. Die SPD muss ein Konzept vorlegen, wie das Wohnungs-, Bildungs- und Beschäftigungssystem in großem Maßstab so ausgebaut werden kann, dass wir eine integrative Gesellschaft werden.

35 5. Die SPD muss wieder stärker ihre traditionelle Gerechtigkeitspolitik vertreten: Erhöhung der Spitzensteuersätze und der Erbschaftssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, konsequente Bekämpfung der Steuerflucht. Länder und Kommunen müssen dann durch deutlich höhere Zahlungen des Bundes bei der sozialen Bewältigung der Aufnahme von Geflüchteten entlastet werden.

45 Dies alles ist notwendig, weil die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung in letzter Zeit unter anderem von folgenden Trends bestimmt wird:

50 1. Es geht vorrangig um Zurückweisung der Flüchtenden, auch auf Kosten höherer Gefahr für sie und des Familienzusammenhalts.

55 2. Dabei wird auf Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung gesetzt, die selber mit Waffengewalt gegen eine Minderheit im eigenen Staat vorgeht.

60 3. Die Tendenz einiger Staaten in Europa, den so genannten Schutz der Außengrenzen über eine solidarische Hilfe für Flüchtlinge zu setzen, wird nicht konsequent bekämpft.

65 4. Die Verfahren der Statuszuweisung werden verbessert und beschleunigt, um rascher in Bildung und Arbeit integrieren, aber auch um rascher abschieben zu können.

70 5. Länder und Kommunen tragen einen Großteil der Kosten und erhalten nur in geringem Maße Bundesmittel zur Bewältigung der Herausforderung.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 75 Die SPD in der Regierung, getrieben von der CSU und weiten Teilen der CDU, aber auch mit ängstlichem Blick auf die AfD, trägt diese Politik mit. Sie bemüht sich sichtbar um Verhinderung eines noch restriktiveren Vorgehens, geht aber weit gehende Kompromisse ein, die sogar zum Rücktritt des von ihr gestellten Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung geführt haben.
- 80

B 18

Ortsverein Ostbevern (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Integrationsgesetz

- 5 Das geplante Integrationsgesetz ist so auszugestalten, dass alle angedachten Zwangsmaßnahmen/Sanktionen nur im äußersten Fall, sicher nicht in den ersten Monaten des Aufenthalts in Deutschland und erst, nachdem sich alle anderen Einwirkungsmöglichkeiten als wirkungslos erwiesen haben, sensibel zur Anwendung kommen.

Integrationsgesetz

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion für Beratung zum Integrationsgesetz

B 19

Kreisverband Erlangen Stadt (Landesverband Bayern)

Keine Abschiebung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Länder, die sie gefährden

- 5 Die SPD lehnt Regelungen zur allgemeinen Abschiebung oder Rückführung von Flüchtlingen in Länder ab, in denen die Menschenrechte sowie der Schutz von Leib und Leben nicht garantiert werden. Dies gilt auch für Länder, in denen rechtsstaatliche Grundsätze nicht gelten oder Menschen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Minderheit verfolgt werden.
- 10 Die SPD fordert den Parteikonvent der Bundes-SPD sowie die politischen EntscheidungsträgerInnen (SPD- BundesministerInnen und – Bundestagsabgeordnete) auf, keiner solchen Regelung zur Abschiebung zuzustimmen. Eine sorgfältige Einzelfallprüfung muss in jedem Fall erfolgen: Artikel 16 des Grundgesetzes verpflichtet Politik und Behörden auf die Verantwortung für Sicherheit und Leben derer, die bei uns Schutz suchen.
- 15

Keine Abschiebung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Länder, die sie gefährden

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion sowie sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung

B 20

Ortsverein Münster-West (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Zurück zu einer Geflüchtetenpolitik
basierend auf den Menschenrechten**

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion auf, sich für folgende Anliegen einzusetzen:

- 5 1. Beendigung der Internierung der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind, sowie der Zwangsabschiebungen in die Türkei, von wo aus nachweislich geflüchtete Menschen aus verschiedenen Ländern,
- 10 auch aus Syrien, in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Beide Maßnahmen sind mit der UN – Flüchtlingskonvention und dem individuellen, nicht verhandelbaren Recht auf Asyl nicht vereinbar.
- 15 2. Es darf keine Zusammenarbeit in Hinblick auf Rückführungen von Geflüchteten mit Ländern geben, in denen diese inhaftiert oder gefoltert werden.
- 20 3. Einsatz eines großen humanitären Sofortprogramms zur Unterstützung der Geflüchteten in den Nachbarländern der Krisengebiete, damit die dort lebenden Menschen nicht mehr zur Flucht gezwungen sind.
- 25 4. Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten in die EU. Die EU darf kein Bollwerk errichten gegen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, egal aus welchem Land.
- 30 5. Um die Anzahl der Länder zu erhöhen, die bereit sind, Schutzsuchende aufzunehmen, schlagen wir vor, an einem EU – weiten Sonderprogramm für Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Arbeits- sowie Ausbildungsplätzen zu arbeiten, für das sich die
- 35 Länder bewerben können. Die Mittelvergabe soll an die Aufnahme von Geflüchteten geknüpft werden.

**Zurück zu einer Geflüchtetenpolitik
basierend auf den Menschenrechten**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung

B 21*Unterbezirk Remscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Familiennachzug**

5 Familien genießen nach unserem Grundgesetz den besonderen Schutz des Staates. Insbesondere für Familien, die auf Grund von Flucht und Vertreibung aus ihren Heimatländern getrennt wurden, ist es wichtig in Sicherheit wieder zusammenleben zu können. Die eigene Familie in Sicherheit und in der Nähe zu wissen ist ein starkes Grundbedürfnis. Dafür sollte es unerheblich sein, ob Personen in Deutschland Asyl bekommen, als Flüchtlinge nach Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, oder subsidiären Schutz erhalten.

10 Daher fordern wir, dass die Aussetzung des Familiennachzugs für Personen mit subsidiärem Schutz zurückgenommen wird.

15

20 Am 25.02.2016 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der SPD und CDU/CSU Fraktionen das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“. Neben vielen anderen Punkten wurde mit diesem Gesetz beschlossen das Recht auf Familiennachzug bei Personen, die subsidiären Schutz genießen, für 2 Jahre auszusetzen. Dies sei, nach Gesetzestext, nötig für eine „bessere Bewältigung der aktuellen Situation“.

25

30 Wie es uns bei den aktuellen Herausforderungen zur Integration von zu uns geflüchteten Menschen helfen soll, dass ein nicht unerheblicher Teil ihre Familie nicht auf legalen und vor allem ungefährlichem Wege nachgeholt werden kann, bleibt dabei aber völlig unbeantwortet.

35

40 Die Folgen dieser Politik können wir bereits jetzt sehen. Seitdem in der öffentlichen Diskussion immer wieder die Aussetzung des Familiennachzugs gefordert wurde, ist zu beobachten, dass vermehrt Frauen und Kinder sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer und die Balkanroute begeben. Bis zu 80% der Flüchtlinge auf der Balkanroute waren zeitweise Frauen und Minderjährige.

45

Familiennachzug

Erledigt durch angenommenen Leitantrag des PV, LV Hessen, LV NRW zum BPT 2015 („Solidarität und Verantwortung in Staat und Gesellschaft - Auf dem Weg zu einer integrativen Flüchtlingspolitik“)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

50 Die Aussetzung des Familiennachzugs dürfte also mitnichten zu einer besseren Bewältigung der aktuellen Situation führen. Im Gegenteil führt es dazu, dass sich weiterhin viele Menschen, vor allem Frauen und Minderjährige auf gefährliche Fluchtrouten begeben. Ein geregelter Familiennachzug gibt den Familienmitgliedern die Möglichkeit auf sicheren Wegen nach Deutschland zu gelangen, es bietet aber auch Vorteile für die Verfahrensabläufe in Deutschland. Der Staat weiß vorher, wer, wann und aus welchem Grund er nach Deutschland kommt. Registrierung und andere Verfahrensschritte können bereits vor der Einreise erledigt werden.

65 Die Aussetzung des Familiennachzugs wird die Zahl derer, die wir aufnehmen, nicht verringern. Menschen auf der Flucht suchen und finden einen Weg, um wieder zu ihrer Familie zu gelangen. Auch für die Integration der Menschen, die bereits in Deutschland sind, kann es äußerst nachteilig sein, wenn sie von ihrer Familie getrennt sind. Es ist eine enorme Belastung, die eigenen Familienmitglieder nicht in Sicherheit zu wissen. Es kann zu weiteren Traumatisierungen führen und dazu, dass Menschen sich nicht auf ihr neues Leben in Deutschland konzentrieren können.

B 22

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen eingehen!
 Die Unterbringung von weiblichen Geflüchteten soll auf deren Wunsch hin in separaten Gemeinschaftsunterkünften speziell für Frauen erfolgen. Zwar lehnen wir generell die Unterbringung in großen Gemeinschaftsunterkünften ab und befürworten die dezentrale Unterbringung in kleineren Wohngruppen bzw. bei Privatpersonen, solange jedoch am derzeitigen Prinzip der zentralen Unterbringung festgehalten wird, fordern wir separate Unterkünfte für Frauen sowie Mindeststandards wie Rückzugsräume für Frauen und abschließbare, geschlechtergetrennte Sani-

Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen eingehen!
 Erledigt durch angenommenen Leitantrag des PV, LV Hessen, LV NRW zum BPT 2015 („Solidarität und Verantwortung in Staat und Gesellschaft - Auf dem Weg zu einer integrativen Flüchtlingspolitik“)

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 15 tÄranlagen in den gemischtgeschlechtlichen GemeinschaftsunterkÄnfte.
- Weiterhin fordern wir den Ausbau von Beratungsstellen fÄr geflÄchtete Frauen, insbesondere fÄr Opfer von sexualisierter Gewalt. HierfÄr mÄssen die nÄtigen finanziellen Mittel zur VerfÄgung gestellt werden.
- 20 Auch muss das Personal in den UnterkÄnfte im Themenbereich sexuelle Gewalt geschult werden. Im Registrierungs- und Asylverfahren muss es das Recht auf eine AnhÄrung durch eine Frau und eine Dolmetscherin geben.
- 25

B 23

Unterbezirk Remscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- Gegen (rassistisch-) sexistisch motivierte Gewalt in der Gesellschaft**
- Sexistische Gewalt ist nach wie vor ein tag-tÄgliches PhÄnomen in Deutschland. In der Vergangenheit wurde es viel zu oft totgeschwiegen, zuweilen wurde die Schuld sogar den Betroffenen selbst zugeschoben. Die Ereignisse in der Silvesternacht haben erneut deutlich gemacht, dass sexistisch motivierte Gewalt in Deutschland nicht einfach akzeptiert werden darf. Jedoch greift der plumpe Versuch vieler Rechtsextremer zu kurz Sexismus mit kultureller Herkunft gleichzustellen. Sexismus ist eben nicht nur ein Problem von Asylbewerbern oder MitbÄrgern mit Migrationshintergrund, sondern vor allem ein soziales Problem, welches die gesamte Gesellschaft betrifft. Darunter fallen die Diskriminierung und die Gewalt gegen Frauen und MÄnner aufgrund ihres Geschlechtes wie auch gegen Homo-, Bi-, Trans- und Intrasexuelle aufgrund ihrer sexuellen IdentitÄt. In Bezug auf die Ereignisse in KÄln kÄnnen nach heutigem Rechtsstand viele Übergriiffe immer noch nicht geahndet werden. Dies untergrÄbt die Bestrebungen eine freie Gesellschaft fÄr alle Menschen zu schaffen. Dazu gehÄrt auch das Recht auf eine unbeschwerte Kindheit ohne Gewalt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind seit jeher fÄr die Gleichstellung aller
- 5
- 10
- 15
- 20
- 25

Gegen (rassistisch-) sexistisch motivierte Gewalt in der Gesellschaft

Erledigt durch I 92 (o. BPT 2015) in Fassung der Antragskommission vom 12. Mai 2016

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

30 Menschen eingetreten, unabhängig von Geschlecht und Herkunft. Es bedarf daher keines konservativen oder rechten Ermahnens um die Interessen sexistischer Opfer in Deutschland zu stärken.

35 Heiko Maas Gesetzesentwurf, der bereits seit über 5 Monaten von den CDU/CSU-Ministern blockiert wird, würde zumindest einigen Opfer von sexueller Gewalt überhaupt erst den Rechtsweg eröffnen. Damit würde das sozialdemokratische Anliegen einer diskriminierungs- und gewaltfreien Gesellschaft weiter in die Gesellschaft hineingetragen werden.

45 Der Parteikonvent möge deshalb beschließen, dass

- sich die SPD für den neuen Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums einsetzt.
- die SPD auf Gewalt gegen Kinder aufmerksam macht und Initiativen zu dessen Vermeidung unterstützt.
- sich die SPD für eine klare Differenzierung zwischen Sexismusdebatte und Integrationsdebatte ausspricht.

B 24

Unterbezirk Mönchengladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Ehe für alle – Diskriminierung abschaffen
 Die SPD bekennt sich zu einer weltoffenen, toleranten, friedlichen und bunten Gesellschaft. Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften bzw. bis dahin die vollständige Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe ist für uns der nächste konsequente Schritt zur Aufhebung jeglicher Diskriminierung.
 Zur Überwindung von Vorurteilen und Dis-

Ehe für alle – Diskriminierung abschaffen
 Erledigt durch Annahme von I 83 (o. BPT 2015) in der Fassung der Antragskommission vom 12. Mai 2016 mit der Ergänzung der Schwusos

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 kriminierung müssen Aktionspläne zur Unterstützung der Schulprojekte „Schule ohne Homophobie“, sowie eine bessere Aus- und Fortbildung von Lehrern zum Umgang mit Themen der Homo- und Transphobie initiiert werden. Genauso wichtig ist es aber auch,
- 25 ältere Lesben und Schwule in ihren Lebensweisen zu stärken um sie z.B. vor Homophobie und Diskriminierung im Alter zu schützen. Gerade sie haben oft unter Ausgrenzung und Homophobie leiden müssen und sehen sich im Alter, besonders in der Abhängigkeit in Pflegeeinrichtungen, dem häufig erneut ausgesetzt.
- 30

B 25

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

§ 103 StGB

§ 103 StGB wird schnellstmöglich abgeschafft.

§ 103 StGB

Annahme

B 26

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Religiösen Fundamentalismus stoppen

- 5 Wir SozialdemokratInnen verurteilen jede staatliche, gesellschaftliche oder sonstige Verfolgung von Menschen im Namen der Religion. Religionen sollen Liebe verbreiten und keine Gewalt.
- 10 Kein Mensch darf wegen seiner religiösen Überzeugungen oder wegen seiner Meinung und seiner Meinung bezüglich Religionen verfolgt werden.
- 15 Die Meinungsfreiheit und die Würde des Menschen stehen über den religiösen Interpretationen Einzelner.
- Der §166 StGB (Blasphemieparagraph) ist ersatzlos zu streichen.

Religiösen Fundamentalismus stoppen

- Annahme in der Fassung der Antragskommission
- Wir SozialdemokratInnen verurteilen jede staatliche, gesellschaftliche oder sonstige Verfolgung von Menschen im Namen ~~der einer Religion oder Weltanschauung. Religionen sollen Liebe verbreiten und keine Gewalt.~~
- Kein Mensch darf wegen seiner religiösen Überzeugungen oder wegen seiner Meinung und seiner Meinung bezüglich Religionen verfolgt werden.
- ~~Die Meinungsfreiheit und die Würde des Menschen stehen über den religiösen Interpretationen Einzelner.~~
- Religionsfreiheit und Religionsausübung müssen die Grundrechte anderer respektieren.**
- ~~Der §166 StGB (Blasphemieparagraph) ist ersatzlos zu streichen.~~

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 27

Ortsverein Ocholt (Bezirk Weser-Ems)

	Artikel 68 des Grundgesetzes modifizieren bzw. abschaffen
5	Artikel 68 des Grundgesetzes modifizieren bzw. abschaffen 67 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes und angesichts der derzeitigen Dreiertelmehrheit von CDU/CSU/SPD erscheint es angebracht den Artikel 68 zu hinterfragen bzw. zu streichen. Der Bundestag ist vom Volk gewählt und sollte durch sich selber oder das Volk aufgelöst werden können.
10	Die Vertrauensfrage der Kanzlerin/Kanzler erscheint überholt und nicht mehr zeitgemäß. Wenn man sich in anderen europäischen Ländern umsieht, so ist dort lediglich bei einer nicht erfolgten Wahl eines Regierungschefs/Regierungschefin durch das Parlament die Frage nach Neuwahl zu stellen.
15	Sollte die Kanzlerin/Kanzler bei einer Gesetzesvorlage oder einem Beschluss keine parlamentarische Mehrheit finden, so ist dies bedauerlich aber kein Grund zur Auflösung des Bundestages. Die Vertrauensfrage wurde in der Vergangenheit nur zur Disziplinierung der eigenen Regierungsfractionen und aus wahltaktischen Gründen siehe Helmut Kohl genutzt. Sie verhindert in der vorliegenden Willkürlichkeit die Chance und die Verpflichtung des Bundestages über Partei- und Koalitionsgrenzen hinaus Gesetze zu verabschieden oder Entscheidungen bzw. parlamentarische Mehrheiten zu suchen.
20	Neben der gerade von der SPD geforderten Schaffung von mehr Bürgerbeteiligung ist die Abschaffung bzw. Modifizierung des Artikel 68 der richtige Weg um unsere Demokratie gerade in diesen Zeiten des Abschiedes von zwei Lagern in der Parteienlandschaft und in der Gesellschaft zu stärken frei nach dem Motto:
25	Nicht nur mehr Demokratie, sondern auch mehr Parlamentarismus wagen.
30	Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 28

Unterbezirk Göttingen (Bezirk Hannover)

Überlastung des Rechtsstaats beenden – mehr Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften

Wir fordern die Landesregierung zu einer umfassenden Evaluierung der Belastung von Gerichten und Staatsanwaltschaften auf. Sollte sich der Verdacht einer erheblichen Überbelastung bestätigen, rufen wir zudem die Landesregierung auf, die Stellenanzahl zu erhöhen, um der Arbeitsbelastung Rechnung zu tragen.

5

Überlastung des Rechtsstaats beenden – mehr Personal für Gerichte und Staatsanwaltschaften

Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen

B 29

Ortsverein Gifhorn (Bezirk Braunschweig)

Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen

Die SPD Bundestagsfraktion, der SPD Parteivorstand und der SPD Parteikonvent sollen sich dafür einsetzen, dass den Gewerkschaften zukünftig ein Verbandsklagerecht bei Gesetzesverstößen und Verstößen gegen Tarifverträge eingeräumt wird. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Forderung nach einem Verbandsklagerecht für Gewerkschaften ein elementarer Bestandteil des SPD-Wahlprogrammes zur nächsten Bundestagswahl 2017 wird.

5

10

Verbandsklagerecht für Gewerkschaften bei Gesetzes- und Tarifverstößen

Erledigt durch Übernahme in A1

B 30

Unterbezirk Kreis Viersen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Weiterentwicklung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Die SPD fordert die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Mindestlohnes und die Ausarbeitung neuer Beschäftigungsmodelle.

5

Weiterentwicklung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Erledigt durch Gesetzentwurf des BMAS zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 31

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen
 Die SPD fordert unbefristete Arbeitsverträge müssen wieder die Regel werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf ein unvermeidbares Maß zurückzuführen. Dazu zählt die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung nicht. Die Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund im Teilzeit- und Befristungsgesetz sind zu streichen. Es ist notwendig, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen, um für mehr Sicherheit im Erwerbsverlauf zu sorgen. Diese Forderung soll Bestandteil des nächsten Bundeswahlprogrammes werden. Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Sinne des Antrags gesetzliche Initiativen zu ergreifen.

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bei Arbeitsverträgen
 Erledigt durch Grundsatzbeschluss des o. BPT 2015 „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik“

B 32

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Keine Leiharbeit auf Dauerarbeitsplätzen und mehr Mitspracherecht für Betriebsräte
 Der langerwartete Referentenentwurf zu Leiharbeit und Werkverträge ist halbherzig und unzureichend. Sowohl Bundestagsfraktion, als auch Bundes-SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Gesetzesentwurf wie nachfolgend formuliert verändert bzw. ergänzt wird:

- Keine Leiharbeit auf Dauerarbeitsplätzen

Die große Schwäche der Regelung liegt darin, dass Dauerarbeitsplätze weiterhin mit LeiharbeiterInnen besetzt werden können und so Stammbesetzungen verdrängt werden können. Der Gesetzesentwurf setzt keine Grenze gegen die dauerhafte Besetzung von Arbeitsplätzen durch LeiharbeiterInnen.

- Beweislastumkehr

Ob ein Scheinwerkvertrag vorliegt, ist nicht von dem oder der einzelnen ArbeitnehmerInnen nachzuweisen.

Keine Leiharbeit auf Dauerarbeitsplätzen und mehr Mitspracherecht für Betriebsräte
 Ablehnung

- 25 • Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei der Fremdvergabe
Um den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern, sind echte Mitbestimmungsrechte durch Betriebs- bzw. Personalrat nötig.
- 30 • Equal Pay erst nach neun Monaten zu spät
Leiharbeitsbeschäftigte sind ab dem ersten Tag nicht nur beim Entgelt, sondern auch bei den sonstigen Arbeitsbedingungen gleich zu behandeln (Equal Pay).
- 35

B 33

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

- Mindestlohn – keine neuen Ausnahmen**
Der Mindestlohn wirkt und hilft denjenigen, die ihn besonders brauchen: Un- und Angelernten, Beschäftigten in klassischen Niedriglohnbranchen, Minijobbern. Bestehende Ausnahmeregelungen (Langzeiterwerbslose, Praktikanten, Minderjährige und Zeitungszusteller/innen) müssen endlich verschwinden. Weitere Ausnahmen, wie sie für Flüchtlinge gefordert werden, lehnen wir ab. Flüchtlinge vom Mindestlohn auszunehmen ist diskriminierend und widerspricht jeder Form der Integration. Die personelle Aufstockung beim Zoll (Finanzkontrolle Schwarzarbeit) muss erweitert und vor allem früher als geplant abgeschlossen werden.
- 5
- 10
- 15

Mindestlohn – keine neuen Ausnahmen

Erledigt durch teilweise Übernahme in A1

B 34

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

- Neue Arbeitsstättenverordnung überfällig**
Wir brauchen zeitgemäße Regeln für den Arbeitsschutz im Interesse der Beschäftigten. Sowohl Bundestagsfraktion, als auch Bundes-SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Rechtssetzungsverfahren ohne weitere Verzögerungen umgesetzt bzw. zu den Hinderungsgründen Stellung bezogen wird.
- 5

Neue Arbeitsstättenverordnung überfällig

Erledigt durch Praxis

B 35*Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen***Mindestlohn weiterentwickeln**

Die positiven Erfahrungen mit dem vor einem Jahr in Kraft getretenen gesetzlichen Mindestlohn widersprechen allen im Vorfeld prognostizierten Arbeitsplatzverlusten. Wie eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, hat er sogar zu einer Zunahme von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt. 8,50 Euro pro Stunde bei 40 Stunden Arbeit in der Woche ergeben lediglich ein Gehalt von knapp 1.500 Euro im Monat brutto.

Mindestlohn weiterentwickeln

Ablehnung

Im Rahmen der vom Gesetz geforderten Gesamtabwägung fordern wir insbesondere die Einbeziehung folgender Aspekte:

• Mit einem deutlich höheren Mindestlohn würde zugleich ein – wenn auch geringer Beitrag – zur Vermeidung von Altersarmut geleistet. Gerade Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor haben keine Chance, sich eine zusätzliche Alterssicherung aufzubauen und sind somit auf die gesetzliche Rente angewiesen.

• Generell gilt, dass höhere Löhne automatisch immer zu einer höheren Binnen- nachfrage und damit zu einem Wirtschaftswachstum beitragen, da gerade im Mindestlohnsektor das meiste Geld automatisch in den Konsum fließen wird, wie man auch an den statistischen Daten von 2015 sehen kann. Deshalb spielt die Stützung der Arbeitseinkommen angesichts der weltwirtschaftlichen Risiken eine wichtige Rolle für die Konjunktur und die Sicherung von Beschäftigung.

• Deshalb halten wir es auch für dringend geboten, in der EU Mindeststandards für Mindestlöhne durchzusetzen. Maßstab dafür könnte das international anerkannte Armutslohn-Kriterium von 60 % des Meridians sein. 8,50 € entsprechen derzeit nur 47,8 % dieses Meridianwertes und zeigen enormen Nachholbedarf auf.

Das Mindestlohngesetz bedarf darüber hinaus deutlicher Flankierungen und Verbesse-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

rungen:

- Verbandsklagerecht,
- Ausweitung der Kontroll- und Aufzeichnungspflichten,
- 50 • Abschaffung aller Ausnahmen, insbesondere für Jugendliche und Langzeitarbeitslose.

B 36

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

5 Im Rahmen der Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dürfen keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger zugelassen werden. Die AfA unterstützt diesbezüglich das Vorbringen der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaften und Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen im diakonischen Bereich.

10 In Einrichtungen der Diakonie gibt es in erheblichem Umfang ersetzende Leiharbeit und Werkverträge. Viele große diakonische Unternehmen haben Tochterfirmen und Servicegesellschaften außerhalb des kirchlichen Arbeitsrechts und nutzen alle Möglichkeiten von Leiharbeit und Werkverträgen.

15 Gerade diakonischen Unternehmen, die die Arbeitsbedingungen ohnehin ohne die Gestaltungsmacht der Gewerkschaften diktieren, würde so ein Wettbewerbsvorteil verschafft.

20 Dieser geht ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten. Auch die Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie müssen vor dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geschützt werden.

Keine Ausnahmen für kirchliche und karitative Träger im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand

B 37

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Digitale Arbeitswelt regeln und gestalten

5 Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt bringt große Herausforderungen für die Gestaltung des „Arbeitsplatzes“ mit sich. Hierbei gilt es, die Rahmenbedingungen – vor allem auch in Zusammenarbeit mit den Ge-

Digitale Arbeitswelt regeln und gestalten

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung des Wahlprogramms 2017 (Perspektiv-AG 2)

- werkschaften – so zu gestalten, dass die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Definition und Gestaltung von Arbeitsverhältnis (Arbeitsvertrag), Arbeitsplatz, Arbeitszeit und Mitbestimmung. Die SPD ist hier gefordert, entsprechende Konzepte zu erarbeiten.
- 10
- 15 Wir begrüßen ausdrücklich die „Digitale Agenda“, die vom Bundeskabinett im August 2014 beschlossen worden ist, als wichtigen Denkanstoß. Dort heißt es: „Der digitale Wandel bietet große Chancen, unseren Wohlstand und die Lebensqualität zu steigern und Deutschlands Zukunftsfähigkeit zu sichern ... Digitale Wertschöpfung und Vernetzung schaffen Wachstum und geben Impulse für gutes Arbeiten in der digitalen Welt.“ Vor allem unterstützen wir die darin enthaltene Erklärung der Bundesregierung „gute digitale Arbeit“ voranbringen zu wollen, die sicher und gesund ist und sich positiv auf die Beschäftigungsfähigkeit auswirkt“.
- 20
- 25
- 30 Auch der Beschluss des Bundesparteitags „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten“ geht in vielen Punkten in die richtige Richtung und setzt gute und wichtige Impulse. Wir teilen das Anliegen „Gute digitale Arbeit voranzubringen“, weil es in der Tat sehr viel zu tun gibt, halten es jedoch für wichtig, insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus zu stellen und die sozialen Sicherungssysteme für alle - in welcher Form auch immer - Beschäftigten armutsfest und lebensstandardsichernd auszugestalten.
- 35
- 40
- 45 Gemeinsam mit dem DGB und den Gewerkschaften stellen wir uns daher den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden digitalen Vernetzung der Arbeitswelt ergeben. Digitale Arbeit, also Arbeit mit digitalen Arbeitsmitteln, breitet sich mehr und mehr aus. So sind 92% der Arbeitsplätze in der Medien- und Kulturbranche, 82% der Arbeitsplätze in Energieunternehmen und 71% der Arbeitsplätze im Handel bereits „digital ausgestattet“. Schon über die Hälfte der Er-
- 50

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

55 werbstätigen arbeitet im Netz. Gegenwärtig
werden noch weiter reichende Überlegungen
zur Digitalisierung der Dienstleistungsarbeit
entwickelt. Hiervon sind bis zu drei Viertel
60 aller Erwerbstätigen, die im Dienstleistungs-
sektor tätig sind, betroffen – Freiberufliche
wie Angestellte.

Aber auch in der Industrie führt die fort-
schreitende Entwicklung der Informations-
65 und Kommunikationstechnik zu einer Umge-
staltung von Produktions- und Büroarbeit.
Unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ werden
die sich schon jetzt abzeichnenden Verände-
rungen der Arbeitsplätze in der Industrie in-
70 tensiv diskutiert. Erwartet wird eine neue
grundlegende Umgestaltung der Arbeit. Ar-
beitspolitische Initiativen des DGB und seiner
Einzelgewerkschaften sowie der Politik sind
deshalb sowohl im Dienstleistungsbereich
75 wie auch in der Industrie dringend geboten.

Die Digitalisierung ermöglicht neue Formen
der Arbeitsteilung und die Neudefinition von
Geschäftsmodellen, verändert Wertschöp-
80 fungsketten; sie erlaubt orts- und zeitunge-
bundene Arbeit. Die damit einhergehende
forcierte Globalisierung ist bisher unzurei-
chend reguliert. Eine intensivierete Konkur-
renz nicht nur auf den Absatzmärkten, son-
85 dern auch auf einem global verteilten,
virtualisierten Arbeitsmarkt ist die Folge. Ver-
und Auslagerung von Unternehmsteilen,
verbunden mit Bedrohungsszenarien gegen-
über den Belegschaften zum Senken von so-
90 zialen Standards und zur Arbeitsintensivie-
rung, werden so Alltag. Entgrenzung und
ständige Erreichbarkeit sind in manchen Un-
ternehmen Maxime der Arbeitsgestaltung
geworden.

95 Die damit verbundenen Gefährdungen zu-
nehmender psychischer Fehlbeanspruchun-
gen zeigen sich bspw. in steigenden Burn-
Out-Quoten, sie stellen aber nicht nur ein
100 Risiko für die Beschäftigungsfähigkeit der
unmittelbar betroffenen Erwerbstätigen dar.
Sie unterminieren Systeme sozialer Siche-
rung, und sie hemmen die emanzipatori-

- 105 schen und humanisierenden Potentiale der Digitalisierung, wenn keine Leitlinien Guter Arbeit auch in einer digitalisierten Arbeitswelt erstellt, befolgt und verwirklicht werden.
- 110 • Bildungssystem den neuen Herausforderungen anpassen
Das derzeitige Bildungssystem wird den Herausforderungen nicht gerecht, gefördert werden überwiegend Fächer, deren unmittelbarer Nutzen für die derzeitige Wirtschaft im Vordergrund steht. Kreative, geisteswissenschaftliche, soziale und kommunikative Fächer werden zunehmend vernachlässigt.
- 115 Gerade deren Kompetenzen werden jedoch zusammen mit den entwickelten und sich entwickelnden Technologien und weltweiten Vernetzungen zunehmend erforderlich werden.
- 120 Eine arbeitsorientierte Forschung digitaler Arbeit stellt deren soziale Gestaltung in den Mittelpunkt und ist nicht ausschließlich technologisch bzw. betriebswirtschaftlich ausgerichtet.
- 125 Wir benötigen eine Veränderung von Inhalten und Methoden der schulischen und beruflichen Bildung.
- 130 Die Schulen und Hochschulen sind derzeit nicht so ausgestattet, dass sie die Kompetenzen in den Technologien vermitteln könnten.
- 135 Hier gilt es für eine entsprechende Ausstattung und für entsprechendes Lehrpersonal zu sorgen.
- 140 Der Zugang zu Bildung und Teilhabe muss unabhängig vom finanziellen familiären Hintergrund möglich sein. Auch dies stellt Herausforderungen an die Ausstattung der Lehrenden und Lernenden.
- 145 Mit der Digitalisierung steigen die Anforderungen an kooperatives und autonomes Arbeiten. Arbeitsplanung, Kommunikation sowie Übernahme von Verantwortung in spezialisierten Tätigkeiten sind für die Produktivität von digitaler Arbeit zentral und erfordern hohe und komplexe Kompetenzen.
- 150 • Qualifizierung der Arbeitenden:
Kontinuierliche Weiterentwicklung von schu-

- 155 lischer und beruflicher Bildung und kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Arbeitenden sind unabdingbar.
Dies wiederum setzt ausreichende und effektive Investitionen in ein modernes Bildungssystem voraus, das angesichts der schnellen technisch-organisatorischen Weiterentwicklung digitaler Arbeit ein lebenslanges Lernen ermöglichen muss. Daher ist eine veränderte Weiterbildungspolitik notwendig, bei der stets die Bedarfe erfasst und mit den vorhandenen Qualifikationen abzugleichen sind.
- 160
- 165 Neue beteiligungsorientierte Lernformen, die selbst wiederum durch IT unterstützt werden, sind zu erforschen, zu erproben und entsprechend umzusetzen.
- 170 • Qualitätssicherung und Finanzierung der beruflichen Erst- und Weiterbildung bedürfen eines systematischen gesetzlichen Rahmens. Das BBiG bietet bei einem entsprechenden Ausbau eine geeignete Grundlage
- 175 dafür. Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit den Hauptteil der Kosten im Rahmen eines Umlagesystems zu tragen haben, damit weder ArbeitnehmerInnen noch ein Teil der Betriebe von der Aufgabe und dem Nutzen der Aus-
- 180 und Weiterbildung ausgegrenzt bleiben.
- Definition von Betrieb und Beschäftigung
Aufgrund der Aufweichung bestehender Strukturen ist eine Neudefinition von Betrieb und Beschäftigung mit klaren Konturen zu definieren
- 185
- Definition der Arbeitszeit
- 190 Zeiten der Erreichbarkeit müssen als Bereitschaftsdienst gewertet und bezahlt werden. Es muss klare Definitionen für Ruhezeiten geben (keine Erreichbarkeit).
- 195 Die Digitalisierung erlaubt, wachsende Autonomiespielräume im Sinne der Beschäftigten zu erschließen und deren Life-Work-Balance zu verbessern. Diese Spielräume, u.a. zur Verwirklichung verschiedener Formen der Telearbeit, liegen im Interesse vieler Beschäftigter und Betriebe.
- 200 Die Anstrengungen aller Verantwortlichen

müssen darauf ausgerichtet werden, die Gestaltung dieser neuen Spielräume nicht allein den Produktivitätsinteressen der Arbeitgeber zu überlassen. Die Digitalisierung macht eine Regulierung der Arbeit, die auch Grenzen setzt, umso notwendiger.

Die Gestaltung von digital entgrenzter, mobiler Arbeit ist zum wichtigen Thema der Gewerkschaften und der Politik geworden. Die Komplexität digitaler Arbeit wird durch ein weiteres Moment getrieben: das Crowdsourcing: Unternehmen schreiben bislang intern von Festangestellten bearbeitete Aufgaben in Form eines offenen Aufrufs über das Internet aus. Solo-Selbständige bzw. Freelancer sollen sich bewerben und übernehmen diese Aufgaben im Rahmen befristeter Projekte. Damit steigt die Zahl der nur kurzfristigen und instabilen Arbeitsverhältnisse auf Kosten bisheriger „normaler“ Beschäftigungsverhältnisse. Heute schon betrifft der Anstieg der Solo-Selbständigen dabei nicht nur Erwerbstätige in der IT-Branche, sondern auch im Kreativ- wie im publizistischen und wissenschaftlichen Bereich oder auch im Handel. Hier wird es vor allem darauf ankommen sicherzustellen, dass die neuen Beschäftigungsformen, z. B. Internet-Plattformen, gewährleisten, dass die Arbeitgeberfunktion geklärt ist.

- Gestaltung der Sozialversicherung

Unter solchen Voraussetzungen greifen bestehende Sozialversicherungssysteme insbesondere für Risiken der Arbeitslosigkeit, längerer Krankheit und des Alters nicht oder nur unzureichend. Gemeinsam mit dem DGB und den Gewerkschaften steht auch die AfA vor der Aufgabe, sich für eine entsprechende Modernisierung der Sozialversicherungssysteme sowie der Mitbestimmung einzusetzen. Dazu gehört auch und gerade die Einbeziehung der Selbständigen in das bestehende Rentensystem. Dies verleiht der Einführung von Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich wie der Erwerbstätigenversicherung bei der Altersvorsorge neue Aktualität.

250

- Der ArbeitnehmerInnenbegriff muss neu definiert werden
Hierbei ist darauf zu achten, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht in (Schein-)selbständigkeit z. B. durch Werkverträge etc. umgestaltet wird.
- 255
- Die Arbeitenden müssen an der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses aktiv beteiligt werden.
- 260
- Die Beteiligung der Tarifpartner sowie die betriebliche Mitbestimmung sind im Rahmen der veränderten Bedingungen auszugestalten.
- 265
- Die AfA fordert, entsprechende Mitbestimmungsrechte vor allem bezüglich Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz zu stärken, eine bisher unzureichende Arbeitsforschung auszubauen, durch die entsprechende Leitlinien mit präzisen Erkenntnissen zu unterfüttern sind.
- 270
- Dem DGB und den Gewerkschaften ist es mit der von der SPD unterstützten Initiative ‚Gute Arbeit‘ gelungen, Arbeitsgestaltung auf die politische Tagesordnung zu setzen, um schlechte bzw. prekäre Arbeit abzuwehren und vorhandene Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hieran sollte mit Leitlinien ‚Guter Arbeit‘ speziell für Tätigkeiten im digitalisierten Dienstleistungssektor angeknüpft werden. Dafür sind über die bereits laufende Initiative ‚Gute Arbeit‘ hinaus besondere Anstrengungen unter Beteiligung der Beschäftigten notwendig.
- 275
- 280
- 285
- Digitalisierung birgt das Potential, neue Dienstleistungen und damit Beschäftigung zu generieren, also nicht nur zu rationalisieren. Dafür bedarf es neben den genannten sozialen auch normativer und technischer Anforderungen. Zu Letzteren gehört der Ausbau der Netzinfrastruktur – vor allen in strukturschwachen Regionen. Ein funktionierendes Internet, das zukünftig mehr Kapazitäten (Bandbreite, Anschlüsse etc.) bewältigen muss, bildet eine Basis für innovative digitale Dienstleistungen.
- 290
- 295

300 Die AfA unterstützt den DGB bei seinen Anstrengungen, Politik und Wirtschaft zu überzeugen, die notwendigen Investitionen vorzunehmen und die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Individuelle und kollektive Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechte im Netz sind zu verankern.

310 Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gehört ein wirkungsvoller Datenschutz. Ohne dessen Garantie werden als aussichtsreich gehandelte neue Geschäftsmodelle nicht auf Akzeptanz stoßen. Das Arbeiten mit digitaler Technik und deren Datenschatten zeigt die Dringlichkeit für ein modernes Beschäftigtendatenschutzgesetz. Zugespitzt zeigt sich dies beim Crowdsourcing: Das Liquid-Modell von IBM z.B. zielt auf maximale Transparenz in der „Talent Cloud“, auf die „digitale Reputation“ der Auftragnehmer bzw. Solo-Selbständigen. Dies führt zu einer massiven Gefährdung von deren Persönlichkeitsrechten. Die AfA steht hier gemeinsam mit dem DGB in der Pflicht, die informationelle Selbstbestimmung der Erwerbstätigen zu unterstützen und den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte einzufordern.

320 Die Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, die „alte“ und die „neue“ Arbeit im Sinne einer neuen Kultur der Arbeit zu gestalten.

335 Um Leitlinien für ‚Gute Arbeit‘ auch in der digitalisierten Arbeitswelt zu verwirklichen, werden wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften

- eine breite gesellschaftliche und innerparteiliche Diskussion anstoßen, dazu die periodische Arbeitsberichterstattung zur ‚Guten Arbeit‘ auswerten und so die Herausforderungen zur Gestaltung digitaler Arbeit aus Sicht der Erwerbstätigen beschreiben,

- Gute Arbeit als beteiligungsorientierten gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Ansatz fördern, weil nur ein partizipatives Vorgehen den Autonomieansprüchen der Beschäftigten gerecht wird und ermöglicht, Gestaltungsmöglichkeiten in der Digitalisie-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 350 rung im Interesse der Erwerbstätigen zu nutzen sowie Fehlbeanspruchung durch bspw. ständige Erreichbarkeit zu minimieren,
- auf ein Recht auf Nichterreichbarkeit („Log off“) und Nicht-Reaktion im Arbeitszeitgesetz drängen,
- 355 • die Adaption von Arbeitsschutzverordnungen und branchenspezifischen Vorschriften (des Arbeitsschutzrechts wie auch der Unfallversicherung und ihrer Branchenregeln) an mobile und digitale Arbeit vorantreiben,
- 360 • eine Arbeitsforschung und deren angemessene Ausstattung anstoßen, die den Anforderungen digitaler Arbeit adäquate Lösungen in beteiligungsorientierten Beschäftigungs- und Arbeitsformen gegenüberstellt,
- 365 • bei der Bundespartei wie der Bundesregierung einfordern und sie darin unterstützen, die Sozialversicherungssysteme im Zuge der Einführung von Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung (Rente) adäquat anzupassen, um Risiken digitaler, mobiler und selbständiger Arbeit einzugrenzen,
- 370 • offensiv für die Modernisierung der Netzinfrastruktur mit zugesicherten individuellen und kollektiven Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechten im Netz eintreten,
- 375 • sich auf staatlicher wie europäischer Ebene für ein wirksames Datenschutzgesetz und Regelungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte v.a. der Erwerbstätigen einsetzen,
- 380 • für eine Modernisierung des Mitbestimmungsrechts auf Betriebs- und Unternehmensebene eintreten.

B 38

Ortsverein Bamberg-Altstadt-Süd (Landesverband Bayern)

Leitmotto „Durch jede Arbeit gut leben“

Das Ziel der SPD sollte es sein, dass sie mit einem starken Leitgedanken identifiziert wird. Die SPD sollte mit ihrer Politik dafür sorgen, dass eine der größten Bedrohungen für das gute Funktionieren unserer Gesellschaft, nämlich, der extreme Unterschied zwischen Arm und Reich abgebaut wird. Dies trüge zur Chancengerechtigkeit, einer gerechteren Verteilung des Wohlstands und zu

Leitmotto „Durch jede Arbeit gut leben“

Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung des Wahlprogramms 2017 (Perspektiv-AG 2)

- 5

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 10 einem Wirtschaftswachstum, von dem alle profitieren, bei. Deshalb fordern wir:
- Die SPD soll ihre Politik unter das Leitmotto „Durch jede Arbeit gut leben“ stellen und ihre Politik danach ausrichten.
- 15
- Sie soll ihre Politik darauf fokussieren, den Wert der Arbeit zu stärken und den Einfluss des Kapitals zurück zu drängen.
 - Die SPD soll dafür sorgen, dass die Arbeit, die dem Wohle der Gesellschaft dient, durch die Politik unterstützt wird und man durch diese gut leben kann.
- 20
- Somit werden durch diese Politik fast alle Gesellschaftsschichten angesprochen, denn sowohl die Schichten mit geringerem Einkommen als auch die mit hohem Einkommen würden von dieser Politik profitieren, solange sie durch Arbeit ihr Einkommen erzielen und nicht nur durch ihr Kapital.
- 25
- Die SPD soll deshalb umsetzen, dass die Kapitaleinkünfte nicht mehr pauschal mit 25% besteuert werden, sondern gemäß des regulären Einkommensteuersatzes. Des Weiteren ist eine Börsentransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer und eine höhere Erbschaftsteuer für Spitzenvermögen einzuführen.
- 30
- Die SPD sollte gleichzeitig umsetzen, dass der Grundfreibetrag angehoben wird und die kalte Progression gesenkt wird und somit die Arbeit lohnenswerter wird.
- 35
- Sinnvoll wäre es das Leitmotto auch bei der Gestaltung weiterer Politikfelder, wie der Sozialpolitik und der Familienpolitik zu berücksichtigen.
- 40
- 45

B 39

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen

Damit Frauen und Menschen, die zu besonders gefährdeten Minderheiten gehören, in Deutschland frei und sicher leben können, bedarf es eines Bündels von Maßnahmen auf allen Ebenen.

- 5
1. Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit auf allen politischen Ebenen von der

Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm (Perspektiv-AGs 3 und 7)

- 10 Kommune bis zum Bund muss dazu bei-
tragen Gewalt in jeglicher Form gegen
Frauen und besonders verletzte Min-
derheiten zu verhindern und Betroffenen
zu signalisieren, dass sie mit Hilfe und
gesellschaftlicher Unterstützung rechnen
15 können. Auch die Stärkung der Zivilcou-
rage nicht betroffener Zeugen und Zeu-
ginnen sowie eine verantwortungsbe-
wusste Aufklärung und informierende
Mediengestaltung sind Ziele und Inhalte
dieser gesellschaftspolitischen Anstren-
20 gungen.
2. Sexismus darf in der Werbung und in den
Medien keinen Platz haben. Die mediale
Berichterstattung über sexualisierte Ge-
25 walt darf die Opfer nicht verhöhnen und
die Taten nicht verschleiern, zum Bei-
spiel, indem sexualisierte Gewalttaten
zum Beziehungs-drama verharmlost wer-
den. Die Bildsprache ist frei von rassisti-
30 schen und sexistischen Klischees zu hal-
ten. Bilder wirken unterbewusst und
können selbst eine differenzierte Bericht-
erstattung torpedieren.
3. Sexuelle Belästigung muss mit einer Stra-
35 fe belegt werden, losgelöst von der ver-
muteten Gegenwehr des Opfers. Als ers-
tes müssen die geplanten Änderungen
der §§ 177 und 179 des Sexualstrafrechts
40 zügig umgesetzt werden und im Folgen-
den das Sexualstrafrecht dahingehend
reformiert werden, dass es der Istanbul-
Konvention entspricht.
4. Polizei und Justiz müssen geschult wer-
45 den, damit es überhaupt zur Strafverfol-
gung kommt und in diesen Prozessen
sensibel und respektvoll mit Betroffenen
umgegangen wird.
5. Die Arbeit von Frauenhäusern und Bera-
50 tungsstellen muss ausreichend finanziert
und ausgebaut werden, einschließlich ei-
nem ausreichenden Therapieangebot
und einem schnellen Zugang dazu. Die
Kompetenz von Betroffenen und Selbst-
hilfeorganisationen muss hinzugezogen
werden.
- 55 6. Präventionsarbeit muss von der Kinder-
tagesstätte an in allen Bildungseinrich-

tungen stattfinden.

B 40

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Reform des Mutterschutzgesetzes

Im Koalitionsvertrag ist die Reform des aus dem Jahre 1952 stammenden Mutterschutzgesetzes vereinbart. Um bestehende Gesetzeslücken zu schließen, tritt die SPD im Bundestag für eine Reform des Mutterschutzgesetzes mit folgenden Inhalten ein, um Frauen gleichberechtigte Erwerbschancen und Berufslebensläufe zu sichern:

- 10 • Ein modernes Mutterschutzgesetz schafft für alle Frauen das Recht in ihrem Beruf weiterzuarbeiten, wenn sie das wünschen und fordert Arbeitgeber auf, mehr dafür zu tun, dass Schwangere an
- 15 ihrem Arbeitsplatz diskriminierungsfrei und gleichberechtigt arbeiten können.
- Die Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsgesetze müssen so erweitert werden, dass Arbeitgeber in allen Belangen der Arbeitssicherheit alle Gefährdungsfaktoren einbeziehen, die auch schwangere und stillende Mütter betreffen, damit Arbeitsplätze so sicher werden, dass immer auch schwangere und stillende
- 20 Mütter dort arbeiten können. Nur in Berufsfeldern, in denen das arbeitsbedingt nicht zu verwirklichen ist, sollen Ausnahmeregelungen möglich sein.
- Frauen, die aus betriebsbedingten Gründen während der gesamten Schwangerschaft und Mutterschutzfrist einem Berufsverbot unterliegen, muss bei der Rückkehr ihr vormaliger Arbeitsplatz wieder zu Verfügung gestellt werden, einschließlich des Angebots einer Wiedereingliederungsmaßnahme von sechs
- 35 Wochen.
- Der Kreis der Anspruchsberechtigten muss erweitert werden um unter anderem Schülerinnen, Studentinnen, arbeitslose und selbstständige Frauen, weil für sie die derzeitigen Bestimmungen des
- 40

Reform des Mutterschutzgesetzes

Erledigt durch Regierungshandeln

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

45 Mutterschutzgesetzes nicht gelten, weil sie nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen. Daher muss die Novellierung des Mutterschutzgesetzes als Chance genutzt werden, um auch deren finanzielle Absicherung während der gesetzlichen Schutzfristen zu garantieren.

50 • Ein Kündigungsschutz für Väter während der Schwangerschaft ihrer Partnerin soll etabliert werden.

55 Wie in EG-Richtlinien bereits seit 2006 gefordert, soll die Mutterschutzfrist von 14 auf 18 Wochen verlängert werden und ein Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen ab Geburt des Kindes bis Ende des Mutterschutzfrist eingerichtet werden.

B 41

Unterbezirk Remscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Ehrenamt stärken – JETZT!

5 Die aktuelle Situation geflüchteter Menschen, die in der Bundesrepublik Schutz suchen, ist wohl derzeit das bekannteste Beispiel für die Notwendigkeit ehrenamtlichen Engagements. Doch auch die Freiwilligendienste, Freiwillige Feuerwehr, Techn. Hilfswerk, Sportvereine, Gewerkschaften und Stiftungen sind auf die Hilfe von Ehrenamtlichen angewiesen. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement wäre unsere Gesellschaft ärmer, der Zusammenhalt gefährdet und die zahlreichen Aktionen und Hilfen die wir täglich erleben und wertschätzen nicht realisierbar.

10 Im vergangen und in diesem Jahr erleben wir, wie Politik und Verwaltung angesichts der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen vielfach darauf angewiesen sind, dass bürgerschaftliches Engagement kurzfristig zustande kommt. Doch trotz seiner Unverzichtbarkeit lässt sich das Engagement vom Staat weder erzwingen noch erkaufen. Denn zu seinem Wesen gehört, dass es freiwillig und selbstbestimmt geschieht. Als einen Lückenbüßer für staatliche Aufgaben dürfen wir das Engagement nicht begreifen.

Ehrenamt stärken – JETZT!

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

30 Deshalb sollte die Wertschätzung der Person, die ein Ehrenamt übernimmt und ausfüllt, nicht nur durch Auszeichnungen und Belobigung erfolgen, es bedarf weitere Verbesserungen in der Verzahnung Ehrenamt und Beruf sowie finanzieller Verbesserungen.

Daher fordern wir:

- 35 • Eine Erhöhung der steuerfreien Ehrenamts-
amts-
pauschale von aktuell 720€ auf die Höhe der Übungsleiterpauschale von aktuell 2.400 Euro.
- 40 • 10 bezahlte Arbeitstage pro Jahr für die Weiterbildung von Ehrenamtlichen und Teilnahme an Seminaren/Tagungen – geregelt über ein Bundesgesetz.
- 45 • Rechtssicherheit für Arbeitnehmer, die ihr Ehrenamt gegenüber ihren Arbeitgebern erkämpfen müssen.
- Berücksichtigung im Beruf und positive Auswirkungen in der beruflichen Entwicklung.

50 2013 ist das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in Kraft getreten. Das Gesetz sollte in erster Linie ein Ansporn sein, damit noch mehr Bürger ein Ehrenamt übernehmen. Es baut bürokratische Barrieren ab und schafft

55 Anreize für ein bürgerschaftliches Engagement breiter Bevölkerungsgruppen. Bürgerschaftliches Engagement flankiert wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftliche Integration, Wohlstand sowie stabile demokratische Strukturen auch für die Zukunft zu erhalten und zu verbessern. In Zeiten defizitärer und zu konsolidierender öffentlicher Kassen, gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung. Denn die

60 Öffentliche Hand wird sich wegen der zwingenden Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen gesetzlichen Aufgaben konzentrieren müssen. Es ist daher notwendig, Anreize für die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu stärken und bestehende Hindernisse bei der Ausübung gemeinnütziger Tätigkeiten abzubauen. „Bürgerschaftliches Engagement ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammen hält“!

65

70

75

Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger freiwillig einen solidarischen Beitrag für die Gemeinschaft leisten.

80 Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen daher weiterentwickelt werden, damit sich eine aktive Zivilgesellschaft besser entfalten und nachhaltig wirken kann. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich

85 zu oft zwischen der Ausübung ihres Berufs und ihres Ehrenamts entscheiden. Zunehmend oft drohen Arbeitgeber den Beschäftigten mit Abmahnungen, Kündigungen und Maßregelungen, wenn das Ehrenamt ausgeübt wird.

90 Die einzelnen Weiterbildungsgesetze der Bundesländer (sofern existent) bilden die Notwendigkeit von Fortbildungen für das ehrenamtliche Engagement nur unzureichend ab. Hier braucht es eine bundeseinheitliche Grundlage (wie bspw. in NRW seit 1975).

95

B 42

Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2016) weiterentwickeln

Die dringend notwendige Energiewende weg von atomaren, fossilen, zentralen Großkraftwerken in den Händen weniger Konzerne hin zu erneuerbaren, dezentralen Erzeugungsstrukturen in Bürgerhand muss fortgesetzt werden. Gerade die SPD steht für Partizipation und Bürgerbeteiligung. Das klare und eindeutige Bekenntnis zur Energiewende muss sich im EEG 2016 wiederfinden. Nur mit erneuerbaren Energien können langfristig Versorgungssicherheit, stabile Strompreise und der Schutz des Klimas und der Umwelt gewährleistet werden. Dies beinhaltet, dass:

5

10

15

1. Vorrang für eine dezentrale Energieversorgung
Erneuerbare Energien sind besser für dezentrale Strukturen geeignet. Sie sind Grundlage für eine Beteiligung der Bürger an der Ener-

20

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2016) weiterentwickeln

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 25 giewende und ermöglichen darüber hinaus die Wertschöpfung durch Energieerzeugung auch in strukturschwachen Regionen. Die bisherige Entwicklung und Erfahrungen sprechen für dezentrale Strukturen. Das heißt allerdings nicht, dass kurz-, bzw. mittelfristig komplett auf größere Kraftwerke verzichtet werden soll. Es muss eine sinnvolle Mischung und Übergangsstrategie entwickelt werden.
- 30 Was die Kosten anbelangt gibt es keinen wesentlichen Unterschied. Bei zentralen Strukturen kann die Energieerzeugung auf wirtschaftliche Standorte konzentriert werden. Allerdings sind dafür dann hohe Investitionen in die Übertragungs- und Verteilnetze notwendig. Bei dezentralen Strukturen ist die Erzeugung teurer, dafür sind weniger Investitionen in den Ausbau der Übertragungsnetze notwendig.
- 40
2. Bürger müssen wesentliche Akteure der Energiewende bleiben
- 45 Im Bereich der erneuerbaren Energien haben sich bisher die Bürger sehr stark engagiert. So haben Landwirte, Privatpersonen und mit steigender Zahl auch Energiegenossenschaften fast 50 Prozent Anteil an der installierten Leistung, während sich nur fünf Prozent im Eigentum der vier großen Energieversorger befinden. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig die Rahmenbedingungen auch in
- 50 Zukunft so zu gestalten, dass Energiegenossenschaften, Privatpersonen, kleine Unternehmen, wie auch Kommunal- und Stadtwerke faire Chancen haben sich an der Energiewende zu beteiligen.
- 55
3. Wirtschaftlichen Einsatz von Speichertechnologien fördern
- 60 Erneuerbare Energien sind – außer der Biomasse – leider durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet. Sonne und Wind stehen nicht immer dann zur Verfügung, wenn auch Energie benötigt wird. Andererseits liefern sie zu anderen Zeiten wesentlich mehr Energie als tatsächlich notwendig ist. Über entsprechende Speichertechnologien muss hier
- 65 mittelfristig ein Ausgleich geschaffen werden. Ausgereifte technische Möglichkeiten

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 70 stehen zur Verfügung, sind aber nur bedingt wirtschaftlich einsetzbar. Es ist deshalb notwendig über entsprechende Anreizprogramme einen breiteren Einsatz zu fördern, um damit schneller in Richtung wirtschaftlicher Nutzung zu kommen.
- 75

4. Ausstieg aus der Kohleverstromung

- Der Strommarkt ist zur Zeit durch ein deutliches Überangebot gekennzeichnet. Dies liegt zum einen am bisher steigenden Anteil erneuerbarer Energien, aber auch daran, dass andererseits der Anteil fossiler Energien nicht reduziert wird. Gerade die Kohleverstromung trägt erheblich zur CO₂-Zunahme in der Atmosphäre und damit zum Klimawandel bei.
- 80 Es ist deshalb höchste Zeit einen konkreten Plan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung aufzustellen und den Kohleausstieg einzuleiten.
- 85

B 43

Ortsverein Beelitz (Landesverband Brandenburg)

Zukunft sichern - Energiewende 2.0

- Die Bundestagsfraktion der SPD und die SPD-Minister der Bundesregierung werden aufgefordert, die bisher praktizierte Energiewende gemeinsam mit den Bundesländern umgehend und konsequent in eine Energiewende 2.0 zur Sicherung unserer Zukunft überzuleiten.
- 5

- Der schnell voranschreitende Klimawandel ist zweifellos die größte Bedrohung der Menschheit. Wir brauchen eine nachhaltige Energiewende, die es uns ermöglicht, dem kraftvoll entgegen zu wirken. Das erfordert zusätzlich zu unserer Versorgung sehr viel Energie. Mit einfacher Energieeinsparung und Begrenzung zusätzlicher CO₂-Emissionen ist dieser globale Prozeß nicht mehr aufzuhalten. Die einzige Lösung ist Zurückführung auf das vorindustrielle Klimagas-Niveau in der Atmosphäre. Das geht nur mit massiver Aufforstung und technischer Auswaschung, die mehr Energie erfordert, als wir jetzt verbrauchen. Unser Pla-
- 10
- 15
- 20

Zukunft sichern - Energiewende 2.0

Überweisung als Material an die SPD Bundestagsfraktion

net ist durch unsere Schuld schwer krank!
25 Zwei schwere abgelaufene und zwei weitere
Beinahe-Kernkraftunfälle sowie die ungelöste
Endlagerung der Abfälle führten in unse-
rem Land zum Ausstiegsbeschluss für die
30 Kernkraft. Seither setzen wir auf die Nutzung
von Wind, Sonne und Biomasse. So errichte-
ten wir in Deutschland bereits mehr als
26000 Windkraft-Anlagen. Sie befinden sich
im Gegensatz zur Photo-Voltaik stets im frei-
en Landschaftsraum bzw. in der Nähe zu
35 ländlichen Siedlungen. Als die Ackerflächen
nicht mehr ausreichten, begannen wir sogar,
dafür Wald zu roden. Die simple Addition der
Maximalleistungen, die installierte Nennlei-
stung, beträgt heute knapp 42GW, also ei-
40 gentlich ca. 50% unseres Winterbedarfs.

Praktisch kann jedoch damit nicht einmal ein
einziges Kernkraftwerk, was etwa nur 1 GW
erzeugt, ersetzt werden. Das ist so, weil die
45 Energieabgabe extrem wetterabhängig ist.
Die Hoffnung, dass mehr Windräder zum
Ausgleich führen, trog, weil sie nicht statis-
tisch unabhängig sind, d.h. die Wahrschein-
lichkeit, dass sich alle oder keines drehen ist
50 höher, als dass es zu einem gegenseitigem
Ausgleich kommt. Je mehr Windräder wir
haben, desto größer wird also nur der Betrag
der Schwankung. Die Realität ist, die Netze
ertragen das bisher nur, weil die reale soge-
55 nannte Öko-Energieproduktion noch immer
eine Bagatelle ist und weil Überschüsse als
Energemüll im Ausland kostenpflichtig ent-
sorgt werden. In der Realität ersetzen wir den
durch planmäßige Abschaltung geringer
60 werdenden Kernenergie-Anteil durch Braun-
kohle-Verstromung. Die bisherige Energie-
wende ist also extrem klimaschädlich! Hinzu
kommt, die Energiedichte pro Fläche und die
Energieproduktion pro Ressourcen-Ver-
65 brauch an Rohstoffen ist bei keiner anderen
Energie-Erzeugungs-Technologie so gering.
Das allerschlimmste ist, dafür auch noch
Wald zu vernichten, denn der ist bisher das
Einzigste, was klimaschädliches CO₂ aus der
70 Luft entfernt und in den Wertstoff Holz ver-
wandelt. Hinzu kommen die schweren öko-
logischen Schäden durch Zerstörung der letz-

ten Naturräume mit massenweiser Tötung geschützter Tiere und Zerstörung des Landschaftsbildes sowie insbesondere die bewusste gesundheitliche Gefährdung und Belastung der Bevölkerung, die das alles obendrein auch noch mit hohen Subventionen entsprechend EEG bezahlen muß. So haben wir weltweit die höchsten Energiekosten kombiniert mit der geringsten Versorgungssicherheit. Das ist besonders unsozial und führt unabwendbar zu Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit. Es ist wissenschaftlich völlig klar, dass das für das zweitdichtbesiedelste Land der Erde, ohne nennenswerte Ressourcen, aber mit sehr hohem Pro-Kopf-Energieverbrauch für seine starke, exportorientierte Industrie eine offensichtliche Fehlplanung mit katastrophalen Folgen - und zwar zugleich technisch, ökonomisch und ökologisch - ist. Tatsache ist, ohne permanente Zwischenspeicherung ist diese Energiequelle jenseits der Bagatellgrenze nicht nutzbar. Nach den ersten erfolgreichen Versuchsmustern von Windkraft-Anlagen hätte man also - vor einem flächendeckendem Zubau - zuerst Speicherwerke schaffen müssen. Allen z.Zt. bekannten bzw. absehbaren Technologien ist gemeinsam, sie sind extrem flächenintensiv (in unserem Land nicht unterzubringen), sehr investitions- und ressourcenintensiv, z.T. extrem explosionsgefährlich (Wasserstoff) und sie haben einen sehr geringen Wirkungsgrad zwischen 75 % (Pumpspeicher) und etwa 15% (power-to-gas mit Methanisierung). Völlig offen ist dabei zudem, woher die gewaltigen, benötigten CO₂-Mengen kommen sollen. Dabei ist der Energiebedarf für die Zwischenlagerung (Tiefkühlung, Hochdruck) von Wasserstoff und Methan sogar noch unberücksichtigt, d.h. in der Praxis wird der Wirkungsgrad noch geringer. Konkret heißt das, allein für die Speicherung braucht man mindestens eine Versiebenfachung der Zahl der Windkraft-Anlagen, was natürlich auch heißt, der Strompreis muß sich nochmals vervielfachen. Klar ist auch, der investive und technische Aufwand und damit auch die Umweltbelastung und der Flächenverbrauch für die in-

dustrielle Gas-Produktion und -Speicherung wäre nochmals weit größer als der für die Energieproduktion selbst. Das ist in jeder Hinsicht indiskutabel. Statt starrsinnigem - weiter so - und der offensichtlich unrealen Hoffnung auf funktionelle und wirtschaftliche Speicher ist konsequente Energie-Einsparung das Gebot der Stunde. Diese gewaltigen technischen Probleme mit stark schwankender Energieabgabe sind nicht überraschend, denn in seiner physikalischen Grundfunktion gleicht das äußerlich stark abgewandelte Windkraftwerk noch immer der mittelalterliche Windmühle - und die hatte bekanntlich gegen die seinerzeit aufkommende (grundlastfähige) Dampfmaschine keinerlei Chance. Die industrielle Revolution wäre mit den - wie wir heute sagen - erneuerbaren Energie-Quellen - Wind- und Wasser-Mühle - nicht möglich gewesen. Man kann die Zukunft nur mit Zukunftstechnologien meistern. Ein Rückgriff auf modernisierte mittelalterliche Technologien ist ein katastrophaler Irrweg. Es gibt durchaus Hochtechnologie-Optionen künftiger Energie-Versorgung, die alle Anforderungen des Klimaschutzes, der Wirtschaft und unserer Menschen erfüllen. Das wäre z.B. die Fusions-Technologie - mit extrem hoher Energiedichte (wahrscheinlich nur 1 bis 2 Kraftwerke für die gesamte EU) und prinzipiell frei von Atommüll und jeder Freisetzungsgefahr radioaktiver Stoffe, die Photo-Voltaik im Weltraum mit Mikrowellenübertragung zur Erde - quantitativ ebenfalls unbegrenzt, frei von Speicherbedarf und durch niedrige Temperaturen viel effektiver als auf der Erde sowie die technische Kohlenwasserstoff-Synthese mit Mikro-Algen zur praktisch unbegrenzten Produktion von flüssigen (CO₂-neutralen) Treibstoffen und Lebensmitteln. Und das sind nur einige der erfolgversprechendsten neuen Technologien. Deren Erforschung, Erprobung und schneller Aufbau erfordern aber gewaltige Ressourcen, also eben genau die, die wir gerade jetzt nutzen und aussichtslos - hoch subventioniert - verpulvern. Es kann nicht richtig sein, wenn unser Land in die sogenannte Energiewende das

- 175 zig-fache dessen investiert, was es bereit ist, in nationale und internationale Fusionsforschung zu investieren. So verspielt man Zukunft! Es ist auch nicht gleichgültig, wann wir diese neuen Technologien zur Verfügung haben. Zu spät sind sie für die überlebensnotwendige Bekämpfung des Klimawandels nutzlos. Uns läuft die Zeit also massiv davon!
- 180 Lasst uns deshalb jetzt sofort mutig die entscheidenden Weichen auf Zukunft umstellen - bevor es zu spät ist. Wir brauchen die Energiewende 2.0 – jetzt!

B 44

Landesverband Hessen

- | | |
|--|--|
| <p>SuedLink-Trasse</p> <p>1. Der Parteikonvent begrüßt grundsätzlich die Vereinbarungen der Koalitionsspitzen von CDU/CSU und SPD vom 1. Juli 2015 zum Netzausbau. Zahlreiche Gespräche von Vertretern der SPD, das Engagement der Kreise, Städte und Gemeinden entlang der Strecke sowie zahlreicher Bürgerinitiativen haben dazu geführt, dass weitreichende Änderungen vereinbart wurden.</p> <p>5</p> <p>2. Der Parteikonvent begrüßt, dass ihre Forderung nach einer kontinuierlichen Bedarfsüberprüfung aufgenommen wurde.</p> <p>10</p> <p>3. Bei nachgewiesenem Bedarf sind zur Steigerung der Akzeptanz die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Erdkabel deutlich zu erleichtern. Grundsätzlich ist SuedLink als Erdkabel und nur in Ausnahmefällen als Freileitung zu führen. Die Mehrkosten sind - wie im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vorgesehen - auf alle Netzbetreiber umzulegen.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>4. Der Parteikonvent fordert klare Abstandsregelungen, die bundeseinheitlich vorzugeben sind.</p> <p>25</p> <p>5. Der Parteikonvent begrüßt die Rücküberweisung der Tennet-Antragsunterlagen mit der substantiellen und berechtigten Kritik der Bundesnetzagentur.</p> <p>30</p> <p>6. Der Parteikonvent kritisiert die bisherige Informationspolitik des Vorhabenträgers</p> | <p>SuedLink-Trasse</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> |
|--|--|

- 35 Tennet in Bezug auf SuedLink. Die durchgeführten Dialogverfahren und die Informationspolitik gegenüber den Kommunalpolitikern und Bürgern vor Ort waren nicht geeignet, um für mehr Transparenz zu sorgen.
- 40 7. Der Parteikonvent erwartet, dass die im Rahmen der Bundesfachplanung anstehenden Antragskonferenzen so zu gestalten sind, dass die betroffenen - insbesondere kleinen - Kommunen bei der Einbringung ihrer Belange unterstützt werden und der lokale Sachverstand vorgebracht werden kann. Dafür sind die Antragskonferenzen auf Ebene der Landkreise durchzuführen. Die Antragsunterlagen sind so aufzuarbeiten, dass die Planungen für die jeweilige Teilregion auch für Nichtfachleute überschaubar und nachvollziehbar dargestellt werden.
- 50 8. Der Parteikonvent fordert, dass bei großen Infrastrukturen künftig staatliche Stellen selbst planen und nicht wie im Falle des Netzausbaus private Dritte die Planung vornehmen. Nur so kann verhindert werden, dass der Eindruck erweckt wird, die Pläne seien in erster Linie am wirtschaftlichen Interesse der Vorhabenträger und nicht primär am Gemeinwohl verpflichtenden Gesamtinteresse ausgerichtet.
- 60 9. Der Parteikonvent fordert, dass die neuesten Technologien wie z.B. die Power-to-Gas-Technologie in das Planungsverfahren einbezogen werden. Die Power-to-Gas-Technologie wird als kleinere Einheit bereits eingesetzt. Damit kann die Windkraft aus dem Norden als Gas in das bestehende Gasnetz eingespeist werden und kann damit auch als Speicher genutzt werden.
- 70 10. Der Parteikonvent begrüßt und unterstützt die Forderungen der über 20 Landkreise entlang der möglichen SuedLink-Trasse, die diese in der 'Hamelner-Erklärung' festgeschrieben haben.
- 75 11. Der Parteikonvent erwartet, dass auch geologische und geografische Alternativen geprüft werden.
12. Der Parteikonvent unterstützt die Entscheidung, dass für den Ausbau der HGÜ-Stromnetze vorrangig die Erdverkabelung genutzt werden soll. Die Belastungen für die

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 80 Bürgerinnen und Bürger, Natur und Landschaft können damit geringer gehalten werden.
 13. Der Parteikonvent lehnt zusätzliche Trassenführungen in Hessen aus Entlastungsgründen für Bayern ab. Am bisherigen Trassenverlauf und an der gemeinsamen Bündelung der Leitungen von Brunsbüttel nach Großgartach und von Wilster nach Grafenrheinfeld muss grundsätzlich festgehalten werden.

B 45

Landesverband Hessen

Onshore-Windkraft braucht auch in Mittel- und Süddeutschland weiter eine Perspektive - De-Minimis-Regelung muss zwingend ins EEG 2016

1. Der Parteikonvent stellt fest, dass die Bundesregierung von der Möglichkeit der De-Minimis-Regelung für Windenergieanlagen im aktuellen Gesetzentwurf für das EEG 2016 nur sehr eingeschränkt Gebrauch machen will. Danach sollen lediglich kleine Anlagen mit einer installierten Leistung von unter einem Megawatt von der Ausschreibungspflicht befreit werden.
2. Der Parteikonvent unterstützt den Beschluss des Bundesrates (Drs. 458/15), nach dem Windkraftanlagen, für die als Grenzwert eine installierte Stromerzeugungskapazität von sechs Megawatt oder sechs Erzeugungseinheiten gilt, von der Ausschreibung ausgenommen werden können. Diese Regelung ist zwingend ins EEG 2016 aufzunehmen, da ansonsten das Ende der meisten Windkraftprojekte in Mittel- und Süddeutschland droht sowie mittelständische, kommunale und bürgerschaftliche Projekte aus dem Markt gedrängt werden.
3. Der Parteikonvent vertritt die Auffassung, dass die im Eckpunktepapier vorgeschlagene Bagatellgrenze bis ein Megawatt installierter Leistung nicht ausreicht, um das Ziel des EEG 2014, die

Onshore-Windkraft braucht auch in Mittel- und Süddeutschland weiter eine Perspektive - De-Minimis-Regelung muss zwingend ins EEG 2016

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

30 Akteursvielfalt zu erhalten und Strukturbrüche zu vermeiden, erreichen zu können.

4. Der Parteikonvent weist auf die Ergebnisse aus den Ausschreibungsrunden für

35 Photovoltaik-Freiflächenanlagen hin. Es ist festzustellen, dass die für die Energiewende erforderliche regionale Verteilung des Ausbaus nicht stattfindet und die Akteursvielfalt nicht gewahrt werden

40 konnte. Eine positive Bewertung der Ausschreibungen für Photovoltaik war aber im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD eine zwingende Voraussetzung für die Übertragung der Ausschreibungspflicht auf die Windkraft, die

45 laut Koalitionsvertrag nach dieser Prüfung frühestens 2018 erfolgen kann. Ohne die Einführung der De-Minimis-Regelung würde gegen den Koalitionsvertrag verstoßen, dem mehr als 70 Prozent der SPD-Mitglieder zugestimmt haben.

50

B 46

Unterbezirk Bremen-Nord (Landesorganisation Bremen)

Gegen noch mehr Subventionen für Atomstrom!

Die SPD spricht sich dagegen aus, dass der Staat und damit der Steuerzahler weiterhin einen Großteil der Risiken der Atomenergie und des Ausstiegs tragen soll. Atomstrom ist schon genug vom Staat und von uns allen subventioniert worden, während die Gewinne privatisiert wurden. Damit muss jetzt

5 Schluss sein.

10 Nach dem Plan einer von der Regierung eingesetzten Expertenkommission sollen die vier Atomstrom-Konzerne bis 2022 nur etwa die Hälfte ihrer Milliarden-Rückstellungen, die die Stromkunden bereits mitbezahlt haben, in einen Fonds einbringen, aus dem die

15 End- und Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente bezahlt werden soll. Das Risiko möglicher Mehrkosten übernehme

Gegen noch mehr Subventionen für Atomstrom!

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Die SPD spricht sich dagegen aus, dass der Staat und damit der Steuerzahler weiterhin einen Großteil der Risiken der Atomenergie und des Ausstiegs tragen soll. Atomstrom ist schon genug vom Staat und von uns allen subventioniert worden, während die Gewinne privatisiert wurden. Damit muss jetzt Schluss

sein.

Nach dem Plan einer von der Regierung eingesetzten Expertenkommission sollen die vier Atomstrom-Konzerne bis 2022 nur etwa die Hälfte ihrer Milliarden-Rückstellungen, die die Stromkunden bereits mitbezahlt haben, in einen Fonds einbringen, aus dem die End- und Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente bezahlt werden soll. Das Risiko möglicher Mehrkosten übernehme

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
20 ab einem gewissen Zeitpunkt dann der Staat – so Berichte des Weser- Kurier vom 23.02.2016 (dpa) und des Tagesspiegels vom 28.02.2016.	ab einem gewissen Zeitpunkt dann der Staat – so Berichte des Weser- Kurier vom 23.02.2016 (dpa) und des Tagesspiegels vom 28.02.2016.
25 Offenbar geschieht das, was von Atomstromkritikern vorhergesagt wurde: Die Konzerne legen es auf eine Insolvenz ihrer Atomstrom-Sparte an und setzen damit den Staat unter Druck.	Offenbar geschieht das, was von Atomstromkritikern vorhergesagt wurde: Die Konzerne legen es auf eine Insolvenz ihrer Atomstrom-Sparte an und setzen damit den Staat unter Druck.
30 Deshalb fordern wir: 1. Die gesamten Milliarden-Rückstellungen der Stromkonzerne müssen unverzüglich in einen Fonds eingebracht werden, um sie für den Steuerzahler zu sichern.	Deshalb fordern wir: 1. Die gesamten Milliarden-Rückstellungen für die Aufgaben der Zwischenlagerung, der Herstellung von Endlagergebinden der Abfälle aus der Wiederaufarbeitung sowie der Transporte zum Endlager sollen ebenso wie die Mittel für Auswahl , Bau , Betrieb und Stilllegung der nuklearen Endlager auf den Staat übertragen werden. Die Mittel sollen der Stromkonzerne
35	müssen unverzüglich in einen neu einzu-richtenden öffentlich rechtlichen Fonds
40	eingebracht werden, um sie für den Steuerzahler zu sichern.
45 2. Die Atomstrom-Konzerne und ihre Rechtsnachfolger müssen auch über diesen Fonds hinaus in der Nachhaftung für die Folgekosten bleiben.	2. Die Atomstrom-Konzerne und ihre Rechtsnachfolger müssen auch über diesen Fonds hinaus in der Nachhaftung für die Folgekosten Rückbau, Stilllegung und Verpackung bleiben.
50 3. Weitere Verhandlungen über eine Minderung des Risikos für die Konzerne setzen voraus, dass die Unternehmen alle Klagen gegen den Atomausstieg zurückziehen.	3. Weitere Verhandlungen über eine Minderung des Risikos für die Konzerne setzen voraus, dass die Unternehmen alle Klagen gegen den Atomausstieg zurückziehen.
55	Mit einem neuen Entsorgungskonsens besteht die Chance endgültig den Streit um die Nutzung der Kernenergie zu beenden. Um eine dauerhafte Lösung zu erreichen, wäre die Beilegung der Rechtsstreite zum Atomausstieg wünschenswert. Die Kommission erwartet von Betreibern, dass die mit der Finanzierung und Verantwortung der nuklearen Entsorgung im Zusammenhang stehenden Klagen fallen gelassen werden.
60	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 47

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

<p>Pfand auf Einweg- / „To-Go“-Verpackungen Die „Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen“ oder kurz Verpackungsverordnung (VerpackV) aus dem Jahr 1991 wird so verändert, dass Pfand auch auf Einwegverpackungen wie „To-Go“-Verpackungen und andere erhoben wird.</p>	<p>Pfand auf Einweg- / „To-Go“-Verpackungen Ablehnung</p>
---	--

B 48

Ortsverein Remscheid-Lüttringhausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Unterbezirk Remscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

<p>Für ein effizientes, ökologisches, verbraucherfreundliches, kommunalfreundliches und bürgernahes Wertstoffgesetz Diesen Sommer ist die Vorlage eines Entwurfes für ein Wertstoffgesetz geplant. Das Gesetz soll die Verpackungsverordnung ablösen und nicht wie bislang nur Verpackungen (produktspezifische Mülltrennung), sondern alle stoffgleichen Nichtverpackungen wie z.B. Plastikspielzeug und Plastikschüsseln (materialspezifische Mülltrennung) gemeinsam erfassen und die Verwertung regeln. Ziel ist es, eine möglichst große Menge an Rohstoffen wiederverwenden zu können. Hierzu soll eine zentrale Stelle zur Überwachung eingerichtet werden.</p>	<p>Für ein effizientes, ökologisches, verbraucherfreundliches, kommunalfreundliches und bürgernahes Wertstoffgesetz Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>Seit mehreren Jahren gibt es Streit zwischen privaten und kommunalen Entsorgungsunternehmen um die zukünftige Aufteilung des Entsorgungsmarktes. Im Kern geht es um die Frage, wie die Verantwortung für das Sammeln, Sortieren und Verwerten verteilt wird.</p>	
<p>Das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit am 15. Juni 2015 vorgelegte Eckpunktepapier sah unter anderem vor, stoffgleiche Nichtverpackungen, also Produkte, die keine Verpackungen sind, aber aus den gleichen Materialien gefertigt sind wie Verpackungen, auch von privaten Entsorgungsunternehmen sammeln, sortieren und verwerten zu lassen.</p>	

Dies würde eine Privatisierung des Entsorgungsmarktes in erheblichem Ausmaß bedeuten.

- 35 Daraufhin hat der Bundesrat hat am 29. Januar 2016 (BR-Drs. 610/15) Eckpunkte beschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, diese im Entwurf des Wertstoffgesetzes zu berücksichtigen. Dabei ist wichtigstes Anliegen, die kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen. So soll den Kommunen die Organisationsverantwortung (mit Ausschreibungsmöglichkeit - Drittbeauftragung) im neuen Wertstoffgesetz eingeräumt werden.
- 40
- 45

- Die Kommunen können dann entscheiden, ob Aufgaben selbst wahrgenommen werden, oder ob beispielsweise Sortierung und Verwertung nach den Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) ausgeschrieben werden. Nur so ist ein für den Bürger nachvollziehbares System der Entsorgung zu schaffen. Die Kommunen wären Ansprechpartner der Bürger und können Leistungen aus einer Hand bieten. Das Geschäftsmodell der privaten Entsorgungsunternehmen wird hierdurch nicht bedroht.
- 50
- 55

- 60 Bereits heute wird ein Großteil der Leistungen, für die Kommunen im Bereich der Entsorgung verantwortlich sind, an private Unternehmen ausgeschrieben. Insbesondere das Sortieren und Recyceln könnte weiterhin von privaten Unternehmen durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Produkt- und Finanzverantwortung der Hersteller für Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen (StNV) im neuen Gesetz sicherzustellen.
- 65
- 70 So müssen Anreize geschaffen werden, die Geeignetheit für ein Recycling weiterzuentwickeln und sicherzustellen.

- 75 Ein schonender Umgang mit wertvollen Ressourcen ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Für die Ausgestaltung des Wertstoffgesetzes bedeutet dies, dass der Implementierung wirksamer Anreize zur Abfallvermeidung, hochwertiges Recycling

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 80 und einem effizienten Sammeln von Abfällen eine Schlüsselrolle zukommen muss. Die Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert sich dem Eckpunktepapier des Bundesrates anzuschließen und ein für den Bürger nach-
- 85 vollziehbares Entsorgungssystem in kommunaler Verantwortung zu schaffen.

B 49

Unterbezirk Göttingen (Bezirk Hannover)

- Lebensmittelverschwendung verhindern - gesetzliche Grundlagen schaffen!**
Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu erarbeiten, damit Supermärkte aus ihrer Sicht zum Verkauf ungeeignete Waren an soziale Einrichtungen spenden, statt diese zu entsorgen. Dabei ist sicherzustellen, dass die annehmenden sozialen Einrichtungen nicht zusätzlich finanziell belastet werden und abgebende Unternehmen an möglichen Entsorgungskosten beteiligt werden bzw. sich daran beteiligen. Es soll zusätzlich darauf hingewirkt werden, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Konzept entwickeln, den richtigen Umgang mit Lebensmitteln bereits in der Schule zu vermitteln. Die Initiative „Zu gut für die Tonne“, ein Bündnis, in dem sich Städte und Kommunen, kirchliche Verbände, die Tafeln und andere Organisationen zusammengeschlossen haben, ist zu fördern und auszuweiten.
- 5
- 10
- 15
- 20

Lebensmittelverschwendung verhindern - gesetzliche Grundlagen schaffen!
Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

B 50

Landesverband Sachsen

- Mautpflicht für Omnibusse einführen!**
Basierend auf der bestehenden LKW-Maut ist eine Mautpflicht für Omnibusse einzuführen. Davon ausgenommen sind nur diejenigen, die (nach RegG) im Auftrag des ÖPNV eingesetzt werden.
- 5

Mautpflicht für Omnibusse einführen!
Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

B 51

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Keine Einführung von Lang-LKWs

Aufgrund des erhöhten Sicherheitsrisikos, der höheren Belastung für die Umwelt und der steigenden Infrastrukturkosten dürfen Lang-LKWs nach Abschluss des Feldversuchs nicht in Deutschland eingeführt werden.

5

Keine Einführung von Lang-LKWs

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

B 52

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Parken in Wohngebieten

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) wird so verändert, dass in hochverdichteten Wohngebieten das Abstellen von größeren LKWs über 2,8t untersagt werden kann.

Parken in Wohngebieten

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

B 53

Ortsverein Hanstedt (Bezirk Hannover)

Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird aufgefordert, sich in der Bundesregierung dafür einzusetzen, ein Konzept zu entwickeln, um Infrastrukturinvestitionen in Deutschland mit Mitteln privater Anleger zu finanzieren.

5

Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 1)

B 54

Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit

Die SPD muss das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit wieder stärker in die programmatischen Debatten einbeziehen. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit ist dabei immer eng mit einer gerechten Besteuerung zu verknüpfen. Nur durch eine Anpassung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer können die notwendigen Zukunftsinvestitionen finanziert sowie die wachsende Ungleichheit abgeschwächt werden. Die Abgeltungssteuer (25%) auf Ka-

5

10

Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 1 und 5)

- pitaleinkommen muss wieder in die progressive Einkommenssteuer integriert werden.
- 15 Im Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ werden dagegen steuerpolitische Instrumente ausgeklammert. Es bietet daher keine hinreichende Grundlage für die nächste Bundestagswahl und wurde dementsprechend auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 ergänzt.
- 20 Die SPD muss die Themen soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit bei der Bundestagswahl 2017 in den Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung stellen, um sich von der CDU/CSU stärker abzusetzen und auch eine Alternative zur jetzigen Großen Koalition anzubieten. In diesem Zusammenhang darf auch eine rot-rot-grüne Koalition nicht ausgeschlossen werden, um glaubhaft eine Machtperspektive aufzeigen zu können.
- 25
- 30

B 55

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

- Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge**
- Die SPD lehnt Privatisierungsvorhaben mit der Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ab.
- 5 Öffentliche Daseinsvorsorge ist unabdingbar für ein Leben in Würde. Ein gleichberechtigter Zugang aller zu den zugehörigen Dienstleistungen und Infrastrukturen ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Die Wirtschaft ist insbesondere auf funktionierende Transportwege und gute Bildungssysteme angewiesen. Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein zentrales gesellschaftliches Zukunftsthema.
- 10 Das Bestreben insbesondere aus der Union Vorhaben wie den Bau, Erhaltung, Betrieb und Finanzierung der Straßeninfrastruktur einer privatrechtlich organisierten Verkehrsinfrastrukturgesellschaft übertragen zu wollen lehnt die SPD ab.
- 15 Bei einer möglichen Privatisierung der Bundesfernstraßen handelt es sich um ein politisch hoch relevantes Thema in Bezug auf Fragen der Gewährleistung von öffentlicher
- 20

Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

25 Daseinsvorsorge durch staatliche Institutionen, der gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Legitimierbarkeit politischer Entscheidungen.

30 Die SPD bekräftigt:
Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit gut funktionierenden und bezahlbaren öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Verkehrsinfrastruktur ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

35 Die Finanzierung von Autobahnneubauen über öffentlich-private Partnerschaften, sogenannte ÖPP, ist als Einstieg in die Autobahnprivatisierung zu betrachten und wird von der SPD abgelehnt.

B 56

SV Göttingen Stadt (Bezirk Hannover)

5 **Die Diskussion um Abschaffung der „Schuldenbremse“ offensiv führen**
Der Parteikonvent

- fordert die Bundestagsfraktion der SPD auf, auf die ersatzlose Streichung der in Artikel 109, Absatz 3 des Grundgesetzes normierte „Schuldenbremse“ hinzuwirken
- und in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass bis zur Streichung die in Artikel 109, Absatz 3 genannte Ausnahmeregelung der „außergewöhnlichen Notsituation“ aktuell auf die Finanzierung der Aufwendungen für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge angewandt wird.

Die Diskussion um Abschaffung der „Schuldenbremse“ offensiv führen

Ablehnung

B 57

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

5 **Über 200 Mrd. € Binnenhandelsdefizit jährlich - Wir sagen Schluss damit!**
Die Handelsbilanz der deutschen Wirtschaft ist stark unausgeglichen. Allein 2014 überstieg der Außenhandel den Binnenhandel um 216,9 Mrd. €. Der Trend der letzten Jahre zeigt eine steigende Tendenz. Diese Entwick-

Über 200 Mrd. € Binnenhandelsdefizit jährlich - Wir sagen Schluss damit!

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 1)

- lung hat massive Auswirkungen im Inland (Altersarmut, steigende Spreizung zwischen Arm und Reich, fehlende Infrastrukturinvestitionen) und dem von unseren Exporten betroffenen Ausland (Notwendigkeit der Kreditfinanzierung, da von den Verbrauchern in Deutschland keine ausländische Waren/Dienstleistungen gekauft werden).
- 10 Um dieser Fehlentwicklung entgegen zu treten und drastischere Konsequenzen abzuwenden, setzt sich die SPD für die Schließung der Lücke zwischen Außen- und Binnenhandel ein. Wünschenswert dafür wären ausreichend höhere Löhne bei den im Exportsektor tätigen Betrieben. Da die Eintrittswahrscheinlichkeit hier aber eher gering ist, verbleibt nur eine entsprechende Steuerpolitik, um die im Exportgeschäft gemachten Gewinne über Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage dem Wirtschaftskreislauf wieder zuzuführen.
- 15
- 20
- 25

B 58

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

- Verknüpfung der Steuerpflicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft**
- Durch Verlagerung ihres Wohnsitzes in ein Land mit niedrigerer Besteuerung, können reiche und vermögende Deutsche sich der Finanzierung des Gemeinwesens entziehen.
- 5 Da die unbeschränkte Steuerpflicht nur an den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthaltsort gebunden ist, ist diese Form der Steuerflucht nach geltendem Steuerrecht legal. Auch wenn die USA in vielen Finanzfragen besser nicht als Vorbild dienen sollten, zeigen sie jedoch, wie sich diese Strategie der Steuervermeidung wirksam eindämmen lässt, indem die unbeschränkte Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit gebunden wird.
- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird daher aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen und das Steuerrecht mit dem Ziel zu reformieren, dass deutsche Staatsangehörige, unabhängig von ihrem tatsächlichem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, mit ih-
- 15
- 20

Verknüpfung der Steuerpflicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

25 rem (Welt-) Einkommen und ihrem (Welt-) Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt steuerpflichtig sind. Die im Ausland gezahlten Steuern sind auf die Steuerlast der Steuerpflichtigen anzurechnen, so dass im Inland ausschließlich die entsprechende Differenz fällig wird.

B 59

Ortsverein Aachen-Haaren (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

5	<p>Wiedereinführung der Vermögenssteuer Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein. Kleine Vermögen, die u.a. zur Sicherung der Altersvorsorge angespart werden, sollen durch einen angemessenen Freibetrag in Höhe von 1 Mio. Euro geschont werden. Alle Vermögensarten (Immobilien, Geldvermögen usw.) sind gleich zu behandeln.</p>	<p>Wiedereinführung der Vermögenssteuer Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 1)</p>
---	---	--

B 60

Ortsverein Modautal (Bezirk Hessen-Süd)

5	<p>Einführung einer Vermögenssteuer Die SPD fordert die Einführung einer Vermögenssteuer und wird beauftragt, den Antrag an die SPD-Entscheidungsgremien weiterzuleiten.</p>	<p>Einführung einer Vermögenssteuer Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 1)</p>
---	---	--

B 61

Kreisverband Schweinfurt Stadt (Landesverband Bayern)

5 10	<p>Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.</p>	<p>Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm</p>
---	--	--

15 Die Flüchtlingsströme geben konservativen
und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit
von diesen Ursachen abzulenken und die poli-
tische Tagesordnung mit nationalistischen und
fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen
und die Sorge zu schüren, dass der Staat die
Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernach-
lässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte
20 werden Defizite und Ungerechtigkeiten in
Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel,
regionale Ungleichgewichte und Struktur-
schwächen, Lücken in den sozialen Siche-
rungssystemen von Gesundheit über Arbeits-
25 losenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein
ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu
geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und
Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu
nennen.

30 Während sich ein großer Teil der Bevölkerung
sorgt, werden die Reichen und Superreichen
immer reicher, selbst in der heutigen Niedrig-
zinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzu-
reichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich
35 allerdings nicht in ihrem Beitrag für das Ge-
meinwohl wider.

40 Diese wachsende Schere zwischen Arm und
Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren
Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaft-
lichen Zusammenhalt.

45 **Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie
gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.**

50 Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem
Regierungsprogramm 2013 war eine kurze
Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD,
aber diese wurde immer wieder durch wider-
sprüchliche politische Botschaften konterka-
riert.

55 Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemo-
kratische Versprechen nach einer menschlischen,
gerechteren und friedlichen Gesellschaft
erneuern.

Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und

60 Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten
 Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte
 für die SPD im Schnitt unter dem Bundestags-
 wahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass
 wieder Debatten geführt werden, die einen
 65 inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Aus-
 richtung auf das Lebensgefühl einer „leis-
 tungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen
 wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögens-
 steuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maß-
 70 nahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet
 werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht tref-
 fen würden.

75 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei
 der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und
 muss an den Reformprozess 2009 bis 2013
 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die
 soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu zie-
 hen.

80 **Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen poli-
 tische Resignation und Spaltung der Gesell-
 schaft. Für Vertrauen in Programm und Han-
 deln der Sozialdemokratie.**

85 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungs-
 handelns sind daher:

90 **I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest
 machen**

95 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der
 Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milli-
 arden Euro für die nächsten Jahre. Neben den
 klassischen Investitionen in Straßen, den
 ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale
 Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits-
 und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.
 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- 100 • vom öffentlichen Sektor entscheidende
 Impulse ausgehen. Länder und insbeson-
 dere die Kommunen brauchen für ihre
 Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- 105 • Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse
 und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen
 Form nicht abfinden, denn beide Verbote
 wirken in Deutschland und Europa als
 Bremse für Investitionen. Die Einhaltung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

110 der Schuldenbremse darf gerade in den
 115 Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitions-
 hemmnis sein. Die Schuldenbremse durch
 Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen,
 ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wes-
 120 sentlich teurer als eine direkte Aufnahme
 von Staatsanleihen, sondern es würde die
 demokratische Handlungsfähigkeit des
 Staates einschränken und ihn von privaten
 Geldgebern abhängig machen. Wir brau-
 chen stattdessen eine erneuerte, moderne
 „goldene Regel“, die Neuverschuldung in
 Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht
 und den Begriff der Investition stärker als
 bisher auf Wachstumsförderung ausricht-
 125 tet.

II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

130 Es muss zu allererst um die menschliche Ge-
 staltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet
 neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit,
 insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung
 135 von Industrie und Dienstleistungen und den
 neuen Umwälzungsprozess in der gesamten
 Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkür-
 zung von Arbeitszeiten und Gesundheits-
 schutz, besonders hinsichtlich der zunehmen-
 den psychischen Erkrankungen. Die SPD muss

- 140 • die Mitbestimmung in Betrieben und Ver-
 waltungen ebenso wie die europäische
 und globale Mitbestimmung in internatio-
 nalen Konzernen ausbauen helfen,
- 145 • den begonnenen Weg von Mindestlohn,
 Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung
 des Missbrauchs von Leiharbeit und Werk-
 verträgen, einer Reform der Hartz-
 Gesetzgebung in Richtung einer Arbeits-
 versicherung mit Verlängerung des ALG-I-
 Bezuges und gezielten Programmen gegen
 150 verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weiter-
 gehen. Den Mindestlohn wollen wir dyna-
 misieren und armutsfest machen, wirksam
 kontrollieren, durch ein Verbandsklage-
 recht stärken sowie die Ausnahmen ab-
 155 schaffen.
- die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

160 • Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,
 165 • die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.

170 Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung
 175 • mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,
 180 • um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

In der Rentenpolitik muss die SPD
 185 • die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,
 190 • das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
 195 • die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.
 200

205 Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um

der Altersarmut zu entgehen.

210 Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

215

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

220 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

225 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig. Die SPD muss

235 • in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.

240

245

250

255 • die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Ar-

beitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.

- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

270

IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

300

- 305 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der
- 310 Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht. Die SPD muss dafür sorgen, dass
- kurzfristig die Eingliederungstitel der Job-
- 315 center erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen
- 320 zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.
- 325

V. Friedenspolitik aktiv gestalten

- 330 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale
- 335 Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als
- 340 Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.
- 345
- 350 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass
- eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Eu-

- ro bis 2030 vorgenommen wird,
- 355 • die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 360 • die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
- 365 • restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.
- 370

Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne Russland darf nicht fortgesetzt werden.

375

380

Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

385

Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.

390

VI. Steuern durch gerechte Steuern

Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

395

400 • sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuer-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 405
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
 - einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
 - und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.
- 410
- 415
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

- 420
- Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit
- der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
 - dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- 425
- einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
 - Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

B 62

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Profil schärfen- sozialdemokratischen Aufbruch gestalten
Unser Weg zum Regierungsprogramm 2017

Profil schärfen- sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

- 5
- Wir fordern den Parteivorstand und den Parteikonvent auf, die Vorbereitungen für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 zu intensivieren und zu beschleunigen.
- 10
- Die SPD muss die Führung für eine neue Regierung in Deutschland rechtzeitig beanspruchen und programmatisch untermauern.
- 15
- Über das Regierungsprogramm kann daher nicht erst im Juni 2017 entschieden werden. Wir wollen die Zeit bis zum Jahresende 2016 nutzen, um spätestens Anfang 2017 die Kernpunkte unseres Programms festzulegen. Um

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017

20 eine breitere Beteiligung der Parteimitglieder zu ermöglichen, muss mit dieser Arbeit sofort begonnen werden und müssen weitere Schritte geplant werden, um über die Perspektiv-
Arbeitsgruppen des Parteivorstands und die vier Regionalkonferenzen hinaus zu einem Verfahren zu gelangen, das dem Anspruch der Willensbildung von unten nach oben gerecht wird.

25 Wir stellen fest: Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind
30 Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

40 Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Struktur-
45 schwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu
50 nennen.

60 Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich allerdings nicht in ihrem Beitrag für das Gemeinwohl wider.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

65 Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

70 **Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.**

75 Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert.

80 Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

85 Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass

90 wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

95 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

100 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

110 **Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.**

Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

115 **I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen**

120 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

125 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- 130 • Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf gerade in den
- 135 Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne
- 140 „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung ausrichtet.
- 145
- 150

II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

155 Es muss zu allererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen Umwälzungsprozess in der gesamten

160 Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkür-

- 165 zung von Arbeitszeiten und Gesundheitschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen. Die SPD muss
- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,
- 170 • den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen.
- 175
- die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,
- 180
- die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.
- 185
- 190
- 195 Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung
- mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,
- 200
- um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.
- 205
- In der Rentenpolitik muss die SPD
- 210 • die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule

- 215 der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,
- das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- 220 • die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

230 Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

235 Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

240

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

245 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

250 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig. Die SPD muss

- in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die

265 noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Ver-

270 trauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den

275 Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.

- die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.

280

- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die

285

290 Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

295

IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

300 Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf der

305 Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege

310 in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760
 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch,
 von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in
 Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr
 Recht auf Asyl geltend zu machen. Die SPD

315 muss sich dafür einsetzen, dass

- legale und vor allem sichere Zuwande-
 rungswege nach Europa geschaffen wer-
 den. Spezielles Augenmerk gilt hier beson-
 ders schutzbedürftiger Personen wie Frau-
 en, Kindern und Menschen mit besonderen
 Bedürfnissen.

320

- Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge
 verhindert werden. Den Schutz, den das
 Grundgesetz politisch Verfolgten garanti-
 ert, bleibt unantastbar. Wie für keine an-
 dere Partei aus ihrer Überzeugung und Ge-
 schichte heraus ist dies für die Sozialde-
 mokratie politische Verpflichtung.

325

330 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich
 integriert werden. Ein Schlüssel für Integration
 ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz.
 Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse
 voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der

335 Bund die Integrationskurse für Asylbewerber
 mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet
 und die Mittel entsprechend erhöht. Die SPD
 muss dafür sorgen, dass

- kurzfristig die Eingliederungstitel der Job-
 center erhöht werden, um Flüchtlinge mit
 einer guten Bleibeperspektive bei der Ein-
 gliederung in den Arbeitsmarkt unterstüt-
 zen zu können. Die Aufstockung der Mittel
 des Jobcenters wird aber auch Menschen
 zu Gute kommen, die schon lange in
 Deutschland leben und bislang vergeblich
 eine Arbeit gesucht haben.

340

345

- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlin-
 gen und deutschen Arbeitnehmern entste-
 hen. Einer Absenkung des Mindestlohns
 für Flüchtlinge treten wir entschieden ent-
 gegen.

350

V. Friedenspolitik aktiv gestalten

355

Friedenspolitik, die diesen Namen verdient,
 muss vor allem die Ursachen von Konflikten,
 Gewalt und Kriegen benennen und bekämp-

- fen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass
- eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
 - die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
 - die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
 - restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.
- Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne Russland darf nicht fortgesetzt werden.
- Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA

hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.

415

VI. Steuern durch gerechte Steuern

Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.
- Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

425
430
435

Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
- dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
- Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

440
445
450

B 63

Stadtverband Kerpen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Die KerpenSPD bringt diesen Antrag ein, weil wir in einer Stadt mit vormals absoluter Mehrheit für die SPD, geprägt durch die Braunkohle, beitung Wahlprogramm 2017

5 die Auswirkungen der Agenda 2010 mit am Stärksten merken. Die Geschichte der SPD war immer der Kampf für Gerechtigkeit, für mehr angemessene Bezahlung, mehr Rechte, mehr moralischem Kompass im wirtschaftlichen Handeln. Die SPD war immer das soziale in

10 Marktwirtschaft, immer der Kompass in kritischen Zeiten.

Es darf nicht sein, dass die SPD im Versuch der „Alternativlosigkeit von Realpolitik“ diesen Weg für unauffindbar hält. Es darf nicht sein

15 das aus einer Partei die für „Mein Papa gehört am Samstag mir“ die Partei „Mein Papa ist nicht da aber immerhin bekommt er 8,5€/h“ wird oder bleibt.

Wir müssen wieder für klare realistische Ziele stehen, die die finanziell schwächeren 60% Näher an die oberen 10% bringen. Der Glaube des Neoliberalismus, der den ungezügelten Kapitalismus vor sich hertreibt, muss ein starker Staat, eine starke öffentliche Meinung der

20 Vielen gegenüber stehen. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht weiterhin die starken Schultern dazu gedrängt und verleitet werden aus den Sozialsystemen zu gehen, während die Armen 50-60% verzweifelt versuchen genug Wertschöpfung in der Volkswirtschaft zu erzeugen, um die Sozialsysteme und die Zinszahlungen des Staates vor dem Kollaps zu bewahren.

25

30

Für eine Partei mit einer Vision, einer Zukunft in der sozialer Friede, die soziale Gerechtigkeit wieder der Leuchtturm ist, der dem Schiff SPD den Kurs zeigt.

35

Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die

40

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

45 Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

50 Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen

55 und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel,

60 regionale Ungleichgewichte und Struktur-schwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein

65 ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

70 Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich

75 allerdings nicht in ihrem Beitrag für das Gemeinwohl wider.

80 Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

85 Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert.

90

Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschliche-

95 ren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

100 Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

115 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

120 **Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.**

125 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns sind daher:

I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

130 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur. Die SPD muss dafür sorgen, dass

- 140 • vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse

145 und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen
 Form nicht abfinden, denn beide Verbote
 wirken in Deutschland und Europa als
 Bremse für Investitionen. Die Einhaltung
 der Schuldenbremse darf gerade in den
 150 Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitions-
 hemmnis sein. Die Schuldenbremse durch
 Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen,
 ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur we-
 sentlich teurer als eine direkte Aufnahme
 von Staatsanleihen, sondern es würde die
 155 demokratische Handlungsfähigkeit des
 Staates einschränken und ihn von privaten
 Geldgebern abhängig machen. Wir brau-
 chen stattdessen eine erneuerte, moderne
 „goldene Regel“, die Neuverschuldung in
 Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht
 160 und den Begriff der Investition stärker als
 bisher auf Wachstumsförderung ausrich-
 tet.

165 **II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren**

170 Es muss zu allererst um die menschliche Ge-
 staltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet
 neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit,
 insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung
 von Industrie und Dienstleistungen und den
 neuen Umwälzungsprozess in der gesamten
 175 Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkür-
 zung von Arbeitszeiten und Gesundheits-
 schutz, besonders hinsichtlich der zunehmen-
 den psychischen Erkrankungen. Die SPD muss

- die Mitbestimmung in Betrieben und Ver-
 180 waltungen ebenso wie die europäische
 und globale Mitbestimmung in internatio-
 nalen Konzernen ausbauen helfen,
- den begonnenen Weg von Mindestlohn,
 Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung
 des Missbrauchs von Leiharbeit und Werk-
 185 verträgen, einer Reform der Hartz-
 Gesetzgebung in Richtung einer Arbeits-
 versicherung mit Verlängerung des ALG-I-
 Bezuges und gezielten Programmen gegen
 verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weiter-
 190 gehen. Den Mindestlohn wollen wir dyna-
 misieren und armutsfest machen, wirksam

- kontrollieren, durch ein Verbandsklage-
recht stärken sowie die Ausnahmen ab-
schaffen.
- 195 • die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von
Frauen und Männern durch ein wirksames
Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,
- 200 • die Qualifizierungsoffensive (Aus- und
Weiterbildung), vor allem durch Systema-
tisierung der beruflichen Weiterbildung,
sinnvolle Weiterentwicklung des Berufs-
bildungsgesetzes, Mindestausbildungsver-
gütung, Recht auf bezahlte Qualifizierun-
gen, Finanzierung auch durch Branchen-
und regionale Fonds aus betrieblichen Um-
lagen fortsetzen.

- Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung
in der Kranken- und Pflegeversicherung
- 210 • mit der wir anschlussfähig sind, die alle
Einkommensarten einbezieht, paritätisch
finanziert ist und in der die Beitragsbe-
messungsgrenze entsprechend angehoben
wird,
- 215 • um über eine gerechte solidarische Finan-
zierung auch die Versorgungssicherheit
und Versorgungsqualität und die Zugänge
zum medizinischen Fortschritt für alle Bür-
gerinnen und Bürger zu garantieren.

- 220 In der Rentenpolitik muss die SPD
- die umlagefinanzierte, solidarische gesetz-
liche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule
der Altersvorsorge machen. Sie muss vor
225 allem lebensstandardsichernd ausgestaltet
werden anstatt zur Grundsicherung zu
verkommen,
- das gesetzliche Rentenniveau deutlich
oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind
230 die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren
abzuschaffen.
- die Riesterrente bei Vertrauensschutz für
bestehende Verträge abschaffen. Es darf
keine neuen Subventionen und staatliche
235 Anreize für kapitalgedeckte Systeme wel-
cher Art auch immer geben. Die Finanzia-
rungslücke ab etwa 2020 ist durch den
Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester)
und die vom DGB vorgeschlagene
240 Demografiereserve zu schließen.

Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig. Die SPD muss

- in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen.
- Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.
- die soziale Dimension der EU weiter stär-

- 290 ken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und
- 295 Mitbestimmung.
- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt.
- 300 Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch
- 305 als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

310 **IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen**

- Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein
- 315 gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen
- 320 nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760
- 325 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass
- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
 - Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine an-

340 dere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

345 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht. Die SPD muss dafür sorgen, dass

355 • kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.

360 • keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.

365

V. Friedenspolitik aktiv gestalten

370 Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben. Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

375

380

385

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 390 • eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- 395 • die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 400 • die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
- 405 • restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

410 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne Russland darf nicht fortgesetzt werden.

420 Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

425 Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.

430 **VI. Steuern durch gerechte Steuern**

Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- sozial ausdifferenzierten Einkommens-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- steuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- 440
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
 - einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
 - und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.

445

450

 - Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

- Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit
- 455
- der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
 - dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
 - 460 • einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
 - Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

B 64

Ortsverein Golßen/Schönwald (Landesverband Brandenburg)

Ortsverein Schenkenländchen (Landesverband Brandenburg)

Unterbezirk Dahme-Spreewald (Landesverband Brandenburg)

- | | | |
|--------------------|---|--|
| <p>5</p> <p>10</p> | <p>Gerechtigkeit, Teilhabe, Soziale Sicherheit - Ein 10-Punkte- Programm</p> <p>Der Steuerzahler wird immer stärker mit Steuern und Abgaben belastet. Alle Lebensbereiche sind erfasst. Hinzu kommen ständig steigende Sozialabgaben und laufende Steigerungen bzw. „Anpassungen“ von Abgaben, die von ehemaligen Staatsbetrieben beeinflusst werden (Bahn, Post, Telekom). Sozialabgaben haben einen immer höheren Anteil an den Gehaltsabzügen. Die EEG-Umlage wird auf die regionalen Stromkunden abgewälzt, die LKW-Maut auf die Preise. Letztlich zahlt „der Verbraucher“ alles; er</p> | <p>Gerechtigkeit, Teilhabe, Soziale Sicherheit - Ein 10-Punkte- Programm</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017</p> |
|--------------------|---|--|

- 15 kann viele Belastungen nicht einfach umgehen, weil er u. a. auf Waren des täglichen Bedarfs angewiesen ist. Diese Belastungen sind aber ungleich verteilt.
- 20 Die Einkommen der Mittelschicht bzw. der Bezieher von geringen, mittleren, aber auch höheren Einkommen werden so stark belastet, dass sie in die Bereiche der Transfereinkommen gelangen, d.h. kaum noch Mittel zur Verfügung haben, die über den laufenden Lebensunterhalt hinausreichen. Rücklagen- oder Vermögensbildung, Vorsorge und Alterssicherung sind in einigen Einkommensbereichen nicht mehr im notwendigen Umfang möglich. Gleichzeitig zeigen Statistiken der letzten Jahre über die Einkommens- und Vermögensverteilung erhebliche Verwerfungen auf. Einkommen und Vermögen konzentrieren sich immer stärker in den oberen Bereichen. Die Schere geht weiter auseinander, sie öffnet sich immer weiter.
- 35 Die Ungleichheit bei der Verteilung des Vermögens in Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren weiter dramatisch zugenommen. Die oberen zehn Prozent der Haushalte verfügen über 52 Prozent (1998: 45%) des Nettovermögens.
- 40 Die unteren zehn Prozent verfügen nur über 1 Prozent (1998: 3 %) des Nettovermögens. Wissenschaft und Gewerkschaften fordern die Politik immer wieder auf, den privaten Konsum zu stärken.
- 45 Bildungschancen und damit Lebenschancen werden für Bezieher unterer bis mittlerer Einkommen immer geringer.
- 50 Die SPD muss die erhebliche Unzufriedenheit in der Bevölkerung über diesen Zustand aufgreifen und daraus eine Handlungsmaxime entwickeln, ganz im Sinne „Für eine Politik aus der Mitte des Alltags – gegen wachsenden Populismus“, wie es in dem Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ angeschnitten wird.
- 55 Der Bund kann in den letzten Jahren stetige Steigerungen der Steuereinnahmen vermelden, und dennoch reicht die immer größer werdende Summe der Einnahmen nicht zur Finanzierung wichtiger Aufgaben aus. Öffentliche Haushalte, vor allem der Kommu-
- 60

65 nen sind strukturell unterfinanziert. Es besteht ein erheblicher Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen. Der Abbau von Belastungen und eine Umverteilung des Vermögens sind das Gebot der Stunde! Das ist zu tun:

70 **I. Steuergerechtigkeit:**

75 Erforderlich sind grundlegende Reformen des Steuersystems, um dieses gerechter zu gestalten und dauerhaft ausreichende Einnahmen zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben sicherzustellen.

80 Das bestehende Steuersystem und die Steuerpolitik wurden und werden diesen Anforderungen bisher nicht gerecht. Seit dem Jahr 2000 sind Reiche und Unternehmen mehrfach erheblich steuerlich entlastet worden. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sank von 53 auf 42 Prozent (bzw. 45 Prozent Reichensteuer). Der Gewinnsteuersatz der Kapitalgesellschaften sank von 40 Prozent auf 15 Prozent. Bereits seit 1996 wird die Vermögensteuer nicht mehr erhoben. Die Steuerreformen seit 1998 haben zu Einnahmeausfällen von etwa 45 Milliarden Euro jährlich geführt. Die Erbschaftsteuer ist in ihrer bisherigen Form sogar verfassungswidrig, weil sie völlig übermäßige und unbegründete Steuerbefreiungen für Erben von Unternehmen und großen Aktienpaketen vorsieht.

95 **1. Änderungen bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer**

100 Unternehmen müssen wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden. Zentrale Punkte sind die Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent, die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und die Wiederherstellung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

105 Die Gewerbesteuer ist zu einer Gemeindefinanzierungssteuer auszubauen, die die Steuereinnahmen für Kommunen auf eine breitere Basis stellt. Insgesamt können so Mehreinnahmen von über 30 Milliarden Euro jährlich erzielt werden.

110

2. Wirksame Besteuerung von Kapitaleinkommen

- 115 Um sicherzustellen, dass alle in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschafteten Kapitaleinkommen angemessen versteuert werden, müssen die Möglichkeiten zum Abzug von Finanzierungskosten, Pachten, Lizenzen und Leasinggebühren weiter eingeschränkt
- 120 bis versagt werden, wenn nicht nachgewiesen wird, dass die Empfänger der Zahlungen diese Einkommen angemessen versteuern. Auch im Rahmen der EU und der OECD müssen wirksame Maßnahmen gegen Steuer-
- 125 vermeidung und Gewinnverschiebung internationaler Unternehmen ergriffen werden. Erster Schritt ist die Herstellung von Transparenz durch verpflichtende länderbezogene Berichterstattung von Konzernen über Gewinne und gezahlte Steuern. Notwendig sind
- 130 EU-weite Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne von 25 Prozent, die auf eine breite vereinheitlichte Bemessungsgrundlage anzuwenden sind.
- 135 Doppelbesteuerungsabkommen sind so zu reformieren, dass die angemessene Besteuerung aller Einkommen sichergestellt wird.

3. Änderungen bei der Einkommensteuer und Beseitigung der kalten Progression

- 140 Bei der Einkommensteuer soll durch eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrages und eine Abflachung des Anstiegs der Besteuerung im unteren Bereich Steuerpflichtige mit niedrigem und mittlerem Einkommen entlastet werden. Der Spitzensteuersatz soll
- 145 auf 50 Prozent (53 Prozent mit Reichensteuer) erhöht werden. Die Abgeltungsteuer von nur 25 Prozent soll abgeschafft und Kapitalerträge sollen wieder progressiv im Rahmen der Einkommensteuer belastet werden. Gewinne sollen realistischer erfasst und be-
- 150 steuert werden.
- Die Entfernungspauschale soll so reformiert werden, dass Beschäftigte mit geringem Einkommen bei gleichem Fahrtweg genauso stark entlastet werden wie solche mit hohem Einkommen.
- Insgesamt soll die Einkommensteuerreform

160 ohne Einnahmeverluste gestaltet werden, das heißt Entlastungen für die Mehrheit der Beschäftigten müssen durch höhere Besteuerung der hohen Einkommen gegenfinanziert werden. Dies gilt auch für Reformen zum
 165 Ausgleich der kalten Progression. Heimliche Steuererhöhungen durch kalte Progression könnten z. B. durch Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Kaufkraftentwicklung vermieden werden.

170

4. Reform bzw. Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Die Millionäre und Milliardäre in und aus der BRD müssen endlich einen ihren finanziellen
 175 Möglichkeiten angemessenen Beitrag leisten, um die Aufgaben des Gemeinwesens zu finanzieren und Belastungen aus der Bewältigung der Banken- und Finanzkrise zu kompensieren. Wer in Deutschland wirtschaftet,
 180 muss sich auch angemessen am gesellschaftlichen Aufwand beteiligen, auch wenn er im Ausland wohnt.

Es ist daher eine dauerhafte Vermögensteuer wieder zu erheben. Sie soll auf Nettovermögen
 185 oberhalb eines Freibetrages von einer Million Euro je Person mit einem Steuersatz von einem Prozent einsetzen und mit einem halben Steuersatz auch Körperschaften besteuern. Das jährliche Steueraufkommen
 190 beträgt dann etwa 20 Milliarden Euro, die den Bundesländern zufließen und von diesen auch zur besseren Finanzierung der Kommunen verwendet werden sollen. Zusätzlich soll eine progressiv ausgestaltete einmalige Vermögensabgabe der Millionäre, gestreckt
 195 über zehn Jahre, erhoben werden. Sie würde insgesamt 300 Milliarden Euro einbringen und Belastungen des Bundes finanzieren, die in Folge der Finanz-, Wirtschafts- und Euro-
 200 krise entstanden sind. Der Vorschlag knüpft an die Idee des Lastenausgleiches an, wie er nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde.

205 **5. Reform der Schenkungs- und Erbschaftssteuer**

Die Steuer auf Erbschaften und Schenkungen hat derzeit nur noch die Bedeutung einer

- 210 Bagatellsteuer. Dafür sind vor allem Rege-
lungen verantwortlich, die insbesondere sehr
große Vermögen unverhältnismäßig privile-
gieren. Mit der Vorzugsbehandlung be-
stimmter Arten von Vermögen muss Schluss
gemacht werden. Eine verfassungsfeste und
215 verteilungsgerechte Besteuerung von Erb-
schaften und Schenkungen ist dringend gebo-
ten. Die derzeit geplante Reform entspricht
nicht diesen Anforderungen. Sie würde die
Schere zwischen Arm und Reich weiter ver-
220 größern.
Die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll
nicht nur einen Beitrag zur Finanzierung des
Gemeinwesens leisten, sondern ebenso der
zunehmenden Ungleichheit der Vermögens-
225 verteilung entgegenwirken. Deshalb müssen
insbesondere die Erben von Großvermögen
erheblich höher besteuert werden.
Das Aufkommen der Erbschaftsteuer in der
Bundesrepublik Deutschland ist relativ zu
230 dem großen Umfang und der Konzentration
der jährlich vererbten oder verschenkten
Vermögen viel zu gering. Die sehr großen
Vermögen liegen überwiegend als Eigentum
an Unternehmen bzw. Unternehmensantei-
235 len, land- und forstwirtschaftlichem Vermö-
gen oder Immobilien vor. Die weitgehende
Steuerbefreiung der Übertragung dieser
Vermögen ist abzuschaffen. Zur Vermeidung
von arbeitsplatzgefährdenden Zahlungsprob-
240 lemen reicht es aus, nötigenfalls die Steuer-
zahlung zu stunden oder auf längere Zeit-
räume zu verteilen. Eine solche Reform der
Erbschaft- und Schenkungsteuer kann und
muss das jährliche Steueraufkommen min-
245 destens auf etwa zehn Milliarden Euro ver-
doppeln. Es sind Freibeträge für „Omas Häus-
chen“ bzw. für selbst genutzte geerbte Woh-
nungen und Häuser vorzusehen.
- 250 **6. Einführung einer Finanztransaktionssteuer
auf Geschäfte mit Aktien, Anleihen, Devisen
und Derivaten.**
Finanzspekulationen mit Lebensmitteln sind
zu verbieten. Die Mittel aus dem Aufkommen
255 der Finanztransaktionssteuer sind als Finan-
zierungsbeitrag für ein europäisches Zu-
kunftsinvestitionsprogramm und für den

internationalen Kampf gegen Hunger und Armut einzusetzen.

- 260 Die so erreichten zusätzlichen Mittel sind für Bildung und Ausbildung, vor allem für Chancengleichheit in der Bildung und Bildungsgerechtigkeit (soziale Umverteilung) sowie für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur einzusetzen. Es wäre auch sinnvoll, in Zeiten niedriger Zinsen die Investitionen dafür wesentlich zu erhöhen und teilweise über Kredite zu finanzieren.

270 II. Sozialsysteme:

1. Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

- 275 Die in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten eingeführte Festschreibung der Arbeitgeberanteile ist zu revidieren. Es erscheint gerechtfertigt, die hälftige Finanzierung der Krankheitskosten wieder herzustellen.

280

2. Umlagefinanzierte Altersversorgung

- Die Altersversorgung wird Zug um Zug auf eine umlagefinanzierte und gesetzlich abgesicherte Rentenversicherung abgestellt, in die auch Selbständige und Beamte einbezogen werden. Die Rente muss annähernd den Lebensstandard sichern. Versicherungsfremde Leistungen sind ausnahmslos über Steuern zu finanzieren (z. B. Mütterrente). Dabei steht auch die Abkoppelung der Sozialversicherungssysteme von den Löhnen zur Diskussion.

290

3. Neuordnung des Gesundheitssystems

- 295 Das Gesundheitssystem ist neu zu ordnen. Dabei ist das Thema Bürgerversicherung wieder aufzugreifen.

4. Globalisierung und Arbeitsverfassung 4.0

- 300 Es ist eine Arbeitsverfassung zu schaffen, die Arbeitnehmende in Zeiten der Globalisierung schützt (neue drohende Automation bzw. Digitalisierung) und insbesondere prekäre Arbeitsbedingungen beseitigt. Internationale Übereinkommen sind mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu verbessern.

305

Der Arbeitsschutz ist insbesondere für Leiharbeit und Werkverträge strenger zu regeln.

B 65

Ortsverein Anlagenring (Bezirk Hessen-Süd)

Neuausrichtung der SPD notwendig

Wir fordern die Bundes-SPD zu einem Richtungswechsel auf. Es muss endlich eine klare sozialdemokratische Linie beim Spitzenpersonal und SPD-Ministern erkennbar werden.

5 Deswegen bedarf es einer Neuausrichtung bzw. eine Besinnung auf ursozialdemokratische Themen:

1. Endlich richtig gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen vorgehen. Herr Schäuble muss hier getrieben werden. Errichtung einer Bundes-Steuerprüfungsbehörde.

10 2. SPD muss wieder die Partei für Bürgerrechte und Meinungsfreiheit werden. Weg mit der Vorratsdatenspeicherung, endlich richtige Aufklärung der NSA-Überwachung, Asyl für Snowden, Wirksamen Maßnahmen gegen die totale Internetüberwachung erarbeiten. Deutlicheres Profil bei Themen wie dem Fall Böhmermann zeigen.

20 3. Endlich gegen die Ausbeutung durch Scheinselbstständige konsequent vorgehen.

4. Massive Aufstockung des Zolls zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

25 5. Die Mietpreise explodieren, nur eine massive Aufstockung im Sozialen Wohnungsbau kann hier helfen.

6. Die Riesterrente ist ein Flopp. Die gesetzlichen Renten müssen wieder gestärkt werden!

30 7. TTIP-Verhandlungen sofort stoppen und CETA nicht beschließen. Da weiterhin geheim verhandelt wird, Abgeordnete immer noch nur massiv eingeschränkt auf den aktuellen Stand zugreifen können, muss alles gestoppt

35 werden. Eine komplette Neuverhandlung kann nur wieder beginnen, wenn transparent verhandelt wird. Die SPD-Bundestagsfraktion darf nur nach einem SPD-Mitgliederentscheid über Freihandelsabkommen abstimmen.

40 8. Verhindern, dass die Schere zwischen Arm

Neuausrichtung der SPD notwendig

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017

und Reich weiter wächst. Die Bevorteilung von Kapital- gegenüber von Arbeitseinkommen muss beendet werden.

B 66

Ortsverein Mölln (Landesverband Schleswig-Holstein)

Mehr Profil wagen

Im Einzelnen möchten wir der Landes- und Bundesebene unserer Partei folgende Anregungen geben:

- 5 1. Eine soziale Perspektive auf die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wird gebraucht. Die SPD hat eigentlich einen festen Platz im Parteiensystem der BRD. Weder die Grünen, deren Wählerschaft immer kenntlicher auf eine gehobene Mittelschicht zugeschnitten ist, noch die Linken, die ihren politischen Gestaltungsauftrag nicht ernst nehmen und sich von ihrer DDR-Vergangenheit nicht lösen können, bieten eine wirkliche Alternative. Die SPD muss ihre Aufgabe, eine starke soziale Partei zu sein, ausfüllen. Sie ist ein wichtiger Garant der politischen Stabilität unserer Demokratie. Sollte die SPD weiter zusammenschmelzen, werden rechte Parteien dieses „Vakuum“ ausfüllen. „Soziale Themen sind rechte Themen“ – in volksverhetzender und demokratiegefährdender Weise versuchen rechtspopulistische Parteien seit je her Kapital aus sozialen Themen zu schlagen. Das dürfen wir nicht zulassen.
- 10
- 15
- 20
- 25
- 30 2. Der SPD fehlt eine Zentrierung ihrer Botschaft. Forderungen aus der Bundespartei wirken sprunghaft, beliebig und oberflächlich. Wie das so alles zusammenpassen soll, darf sich der Bürger/ die Bürgerin selber zusammenreimen. Immer weniger Wähler-innen und auch Mitglieder sind dazu bereit. Da eine Kernbotschaft nicht erkennbar ist, gibt es auch kaum noch Politiker-innen, die leidenschaftlich und mit tiefer Überzeugung für die SPD-Politik kämpfen. Es dominiert der „Funktionärstyp“, der im besten Fall sachlich kompetent, aber selten mitreißend wirkt. Das
- 35
- 40

Mehr Profil wagen

Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017

kostet uns Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Eine Rückbesinnung auf die eigentliche Aufgabe der SPD, eine deutliche Parteinahme für die Mehrheit der Bevölkerung zu ergreifen, die von zahlreichen Privilegien in unserer Gesellschaft nicht profitieren, muss ernster genommen werden. Man kann „in der Mitte“ nicht gewinnen, wenn man die eigene Identität nicht mehr kennt. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, die durch verschiedene Interessenslagen gekennzeichnet ist. Eine Position der angeblichen Moderation über den Interessen ist eine Illusion und kostet uns die Glaubwürdigkeit aufseiten derjenigen, deren Parteilichkeit wir eigentlich zu vertreten haben. Die Geschichte der BRD ist eine Erfolgsstory; viele junge Menschen erleben ihre Wirklichkeit so. Grundpfeiler dieser Entwicklung ist die soziale Marktwirtschaft. Der Staat wirkt gesetzgebend auf die Marktwirtschaft ein, um eine soziale Verteilergerechtigkeit zu erreichen. Diese hat stets die politische Stabilität gesichert. Viele Symptome weisen heutzutage darauf hin, dass der soziale Rahmen nicht mehr richtig funktioniert. Es ist die Aufgabe der SPD nicht nur die Regulierungsdefizite durch ihr Regierungshandeln zu beheben, sondern auch nach außen deutlich zu machen, dass eine soziale Verteilergerechtigkeit auch volkswirtschaftlich das Vernünftigste ist. Eine stabile Binnennachfrage braucht eine ausgeglichene Einkommensstruktur; das Geld muss für Investitionen im Land bleiben und darf der Volkswirtschaft nicht durch Parken auf Auslandskonten entzogen werden.

3. Eine Parteinahme für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft heißt nicht, dass sich jeder selbst benachteiligt fühlen muss. Es gibt viele verschiedene Motive, warum Menschen es wichtig finden, die SPD zu unterstützen: ein Unwohlsein in einer Gesellschaft zu leben, die durch krasse Gegensätze zwischen Arm und Reich gekennzeichnet ist - die Wertschät-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 90 zung des sozialen Friedens - die Überzeugung, dass Prävention immer besser ist als sich vor Kriminalität zu schützen - der Wille in einer Gesellschaft der pluralistischen Lebensstile zu leben u.a.m. Die SPD
- 95 muss sich in ihrer Kernbotschaft deutlicher auf die Unterschiedlichkeit dieser Motive einstellen.

Europa und Internationales (C)

C 1

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Perspektive durch Europavision für das Wahljahr 2017	Perspektive durch Europavision für das Wahljahr 2017
5	Frankreich kann ohne europäische Lösung seine Arbeitslosigkeit nicht unter 3 Mio. drücken. Deutschland kann ohne europäische Lösung seine niedrige Arbeitslosigkeit nicht behalten und die Wettbewerbsfähigkeit bewahren. Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine Europavision als Perspektive für die Wählerinnen und Wähler in 2017 zu erarbeiten. Dadurch kann hervorragend der Unterschied zur Union dokumentiert werden, die vermehrt auf nationale Lösungen setzen. Die Ostpolitik hatte zunächst nach den Umfragen keine Mehrheit der Bevölkerung, hatte dann aber der SPD die größte Zustimmung der Nachkriegsgeschichte eingebracht. Eine Europavision als Perspektive kann durch Einbindung von Martin Schulz in das Wahlkampfteam glaubwürdig den Wählerinnen übergebracht werden.	Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017
10		
15		

C 2

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

	Das Vereinigte Königreich soll Mitglied einer starken EU bleiben	Das Vereinigte Königreich soll Mitglied einer starken EU bleiben
5	Wir SozialdemokratInnen und EuropäerInnen wünschen, dass das Vereinigte Königreich (GB) Mitglied der EU bleibt. GB profitiert von der Mitgliedschaft in der EU. Die EU profitiert von der Mitgliedschaft eines integrationswilligen GB.	Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament
10	Wir SozialdemokratInnen lehnen die Forderungen von Cameron an die EU ab und fordern die EU und das europäische Parlament auf, Cameron keine Zugeständnisse zu machen. Alle seine Forderungen widersprechen unseren Vorstellungen von Europa und den Interessen der Bürger von GB. Europa ist nicht nur eine Zollunion und Wirt-	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 15 schaftsgemeinschaft, sondern eine Wertegemeinschaft. Nur ein immer stärker zusammenwachsendes und solidarischeres Europa kann unseren Wohlstand verteidigen und mehren und die Rolle Europas in der
- 20 Welt sichern. Wir stehen für ein Europa der Menschen und nicht für ein Europa der reinen Wirtschaftsinteressen.
- Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen in GB Teil der EU bleiben wollen. Wenn
- 25 wir Cameron Zugeständnisse machen und die EU nach seinen Wünschen verändern, werden in wenigen Jahren immer mehr RegierungschefInnen versuchen mit einer Austrittsdrohung ihre Interessen in Europa
- 30 durchzusetzen. Das wäre das Ende der EU. Wenn die Menschen in GB aus der EU austreten wollen, dann ist das ihr gutes Recht. Die EU-Gegner werden nicht für die EU stimmen, weil Cameron die EU zu Veränderungen ge-
- 35 zwungen hat. Die EU-Befürworter werden dagegen enttäuscht sein, da die veränderte EU eine schlechtere EU wäre. Unentschlossene kämen, wenn sich Cameron durchsetzen würde, zu der Überzeugung, dass die EU
- 40 schlecht für GB sei, da Cameron Änderungen benötigt, um die Bürger davon zu überzeugen in der EU zu bleiben. Wenn GB aus der EU austritt, wird ein unabhängiges Schottland in ein zwei Jahren der
- 45 EU beitreten und in spätestens 10 Jahren wird GB wieder um die Aufnahme ersuchen, weil es eingesehen hat, dass ein Austritt für GB schlimme Folgen hat. Wegen der parteipolitischen Spielereien von
- 50 Cameron dürfen wir den Erfolg der EU nicht auf das Spiel setzen.

C 3

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Reaktion bei einem Ausscheiden Großbritanniens

Um Nachahmern (Niederlande, Österreich, Polen, Ungarn, etc.) vorzubeugen und ein lockeren europäische Verbund der Nationalstaaten nach den Vorstellungen des niederländischen Rechten Wilders zu verhindern,

5

Reaktion bei einem Ausscheiden Großbritanniens

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

sind unmittelbare und harte Reaktionen auf diesen Angriff auf die europäische und deutsche Sozialdemokratie umzusetzen.

- 10 Die S & D Fraktion im Europaparlament wird aufgefordert, die Verhandlungen über den Austritt bis zum 30.09.2016 abzuschließen. Eine weitgehende Einbindung in die EU ähnlich der Schweiz oder Norwegens ist abzulehnen. Es muss schon ein Vorteil sein, in der EU zu sein. Ab dem 01.10.2016 sollte für alle Britischen Staatsbürger die Visumpflicht eingeführt werden zur Kontrolle der zu erwartenden Migration in Folge des wirtschaftlichen Niedergangs.
- 15
- 20 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, wonach Kreditinstitute in Deutschland verpflichtet werden, keine Patronatserklärungen, Garantien und Derivate für Kreditinstitute in Großbritannien abzugeben, da diese ja nicht mehr der europäischen Bankenaufsicht unterstehen. Des Weiteren müssen Kaufleute in Deutschland erfolgsneutral für ihre Aktiva gegenüber britischen Gebietskörperschaften und dortigen Kreditinstituten eine fünfprozentige Drohverlustrückstellung zu Lasten der Gewinnrücklagen bilden vor dem Hintergrund des krassen Missverhältnisses der Steuereinnahmen und der Höhe der Staatsverschuldung und der Tatsache, dass dem überwiegenden Teil der britischen Einlagen kein nachhaltiger Vermögenswert gegenübersteht.
- 25
- 30
- 35

C 4

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

- | | |
|---|---|
| | <p>Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone</p> <p>Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren</p> |
| <p>5 Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und</p> | <p>Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der Eurozone</p> <p>Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und die Gruppe der SPD-Abgeordneten im EP und Überweisung an SPD-Parteivorstand für Erarbeitung Wahlprogramm 2017 (Perspektiv-AG 4)</p> |

- 10 Arbeitsperspektiven vieler Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas niemals akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden, rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.
- 15
- 20
- 25 Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent beseitigen:
- 30 •Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung der Wirtschafts-nobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat. Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie, eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.) können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie eingebettet sind.
- 40
- 45
- 50 •Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmoni-
- 55

60 sierung muss der sukzessive Abbau der be-
 stehenden Ungleichgewichte konsequent ins
 Visier genommen werden. Die wirtschafts-
 und steuerpolitische Integration muss ent-
 scheidend vertieft, Europa mithin zu einer
 65 echten Wirtschafts- und Sozialunion weiter-
 entwickelt werden. Eine regelgebundene
 Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in die-
 sem Rahmen unverzichtbar.

70 Doch genau deshalb müssen sich Sozialde-
 mokraten in ganz Europa auf den Weg ma-
 chen, eine zum Dogma geronnene und im
 Kern neoliberale Austeritätspolitik zu über-
 winden. Denn die neoliberale Wirtschafts-
 doktrin generiert aufgrund ihrer einseitigen
 Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdy-
 namik und Wirtschaftswachstum. Sie ver-
 75 sperrt damit vor allem den Krisenstaaten die
 Möglichkeit, sukzessive aus der Verschul-
 dung herauswachsen zu können.

80 Zudem geht die Austeritätspolitik immer nur
 zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen
 der breiten Schichten und führt zum drasti-
 schen Abbau von Arbeitnehmer- und Ge-
 werkschaftsrechten. Europa braucht deshalb
 einen wirtschaftspolitischen Paradigmen-
 85 wechsel für mehr Wachstum und Investitio-
 nen und eine dauerhaft tragfähige Architek-
 tur der Eurozone.

90 Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus
 der Eurokrise ist möglich
 1. Es kommt entscheidend darauf an, euro-
 paweit abgestimmt für mehr realwirtschaft-
 liches Wachstum zu sorgen, damit die Staa-
 ten sukzessive aus der Verschuldung her-
 95 auswachsen können. Europa braucht drin-
 gend eine europaweit koordinierte Wachs-
 tumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fort-
 schreibung der alten Pläne zum Ausbau der
 europäischen Infrastruktur von Jaques De-
 100 lors. Insbesondere für die Krisenländer gilt:
 ohne Wachstum keine Steuereinnahmen,
 ohne Steuereinnahmen keine erfolgreiche
 Konsolidierung. Diese Länder müssen des-
 halb wieder auf einen Wachstumspfad zu-
 105 rückkehren können. Dieser Weg muss durch

ein europäisches Programm für öffentliche
Zukunftsinvestitionen unterstützt werden.
Damit ein solches Investitionsprogramm
tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die
110 europäische Wirtschaft hätte, müsste es aus-
reichend groß dimensioniert sein.

Das Ausgabevolumen sollte dabei mindes-
tens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP, also
rund 100 Milliarden Euro jährlich ausma-
115 chen. Gefordert ist in diesem Zusammen-
hang eine investitionsfördernde Reform des
Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskalregeln
der EU ebenso wie die Vorgaben zur Haus-
haltssanierung durch die ESM-Programme
120 und den IWF haben dazu geführt, dass in den
vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in
einer Art und Weise gekürzt wurden, die das
Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von
der Angebots- als auch von der Nachfragesei-
125 te stark belastet. So wurden unter anderem
Ausgaben für öffentliche Investitionen in
Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bil-
dungsausgaben und öffentliche Ausgaben
für Forschung und Entwicklung.

Sowohl in Deutschland als auch in der Euro-
Zone insgesamt liegen die öffentlichen Net-
toinvestitionen (also Bruttoinvestitionen
abzüglich Abschreibungen für Abnutzung)
130 nun im negativen Bereich. Sprich: die öffent-
liche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach
allen Erkenntnissen der neueren Wachs-
tumstheorie sind allerdings gerade diese
Ausgaben besonders wichtig für die Effizienz
einer Volkswirtschaft, ihren technologischen
140 Fortschritt und das mittelfristige Wachs-
tumspotential. Ein europäisches Wachs-
tumsprogramm muss deshalb entschieden
darauf setzen, diese öffentlichen, produktivi-
tätssteigernden Ausgaben wieder zu erhö-
145 hen.

2. Entscheidende Wachstumsimpulse für die
Eurozone müssen von den Überschusslän-
dern ausgehen. Diese müssen ihre eigene
150 Binnennachfrage und ihre Inlandsinvestitio-
nen substanziell erhöhen, weil die Leistungs-
bilanzdefizitländer kaum eigene expansive
Impulse setzen können. Vor allem Deutsch-
land ist hier gefordert: es muss seinen Nied-

- 155 riglohnssektor zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der
- 160 Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine Abwärtsanpassung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone nicht gewünscht sein.
- 165 Preis- und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die Bedienung der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren
- 170 Problemen im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch alles andere als nachhaltig: Denn die Eurozone
- 175 insgesamt – deren Leistungsbilanz einigermaßen ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit anderen Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive Aufwertungstendenz bringen.
- 180 Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert. Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.
- 185
3. Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben. Es braucht harmonisierte Körperschaftssteuern mit vergleichbaren steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten verfolgt wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne jährlich in angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten, die ein zu hohes Lohnwachs-

205 tum in der letzten Dekade generiert haben,
nun Lohnzurückhaltung üben müssen, wäh-
rend in Überschussländern, insbesondere in
Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich
über zwei Prozent über den Produktivitäts-
zuwächsen realisiert werden müssen.

210

4. Der Finanz- und Bankensektor muss einer
strikten und europaweit wirksamen Regulie-
rung unterzogen und die Verursacher der
Finanzkrise über eine europaweite Fi-
215 nanztransaktionssteuer zur Tilgung der
Staatsdefizite herangezogen werden. Ohne
Wirtschaftswachstum kann die Konsolidie-
rung dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere
wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsoli-
220 dierung besteht aber darin, ausreichende
Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb
müssen die Krisenverursacher – die Finanz-
märkte - an der Finanzierung der Krisenfol-
gen durch die Einführung der Finanztransak-
225 tionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit
weiter Bemessungsgrundlage und wenigen
Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb
bei Unternehmenssteuern ist zu beenden,
auch Großkonzerne und Vermögensmillionä-
230 re müssen sich angemessen an der Finanzia-
rung ihrer Gemeinwesen beteiligen.

5. Die Refinanzierung der Krisenländer muss
im Tausch gegen glaubwürdige Verpflich-
235 tungen zum Schuldenabbau nachhaltig ab-
gesichert werden, wie dies etwa der Sachver-
ständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungs-
fonds vorgeschlagen hat. Die übermäßige
Verschuldung der Euro-Länder jenseits einer
240 Verschuldungsmarke von 60 Prozent der
jährlichen Wirtschaftsleistung kann realis-
tisch nur in einem Zeitraum von 20 bis 25
Jahren auf Basis einer gemeinsamen Teilhaf-
tung abgebaut werden.

245 Mit der Gründung eines sog. Schuldentil-
gungsfonds nach dem Vorschlag des deut-
schen Sachverständigenrats kann die Haf-
tung – anders als bei Eurobonds – zeitlich wie
volumenmäßig begrenzt und mit einer „kla-
250 ren, langfristigen und glaubwürdigen Ver-
pflichtung aller teilnehmenden Länder für
den Schuldenabbau“ verbunden werden.

Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands entsprechend der Position des IWF in Angriff genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, damit Anreize für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.

260

6. Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent. Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone unbedingt abzusehen.

265

270

275

Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen. Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche Konsolidierungsbemühungen nahezu aussichtslos machen. Allerdings müssen die Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei Staatsausgaben oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der „Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.

280

285

290

7. Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Eu-

295

300

305 ropa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeits-
bedingungen für gleiche Arbeit am gleichen
Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein
Raum gegeben werden. Dazu müssen auch
die Spielräume für Mitbestimmung in den
europäischen Unternehmen erweitert und
die Rechte der europäischen Betriebsräte
deutlich ausgebaut werden.

310 Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-
Staaten dürfen nicht gegeneinander ausge-
spielt werden, sondern müssen die Chance
haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertre-
ten. Politisch ausgestaltet werden muss die
315 europäische Sozialunion vor allem dadurch,
dass soziale Ziele und Mindeststandards eu-
ropäisch verbindlich vereinbart werden. In
einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele
und Vorgaben für Sozial- und Bildungsaus-
320 gaben gemessen am BIP der jeweiligen Staa-
ten ebenso wie existenzsichernde Mindest-
löhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen
am jeweiligen nationalen Durchschnittsein-
kommen festgeschrieben werden.

325 Die Ursachen der Krise schwelen weiter

Nach mehreren Jahren Eurorettungspolitik
und auch nach der jüngsten Einigung mit
330 Griechenland kann weder von einer erfolg-
reichen Bewältigung der Eurokrise noch von
der Beseitigung ihrer tieferliegenden Ursa-
chen gesprochen werden. Auch mit dem drit-
ten Hilfspaket zur Refinanzierung laufender
335 Schulden des griechischen Staatshaushalts
wird im Wesentlichen nur Zeit gekauft, ohne
die Schuldentragfähigkeit wesentlich zu ver-
bessern. Mit dem erneuten Spardiktat dro-
hen im Gegenteil ein weiterer Einbruch der
340 Wirtschaftsleistung und damit ein weiterer
Schuldenzuwachs.

Schon im Sommer 2012 stand die Eurozone
vor dem Aus. Die Krisenländer taumelten
wegen der drakonischen Sparvorgaben gera-
345 dewegs in schwere Rezessionen mit der Kon-
sequenz eines massiven Rückgangs von Sozi-
alprodukt und Steuereinnahmen. Als Folge
der Sparpolitik und der dadurch bedingten
Wachstumseinbrüche wurde das Vertrauen
350 der Kreditgeber in die Schuldentragfähigkeit

der Krisenländer massiv untergraben, sodass immer neue Risikoaufschläge für die Staatsanleihen der Krisenstaaten fällig wurden. Erst die Intervention der Europäischen Zentralbank vom Sommer 2012 verhinderte das Auseinanderbrechen der Eurozone, weil sich die Krisenstaaten seit diesem Zeitpunkt wieder zu halbwegs vertretbaren Zinsen refinanzieren können.

360

Desaströse Bilanz der Austeritätspolitik

Immerhin konnte in der Eurozone zuletzt eine leichte wirtschaftliche Erholung festgestellt werden. Doch die Bilanz der Austeritätspolitik in Europa ist nicht nur in sozialpolitischer Hinsicht niederschmetternd. Sie ist auch ökonomisch ein Desaster. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit befinden sich auf Rekordhöhen. Die Austeritätspolitik produziert eine „verlorene Generation“ in vielen Ländern Europas. Kinderarmut und Sterblichkeitsraten sind massiv angestiegen. Selbst die Krisenstaaten, die von neoliberalen Ökonomen vorgeblich als Modell für eine „erfolgreiche“ Sparpolitik ins Feld geführt werden, müssen mit sozial- und gesellschaftspolitischen Verheerungen zurechtkommen, an denen die jeweils nächste Generation noch zu tragen hat. So haben etwa Irland und Spanien eine ganze Generation junger und bestens qualifizierter Menschen verloren. Hunderttausende mussten jeweils auswandern, weil sich keine wirtschaftliche Perspektive abzeichnet. So schnellte etwa in Irland die Jugendarbeitslosigkeit von neun auf derzeit 24 Prozent hoch. Nirgends in Europa ist die Zahl der 20- bis 29-jährigen zuletzt so stark zurückgegangen wie in Irland. EU-weit sank sie durch Auswanderung und schwächere Geburtenjahrgänge von 2008 auf 2014 um fünf Prozent, in Griechenland und Spanien um 21 Prozent, in Irland um ganze 28 Prozent. Vor der Krise waren 22,5 Prozent der Kleinkinder in Irland armutsgefährdet, 2013 waren es 31,4 Prozent.

Griechenland steht als Folge einer unverantwortlichen Regierungspolitik früherer Regie-

- 400 rungen und eines halben Jahrzehnts härtes-
 ter Austeritätspolitik vor einem wirtschaftli-
 chen, sozialen, menschlichen und demokra-
 tiepolitischen Scherbenhaufen:
 - Einbruch der realen Wirtschaftsleistung seit
 405 2008: mehr als 20 Prozent
 - Aktuelle Arbeitslosenquote: 27 Prozent
 - Aktuelle Jugendarbeitslosenrate: 58 Prozent
 - Aktueller Stand der Staatsschulden, in Pro-
 zent des Bruttoinlandprodukts: 175 Prozent
 410 - steiler Anstieg der Sterblichkeitsrate als
 Folge der brutalen und zutiefst inhumanen
 Kürzungen der Gesundheitsbudgets

415 Wenn der Sicherung von Gläubigeransprü-
 chen gegenüber den Grundbedürfnissen der
 Menschen auf medizinische Versorgung oder
 der Kinder und Jugendlichen auf eine Kind-
 heit und Jugend ohne Armut und Perspektiv-
 losigkeit Vorrang eingeräumt wird und infol-
 420 gedessen die Sterblichkeit binnen kürzester
 Zeit rasant ansteigt: dann muss von einem
 partiellen Zivilisationsbruch mitten in Europa
 gesprochen werden. Millionen Menschen
 leiden unter dieser Politik. Europa verliert
 425 sein menschliches Antlitz.
 Die bisherigen zwei „Rettungspakete“, die für
 Griechenland geschnürt wurden, brachten
 zwar Geld von offiziellen Institutionen. Doch
 mit diesem Geld musste Griechenland vor
 430 allem seine privaten ausländischen Gläubiger
 bedienen. Plakativ gesagt: Die Troika ge-
 währte Athen Kredit, damit vor allem deut-
 sche und französische Banken auf ihren grie-
 chischen Staatsanleihen keine Verluste erlei-
 435 den mussten.
 Die Sparopfer breiter Bevölkerungsschich-
 ten waren jedoch sinnlos. Denn auch wirt-
 schaftspolitisch ist die Austeritätspolitik ge-
 scheitert. Während etwa die USA mit expan-
 440 siverer, keynesianisch geprägter Geld- und
 Finanzpolitik die Folgen der Finanzkrise ver-
 gleichsweise gut überstanden haben und mit
 ihrer Wirtschaftsleistung fast 10 % über dem
 Vorkrisenniveau liegen, hat die Eurozone
 445 (ohne Deutschland) als Folge der Sparpolitik
 im Jahr 2014 noch nicht einmal den Einbruch
 von 2008 (Einbruch infolge des Ausbruchs
 der Finanzkrise, Lehmann-Brothers-Pleite)

450 wettgemacht. Lediglich in Deutschland liegt
die Wirtschaftsleistung heute wieder über
dem Niveau von 2008. Doch in Deutschland
wurden in der Folge der Finanzkrise auch
keine Sparpakete aufgelegt, sondern im Ge-
455 genteil ein 80 Mrd. Euro schweres Konjunk-
turpaket (Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld,
energetische Gebäudesanierung).
Auch der Internationale Währungsfonds
verweist darauf, dass die auf den ersten Blick
positiveren Daten der jüngsten Zeit auf tö-
460 nernen Füßen stehen:

1. Von der Binnennachfrage ist in den Peri-
pherieländern kein Wachstum zu erwarten.
Das verhindern die hohe private Verschul-
465 dung, die Sparmaßnahmen der Regierungen,
die eingeschränkte Kreditvergabe der schwa-
chen Banken und die immer noch hohen Zin-
sen. Die ganze Hoffnung liegt für diese Län-
der im Export. Zuletzt haben nun die Krisen-
470 staaten ihre Leistungsbilanzdefizite, die bis
zur Finanzkrise dramatisch angestiegen sind,
spürbar verringern können. Irland weist so-
gar Leistungsbilanzüberschüsse aus. Die
Lohnstückkosten sind gesunken. Doch die
475 Ernüchterung folgt sogleich: das Export-
wachstum der Krisenstaaten erfolgt nicht an
die übrigen Mitglieder der Währungsunion,
sondern in die übrige Welt. Die Exporte an
die anderen Eurostaaten sind sogar weiter
480 abgesunken. Diese Entwicklung kann nicht
nachhaltig sein, da der Rest der Welt nicht
auf Dauer bereit ist, gegenüber der Eurozone
Defizite zu verzeichnen - was die Kehrseite
der europäischen Überschüsse ist. Innerhalb
485 von Europa hat jedoch keine Entwicklung hin
zu einem Ausgleich der Außenhandelsströme
stattgefunden.

2. Die tieferen Lohnstückkosten in den Peri-
490 pherieländern sind leider nicht Ausdruck ei-
ner strukturellen Verbesserung, sondern Fol-
ge der Krise: die Produktivität ist nur gestie-
gen, weil das Bruttoinlandprodukt in den
Krisenländern nicht gleich stark abgenom-
495 men hat wie die Beschäftigung. Wenn weni-
ger Beschäftigte mehr Güter herstellen, sin-
ken die Kosten pro Stück. Das ist alles. Der

500 „Erfolgsfaktor“ ist also vor allem der drama-
tische Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch das
ist keine nachhaltige Entwicklung. Der IWF
kommt daher zum Schluss, dass sich die Au-
ßenhandelsposition der geschwächten Län-
der mit einer verbesserten Wirtschaftslage
505 und einer tieferen Arbeitslosigkeit sogleich
wieder verschlechtern würden.

Um mit den eigenen Produkten nachhaltig
wettbewerbsfähig zu werden, müssten die
Peripherieländer ihre Preise sehr viel stärker
senken. Ein struktureller Wandel hin zu tiefe-
ren Preisen und einer deutlich höheren
510 Wettbewerbsfähigkeit hat in den Peripherie-
ländern aber kaum stattgefunden. Die Politik
der internen Abwertung funktioniert nicht:
trotz zäher Rezession, „Strukturenreformen“
515 und Austeritätsprogrammen ist der Prozess
der internen Abwertung in den Peripherie-
ländern nicht sehr weit fortgeschritten. Eine
Lösung für die Eurokrise zeichnet sich auch
an dieser Stelle nicht ab. Die positiven Daten
520 der jüngsten Zeit stehen auf einem schwa-
chen Fundament.

Die Finanzkrise hat die Eurokrise nicht verur-
sacht, aber ausgelöst

525 Aus der Perspektive der „Troika“ liegt die
Ursache der Staatsschuldenkrise in der
„nachlässigen Haushaltspolitik“ der Krisen-
länder. Dieser Ansatz ignoriert die entschei-
denden Krisenursachen und verdreht schlicht
530 Ursache und Wirkung. Denn in den allermeis-
ten Mitgliedsländern der Währungsunion
sind die Staatsausgabenquoten bis zum Aus-
bruch der Finanzkrise gesunken oder nur
moderat gestiegen. In einigen der jetzigen
535 Krisenländer sanken die Staatsschuldenquo-
ten sogar drastisch. Von einer „nachlässigen
Haushaltspolitik“ konnte keine Rede sein.
Lediglich in Griechenland mit einer traditio-
nell höheren Staatsschuldenquote (bei 100
540 Prozent) lag und liegt das Problem in einer
extrem niedrigen Steuereinnahmequote mit
dramatischen administrativen Schwächen
der Steuererhebung im Hintergrund.

545 Die Hauptursache für den Defizitanstieg seit
2007 liegt dagegen eindeutig im Ausbruch

der Finanzkrise. Die nationalen Regierungen mussten mit Schutzschirmen für den Finanzsektor und zur Stützung der einbrechenden Konjunktur die Staatsschulden signifikant heraufsetzen. Diese Ursache-Wirkungs-Kette verweist grundsätzlich auf die Notwendigkeit, den Finanzsektor und die hohen Geldvermögen weitaus stärker an der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beteiligen.

Konstruktionsfehler der Währungsunion

Ein Anstieg der Defizite bzw. der Staatsschuldenquoten ist jedoch für sich gesehen kein Grund, um Zweifel an der Schuldentragfähigkeit eines Landes aufkommen zu lassen. Das Problem liegt darin, dass die Krisenländer eine hohe Auslandsverschuldung aufweisen, weil nicht nur der Staatssektor, sondern auch der Privatsektor verschuldet ist (= Leistungsbilanzdefizit). Deutschlands Staatsschuld liegt bei zwei Billionen Euro, das Geldvermögen der Privaten beträt aber fünf Billionen Euro; die Refinanzierungsmöglichkeiten bei den eigenen Bürgern sind unzweifelhaft. Bei den Krisenländern ist es umgekehrt. Die dortigen Refinanzierungsprobleme sind zwar durch Spekulationsaktivitäten verschärft worden, haben aber einen realen Grund: weil die Staatsschulden einem ebenso verschuldeten Privatsektor gegenüberstehen, stellt sich irgendwann die Frage nach der Schuldentragfähigkeit. Das ist das entscheidende Problem der Leistungsbilanzdefizitländer.

Diesen stehen in der Eurozone einige Länder mit extremen Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber (Deutschland, einige kleinere Länder). Die Ursache dieser Ungleichgewichte, wie sie in den letzten zehn Jahren entstanden sind, liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Während Deutschland deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewann, verloren die Krisenländer zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.

Diese „Wettbewerbslücke“ gründet entgegen allgemeiner Vorurteile nicht auf einer beson-

deren Innovationsfreudigkeit Deutschlands einerseits und der Produktivitätserlahmung Griechenlands bzw. anderer Krisenländer andererseits. Denn die Produktivität ist in
600 Deutschland jährlich um 0,9 Prozent, in der Eurozone um 0,8 Prozent und in Griechenland immerhin um 2,1 Prozent gestiegen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und das Zurückfallen Südeuropas lief ausschließlich über die Löhne und –
605 weil die Lohnstückkosten das interne Preisniveau dominieren – über die Preise. In Südeuropa stiegen die Lohnstückkosten um bis zu 30 Prozent, in Deutschland dagegen unter
610 fünf Prozent, wobei hier die Ausweitung des Niedriglohnssektors eine besondere Rolle spielte. Den Normalanstieg – Produktivität plus Zielinflationsrate – repräsentiert Frankreich mit einer Erhöhung um gut 20 Prozent.
615 Werden Überschüsse und Defizite immer weiter kumuliert, führt dies zum Aufbau von Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen, die nicht dauerhaft tragfähig sind. Gibt es hier keine Umkehr, führt an der Entwertung der Gläubigerpositionen kein Weg vorbei, denn irgendwann werden die Schuldner zahlungsunfähig.
620 Hier liegt der entscheidende Konstruktionsfehler der Währungsunion, nämlich in der Nicht-Koordination der makroökonomischen Größen: Leistungsbilanzen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Lohn- und Inflationsanpassung.
625 Denn ein Staat, der sich der Europäischen Währungsunion anschließt, gibt seine geldpolitische Souveränität auf. Er verliert die Freiheit, sein Zinsniveau zu bestimmen, seine Währung abzuwerten, seine Zentralbank als Kreditgeberin letzter Instanz („lender of last resort“) zu benutzen. Der Verlust dieser Freiheit kann nur kompensiert werden, wenn der betreffende Staat Teil eines größeren Fiskalgebildes wird, mit definierten Transferzahlungsflüssen, die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Dynamik lindern.
630
635
640 Dass die Auseinanderentwicklung bei Lohnzuwachsen und Wettbewerbsfähigkeit zu einem ernststen Problem wurde, hat seinen Grund in der Existenz der Währungsunion,

- 645 deren Charakteristikum ist, dass kein Mitgliedsland seine Währung auf- oder abwerten kann: Obwohl Griechenland und die anderen Südeuropäer höhere Inflation und Leistungsbilanzdefizite haben, können sie nicht
- 650 abwerten, weil sie in der Eurozone sind. Andernfalls würden sich diese Defizite so gar nicht herausgebildet haben! Obwohl Deutschland eine interne Inflationsrate unterhalb des EZB-Ziels und andauernd hohe
- 655 Leistungsbilanzüberschüsse hat, kann Deutschland nicht aufgewertet werden, weil es in der Eurozone ist. Andernfalls hätten die hohen Überschüsse wegen anhaltender Aufwertung gar nicht entstehen können!
- 660 Es ist deshalb Deutschland, das am stärksten von der Währungsunion profitiert. Und es ist Deutschland, dass bei einer Rückkehr zu nationalen Währungen die stärksten wirtschaftlichen Einbrüche hinzunehmen hätte.
- 665 Eine Rückkehr zur D-Mark und eine Re-Nationalisierung sind weder im europäischen noch im deutschen Interesse. Die Währungsunion muss deshalb entschieden gegen neu aufkeimenden Nationalismus verteidigt werden. Dazu müssen aber die Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt und die bisherigen Blockaden innerhalb der Eurozone aufgelöst werden.
- 675 Eine Währungsunion erfordert eine Koordination der Preise
- Die Feststellung, dass Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen im Euroraum bestehen, stellt jedoch noch keine vollständige Analyse der Ursachen der Ungleichgewichte dar. Die Ungleichgewichte innerhalb Europas haben sich verfestigt, weil in Deutschland die Löhne real nur geringfügig angestiegen sind,
- 685 während etwa in vielen Krisenstaaten ein überproportional großes Lohnwachstum über die letzte Dekade stattfand. Schließlich machen Lohnstückkosten den größten Kostenfaktor ausnahmslos jeder Volkswirtschaft
- 690 aus, sodass sich hinsichtlich des Außenhandels eine bessere Stellung desjenigen Landes ergibt, welches im Vergleich geringere Lohnzuwächse aufweist.

695 Die Europäische Währungsunion wuchs in diesem Sinne nicht zusammen, sondern drif-
tete auseinander. Während die Lohnstück-
kosten der deutschen Industrie seit der Ein-
führung des Euro um 14 Prozent gesunken
700 sind, blieben sie in Griechenland (das zwei
Jahre später in die Währungsunion startete)
gleich. In Portugal stiegen sie um 5 Prozent,
in Spanien um 28 und in Italien gar um 46
705 Prozent. Damit haben beinahe alle Staaten
das gemeinsam festgelegte Inflationsziel der
Europäischen Zentralbank von jährlich 2 Pro-
zent torpediert und sich höchst unkooperativ
verhalten. Sowohl mit Lohndumping als auch
mit Lohnexpansion wird dabei das Inflations-
ziel unterminiert.

710 Es stellt sich die Frage, welches Land hinsicht-
lich des Lohnstückkostenwachstums im Sin-
ne einer kooperativen und auf Ausgleich be-
dachten Europäischen Union falsch gehan-
delt hat. Das Ergebnis ist ein Einfaches, wenn
715 man die Zielinflation betrachtet. Inflation ist
im Wesentlichen die Wachstumsrate der
Preise. Diese wiederum ergeben sich durch
das Verhältnis Geldmenge zu Gütermenge.
720 Letztere wird durch die Konkurrenzfähigkeit
eines Unternehmens maßgeblich beeinflusst,
sodass bei einer günstigen Wettbewerbssit-
uation, wie sie in Deutschland zu finden ist,
relativ mehr Güter produziert werden. Dem-
nach müssten die Preise fallen, da der glei-
725 chen Geldmenge eine höhere Güteranzahl
gegenüber steht.

Die Geldmenge hingegen erhöht sich, indem
höhere Löhne gezahlt werden, anstatt Kapi-
tal in das Ausland zu exportieren. Deutsch-
730 land exportiert aufgrund der Leistungsbilanz
relativ viel Kapital in das Ausland, während
relativ geringe Löhne zu relativ hoher Wett-
bewerbsfähigkeit und damit zu einer hohen
Produktion führen. In Griechenland ist die
735 Situation exakt spiegelbildlich: Hohe Löhne,
geringe Wettbewerbsfähigkeit und geringe
Produktion liegen vor. Dies lässt sich auch
auf die Entwicklung der nationalen Inflati-
onsraten übertragen: Während in Deutsch-
740 land fast jedes Jahr der vergangenen Dekade
die Zielinflation unterschritten wurde, wurde
sie in Griechenland fast ausschließlich über-

schritten. Kumuliert ergibt sich über ganz Europa nahezu für jedes Jahr das Erreichen der Zielinflation.

745 Aber eben nicht, weil alle Länder des Euro-raums sich an die 2% Zielinflation gehalten haben – dies wurde von fast jedem Land, Frankreich ausgenommen, verfehlt – sondern

750 eben weil es Länder gab, welche sich in keiner Weise an die Inflationsziel gehalten haben, und eben auch Länder wie Griechenland, welche sich spiegelbildlich verhalten haben. Dabei ist die Faustformel, welche für die

755 Konstruktion der Inflation gemäß Cost-Push-Theorie existiert, einerseits trivial und andererseits empirisch valide: Um ein Inflationsziel von 2% zu erreichen, müssen die Löhne jedes Jahr um 2% stärker steigen als die Pro-

760 duktivität des Landes. Die Erklärung dieses Ansatzes ist intuitiv einfach: Steigen Produktion und Löhne um 1%, so steht der um 1% höheren Gütermenge eine um 1% höhere Geldmenge gegenüber,

765 was zu konstanten Preisen und damit zu einer Nullinflation führt. Steigen die Löhne hingegen um 2% stärker als die Produktivität, so ist das Verhältnis in diesem Szenario $1,03 \cdot \text{Geldmenge} / 1,01 \cdot \text{Gütermenge}$ und da-

770 mit nahe 2% Wachstum. Aufgrund der geringen Produktionszuwächse (in einem Bereich von null bis fünf Prozent pro Jahr) ist die Faustregel extrem präzise. Auch seien die Transmissionskanäle kurz genannt: Höhere

775 Löhne führen zu höheren Kosten in der Produktion, was die Produzenten dazu bringt, die Preise zu erhöhen, um gleiche Gewinne realisieren zu können. Gleichzeitig führt mehr Kaufkraft seitens der

780 Arbeitnehmer zu einer höheren Güternachfrage, was sich wiederum positiv auf das Preiswachstum auswirkt. Würden demnach in allen Ländern der Eurozone die Löhne um 2% stärker als die nationale Produktivität

785 steigen, so ergäbe sich für jedes Land die Zielinflation von 2% und gleichzeitig würde ein Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit und damit größere Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen vermieden.

790 Dennoch genügt das Verfolgen dieser Faustregel nicht, um ein neues Gleichgewicht im

795 Euroraum herzustellen, sondern lediglich, um
weitere Ungleichgewichte zu verhindern.
Für die Aufhebung der vorliegenden Dispari-
täten müsste Deutschland seine Löhne stär-
ker erhöhen, während die Löhne in Krisen-
ländern schwächer wachsen müssten. Für
Frankreich ergäben sich, aufgrund der vor-
bildhaften Verfolgung der Zielinflation, keine
800 Änderungen.
Es sei ferner angemerkt, dass der Versuch,
das deutsche Modell des Lohndumpings auf
sämtliche Krisenstaaten zu übertragen, in
keiner Weise nachhaltig wäre. Würden alle
805 Länder der Eurozone ihre Löhne nur mit den
deutschen Raten der 00er Jahre „wachsen“
lassen, so würde dies zu einer massiven Un-
terschreitung der Zielinflation in ganz Europa
führen. Dies würde eine Deflation heraufbe-
schwören mit den bekannten Abwärtsspira-
len für die Wirtschaft: das negatives Preis-
wachstum würde zu Konsumzurückhaltung
führen, was wiederum aufgrund des Un-
gleichgewichts zwischen Überangebot und
815 Unternachfrage zu weiteren Preissenkungen
und damit schlussendlich zum Ruin der eu-
ropäischen Wirtschaftsarchitektur führen
würde. Sofern sich Europa eine gemeinsame
Währungsunion wünscht - und dafür sollten
820 insbesondere wir Sozialdemokraten einste-
hen - so müssen sich ausnahmslos alle Euro-
staaten hinsichtlich der Lohnpolitik koordi-
nieren und dafür Sorge tragen, dass die Ziel-
inflationvorgaben im Kern eingehalten wer-
den. Andernfalls droht langfristig ein Zerrei-
ßen der Währungsunion, weil die Disparitä-
ten immer weiter zunehmen würden. Sech-
zig Jahre erfolgreicher europäischer Integra-
tionsgeschichte würden in diesem Fall zur
830 Disposition stehen.

835 Deutschlands Exportstärke ist kein Hindernis
für eine zukunftsfähige Eurozone. Doch In-
landskonsum und Inlandsinvestitionen müs-
sen merklich zunehmen.

840 Die Kritik von international renommierten
Ökonomen und Nobelpreisträger, des US-
Finanzministeriums oder des Internationalen
Währungsfonds an den deutschen Leis-

tungsbilanzüberschüssen ist deshalb berechtigt. Nicht alle Staaten können gleichzeitig einen Überschuss erzielen. Das makroökonomische „Geschäftsmodell“ von Überschussländern besteht daher faktisch in der Verschuldungsbereitschaft anderer Länder. Wenn sich die Ungleichgewichte immer weiter verschärfen und es niemals zum Ausgleich kommt, droht die Eurozone über kurz oder lang auseinanderzubrechen.

Die dringenden Aufrufe des US-Finanzministeriums oder des Internationalen Währungsfonds an Deutschland, seinen riesigen Leistungsbilanzüberschuss abzubauen, stoßen hierzulande jedoch auf wenig Verständnis bzw. fast ausschließlich auf negative Resonanz. Der Bundesverband der Deutschen Industrie ließ verlauten, die Exportstärke sei das Ergebnis innovativer Produkte, die in der ganzen Welt nachgefragt würden. Das ist zwar richtig. Doch treffen derartige Aussagen den Kern der Problematik in keiner Weise. Denn weder das US-Finanzministerium noch der IWF haben verlangt, dass die deutsche Wirtschaft weniger exportieren solle. Sie haben lediglich darauf verwiesen, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss viel zu groß sei. Das ist nicht das Gleiche. Im Kern geht es darum, sich drei unumstößliche Identitäten vor Augen zu führen:

1. Die Leistungs- und die Kapitalbilanz eines Landes müssen sich ausgleichen. Ist die Leistungsbilanz positiv (werden vereinfacht gesagt mehr Waren exportiert als importiert), muss die Kapitalbilanz negativ sein (Kapital fließt aus dem Überschussland ab).
2. Die Differenz zwischen den gesamten inländischen Ersparnissen und den gesamten inländischen Investitionen entspricht dem Saldo der Leistungs- respektive Kapitalbilanz. Sind die inländischen Ersparnisse also höher als die inländischen Investitionen, wird dieses Überschusskapital ins Ausland exportiert.
3. Alles, was ein Land produziert, muss entweder konsumiert oder gespart werden. Weist nun Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss aus, fließt entsprechend viel Kapital von Deutschland ins Ausland ab.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

890 Zweitens bedeutet es, dass die inländischen Ersparnisse um diesen Betrag höher sind als die inländischen Investitionen.

Wie kann nun dieser Leistungsbilanzüberschuss (der zwangsläufig dem Leistungsbilanzdefizit anderer Länder entspricht) abgebaut werden?

895 Ganz einfach: Entweder muss der inländische Konsum steigen (wodurch automatisch die inländischen Ersparnisse sinken), oder die inländischen Investitionen müssen steigen (wodurch sich die Differenz zwischen den Ersparnissen und Investitionen verringert).

900 Das wiederum kann erreicht werden, indem die Löhne in Deutschland ansteigen oder indem etwa die inländischen Investitionen in Deutschland spürbar erhöht werden.

905 Als zwingende Folge davon wird Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sinken – und das ohne jede Selbstbeschränkung der deutschen Exportindustrie. Es geht also nicht um weniger deutsche Exporte. Der Anpassungsprozess bzw. der Abbau der Ungleichgewichte muss auf deutscher Seite über ansteigenden Inlandskonsum, höhere Importe

910 und signifikant höhere Inlandsinvestitionen bewerkstelligt werden. Das ist sowohl zum Vorteil Deutschlands wie aber auch zum Vorteil der Krisenländer wie der gesamten Eurozone, die infolge des Ausgleichs eine weitaus

915 höhere Stabilität erhalte.

920

Wirtschaftspolitische Perspektiven einer sozial gestalteten Währungsunion

925 Die SPD muss die Auseinandersetzung um eine gleichermaßen tragfähige wie auch soziale Architektur der Eurozone offensiv führen. Sie muss um einen sozialverträglichen Pfad werben und darf sich keinesfalls in das

930 enge Korsett einer einseitigen Austeritätsdoktrin einzwängen lassen, die Wachstumschancen eher behindert als fördert und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa längst zur Disposition stellt. Es geht

935 im Gegenteil um eine europaweit koordinierte Wachstums- und Investitionsstrategie, um weitere Integrationsschritte in den zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik und um eine

- 940 harte Bändigung der Finanzmärkte und der systemrelevanten Großbanken. Wer den harten Kern der Krise ins Visier nehmen will, muss zudem die Verteilungsfrage völlig neu gewichten: als Gebot der ökonomischen Vernunft. Die frappierend angestiegene Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung ist von international renommierten Ökonomen und Nobelpreisträgern längst als eine der Hauptursachen der Finanzkrise identifiziert worden.
- 945
- 950 Denn es ist die wachsende Ungleichheit, die als eigentlicher Treiber und Motor der verhängnisvollen Ausgaben- und Verschuldungskaskaden in den entwickelten Staaten funktioniert. Das groteske Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hemmt und blockiert dagegen die ökonomische Entwicklung. In jüngerer Zeit haben mehrere Studien auf den engen Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum hingewiesen. Die Industrieländerorganisation OECD kam etwa zu dem Ergebnis, dass Deutschland sein Bruttoinlandsprodukt deutlich steigern kann, wenn die Ungleichheit entschiedener bekämpft wird. Nicht mit einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und Wachstum generiert, sondern mit einer mutigen Investitions- und Innovationspolitik, einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung und mehr Bildungschancen.
- 960
- 965 Ganz Europa braucht einen ökonomischen Kurswechsel, der sich leiten lässt von der wachsenden Erkenntnis weltweit führender Wirtschaftswissenschaftler, dass sich soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik wechselseitig ergänzen. Die Sozialdemokratie muss für einen echten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel eintreten, der mit den verfehlten Grundannahmen der neoliberalen Ära bricht.
- 970
- 975
- 980

C 5

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

	Für eine sozialdemokratische Friedenspolitik in schwierigen Zeiten	Für eine sozialdemokratische Friedenspolitik in schwierigen Zeiten
	<p>1.Ausgangspunkt</p> <p>Einer Mehrheit der Deutschen war in den letzten Jahrzehnten tendenziell egal, was auf der Welt passierte, solange unser Wirtschaftswachstum und der Export stimmten.</p>	<p>Erledigt durch den außenpolitischen Grundsatzbeschluss "Die Zukunft gestalten - Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte" vom Bundesparteitag im Dezember 2015.</p>
5	<p>Jetzt, da tagtäglich tausende Flüchtlinge zu uns drängen, wird in der Öffentlichkeit breit über die „Überwindung von Fluchtursachen“ diskutiert. Die SPD sollte diese Gelegenheit nutzen und ihre Rolle als Partei der internationalen Solidarität wieder stärker in den Vordergrund stellen. Deshalb sollten gerade wir eine Analyse der Hauptfluchtursachen anbieten, die nach unserem Verständnis a) Krieg, Staatsterror und ‚failed states‘ sowie b) extreme Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit sind. Unserer Analyse folgen sozialdemokratische Antworten. In einem Satz zusammengefasst: Wer Fluchtursachen überwinden will, der muss eine gerechte Welt anstreben. Es geht um nichts weniger, als um Frieden auf der Welt.</p>	
10		
15		
20		
	<p>2. Vorbemerkungen</p> <p>Dieser Antrag geht konkret auf die in a) genannten Fluchtgründe Krieg, Staatsterror und ‚failed states‘ ein. Es ist uns klar, dass Frieden mehr als nur die Abwesenheit von Krieg ist. Echter Frieden bedeutet immer auch ein Mindestmaß an sozialer Absicherung, Bildungsmöglichkeiten und im weiteren Sinne ein Leben ohne Angst.</p>	
25		
30		
	<p>3. Die Welt aus den Fugen</p> <p>Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint die Welt aus den Fugen geraten zu sein. Das „Ende der Geschichte“, von dem Francis Fukuyama Anfang der 1990er Jahre sprach, scheint endgültig vom Tisch zu sein. Mit dem Ende des Kalten Krieges erschien Fukuyama die Dialektik der Weltgeschichte zu einem Ende gekommen zu sein. Marktwirtschaft und Demokratien würden sich nun allerorts durchsetzen. Es gebe keine großen Macht-</p>	
35		
40		

- 45 blöcke, die sich weltweit feindlich gegen-
überstünden.
Zwanzig Jahre später zeigt sich ein völlig an-
deres Bild. Zwar hat sich eine neoliberale
50 Form des Freihandelskapitalismus durchge-
setzt, von der am meisten multi-nationale
Konzerne und in begrenztem Maße auch
aufstrebende Mittelschichten in Entwick-
lungsländern profitieren. Die Schere zwi-
55 schen arm und reich geht jedoch gefährlich
weit auf und bietet einen Nährboden für
radikale Ideologien.
Zudem haben sich zwar formal Demokratien
durchgesetzt, jedoch handelt es sich bei sehr
vielen um „defekte Demokratien“ oder de
60 facto Diktaturen. Diese Entwicklung sehen
wir als Bedrohung für den Weltfrieden.
Die Hoffnung, dass aus dem Ende des Kalten
Kriegs auch ein Rückgang an bewaffneten
Konflikten einherginge, hat sich alles andere
65 als erfüllt. Neue ethnische Spannungen, au-
toritäre Staatssysteme oder versagende
Staatlichkeit, religiöse Fundamentalismen,
separatistische Bestrebungen und terroristi-
sche Organisationen gefährden zu Beginn
70 des 21. Jahrhunderts den Weltfrieden nicht
nur theoretisch, sondern ganz konkret. Es
stellt sich die Frage, wie die Weltgemein-
schaft diesen Herausforderungen für den
Weltfrieden begegnen kann.
- 75
4. Sozialdemokratische Haltung in der Frie-
denspolitik
Die Varianz der Bedrohungen – von Diktatu-
ren bis zu versagender Staatlichkeit, von Bür-
80 gerkrieg bis zu Völkermordfantasien – hat
zur Folge, dass es hierauf keine einfachen
Antworten geben kann. Daher wollen wir
zuvorderst eine strukturelle Antwort auf die
Welt aus den Fugen geben: Wir setzen auf
85 die Stärkung multilateraler Lösungen, wir
setzen auf die Stärkung des Völkerrechts, wir
setzen auf eine Stärkung der UNO. Darüber
hinaus setzen wir auf den Vorrang ziviler und
diplomatischer Mittel vor militärischen Mit-
90 teln. Wenn militärische Mittel angezeigt er-
scheinen, dann nur unter ganz eng gefassten
Rahmenbedingungen. (siehe 8.2)

5. Gegenläufige Tendenzen

- 95 Die derzeitige Geopolitik der Veto-Mächte im Weltsicherheitsrat, steht teilweise in enormem Widerspruch zu dieser Linie.
Die russische Annexion der Krim, die unilaterale Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg und die finanzielle und personelle Unterstützung von Separatisten in der Ukraine durch die Russischen Föderation, sind nicht akzeptabel.
- 100
- 105 Als Wächter der Marktwirtschaft und der Demokratie mit ‚Polizeibefugnissen‘ in der Weltinnenpolitik verstehen sich zunehmend die USA als letzte „Supermacht“. Wechselweise im „Krieg gegen die Drogen“, „Krieg gegen den Terrorismus“ oder den „Krieg für die Demokratie“ agieren die USA militärisch für die ‚gute Sache‘.
- 110 Auch Frankreich und Großbritannien übernehmen (vor allem in ihren ehemaligen Kolonialgebieten) diese Rolle. Als Teil der NATO
- 115 ist die Bundesrepublik in unterschiedlicher Art und Weise in diese Militärationen mit „weltpolizeilicher“ Funktion eingebunden. Ob es für diese Militärationen völkerrechtliche UN-Mandate gibt, spielt hierbei eher eine
- 120 sekundäre Rolle.
Wir halten fest: Da es keinen Weltstaat gibt, kann es auch keine Weltpolizei geben. Anstelle eines Weltstaats, herrscht zwischen Staaten das Völkerrecht, auf das sich alle
- 125 einigen können. Zudem etabliert das Völkerrecht Institutionen und Organisationen (UNO, UNESCO, UNHCR, Weltbank, IWF, WTO, usw.), welche genau dieses Ziel haben: die Sicherung des Weltfriedens.
- 130 Wir verurteilen die geopolitische Strategie aller Vetomächte, die zunehmend außerhalb der weltgemeinschaftlichen Institutionen handeln.
- 135 Am prägendsten für die letzten Jahrzehnte ist die Einstellung der USA und seiner Alliierten, dass man Weltfrieden, Demokratie und Marktwirtschaft im Zweifel mit Macht und Gewalt ohne völkerrechtliche Grundlagen und ohne souveräne Mitbestimmung der
- 140 betroffenen Völker durchsetzen könne. Wir sind der Meinung, dass auch diese Strategie Weltfrieden und Demokratie gefährdet. Frie-

145 den kann nur im Rahmen des Völkerrechts, in der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und mit der Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker erreicht werden!

150 Militärische Alleingänge, um autoritäre Regime abzulösen (Irak, Afghanistan) oder die Bewaffnung von Oppositionen (Syrien) führen nicht, wie leider noch heute propagiert wird, zu gefestigten Demokratien, sondern verschlimmern die Situation. Zumal, wenn
155 Vetomächte im Weltsicherheitsrat hier auch noch verdeckt und offen auf verschiedenen Seiten agieren. Ergebnis dieses realpolitischen Interventionismus: Eine ganze Generation junger Menschen wächst dort im Krieg auf – der Nährboden für illiberale Terrororganisationen.

160 Unsere sozialdemokratische Antwort auf die Frage nach der Strategie für Frieden und Demokratie weltweit: Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu
165 überwinden. Das bedeutet, dass Weltfrieden nur durch Völkerrecht und Verständigung erreicht werden kann. Und deshalb Krieg – im engen Rahmen von UN-Mandaten – immer nur das letzte Mittel sein kann.

170

6. Terror und Rechtsstaatlichkeit

Spätestens seit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 ist der Kampf gegen den Terrorismus auf der weltweiten Agenda. Beim
175 Kampf gegen terroristische Organisationen dürfen die Bedingungen, die sie begünstigt haben, nicht außer Acht gelassen werden. In Staaten des Nahen Ostens, wie bspw. Ägypten, profitierten militante Fundamentalisten
180 seit jeher von autoritären Staatssystemen, in denen ganze Bevölkerungsteile politisch und soziokulturell ausgeschlossen und so erst überhaupt zugänglich für Fundamentalisten sind.

185 Im Kalten Krieg entledigten sich viele arabische Staaten ihrer Fundamentalisten, indem sie sie in den „heiligen Krieg“ gegen die UdSSR in Afghanistan ziehen ließen – finanziert u.a. durch die USA.

190 Auch zweifelhafter Natur ist, dass bspw. in den Bürgerkriegen in Libyen und Syrien Alli-

- ierte der USA und der NATO direkt und indirekt teilweise Dschihadisten nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“
- 195 ausrüsteten.
Hier zeigt sich wieder, dass militärische Interventionen jeder Art (in diesem Fall durch Bewaffnung), schlimme unbeabsichtigte Folgen haben können.
- 200 Die Antwort westlicher Staaten auf den teilweise hausgemachten Terrorismus ist der „Krieg gegen den Terror“. Eine Mischung aus beängstigender Ausweitung exekutiver Kompetenzen von Sicherheitsdiensten, militärischen Interventionen und intensiver Drohneneinsätze zu Liquidierungsmaßnahmen.
- 205 Der „Krieg gegen den Terrorismus“ und der „Krieg für die Demokratie“ seit Beginn des 21. Jahrhunderts sind grandios gescheitert. Terrororganisationen, gegen die mit enormer Gewalt und mit völkerrechtlich illegalen Mitteln vorgegangen wird, sind erfolgreicher denn je zuvor.
- 210 Zudem gefährdet diese Strategie auch die Demokratie in den USA und seiner Alliierten selbst. Es zeigt sich nämlich, dass diese illegalen Kriege mit einer besorgniserregenden Ausweitung der Staatsgewalt auch gegen die eigenen Bürger und die eigene Demokratie einhergeht. Erstens haben Geheimdienste, die gegen internationale Terroristen vorgehen sollten, so viele Rechte erhalten, bis sie die halbe Welt und vor allem ihre eigenen
- 215 Bürger totalüberwacht haben. Der Krieg gegen den Terror schränkt die demokratische Freiheit seiner Bürger ein – der Krieg für die Demokratie droht, die Demokratie selbst zu fressen (Siehe NSA-Komplex). Zweitens der
- 220 US-geführte „Drohnenkrieg“ verstößt gegen die tiefste Idee des Rechtsstaats. Die Ermordung von Terroristen, potenziellen Terroristen, Gefährdern und von den vielen zivilen „Kollateralgeschädigten“ (also Menschen, die zur falschen Zeit am falschen Ort sind), ist durch keinen auch edelsten Zweck zu rechtfertigen. Spätestens mit der Ermordung eigener Staatsbürger ohne Prozess, haben die
- 225 USA ein finsternes Kapitel der ihrer Demokratie aufgeschlagen.
- 230
- 235
- 240

Wir müssen Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen. Anwendung von militärischer Gewalt gegen Terrororganisationen (wie dem IS) darf nur nach dem Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Mittel und im engen Rahmen von UN-Mandaten geschehen.

7. Schwäche der UNO

Die Stärke der einzelnen Vetomächte bedeutet gleichzeitig eine Schwächung der UNO. Ihre Gründung 1945 stellte den Versuch dar, durch Verrechtlichung und Verhandlungen im Rahmen der UN-Institutionen eine weltweite Friedensordnung zu etablieren. Diesem Ziehen an einem Strang nach dem 2. Weltkrieg wurde durch den Kalten Krieg ein jähes Ende bereitet. Einige große Erfolge der UNO in dieser Zeit sollen zwar auch nicht unter den Tisch fallen, doch sie stellten eher die Ausnahme dar. Die Hoffnung, dass nach dem Kalten Krieg alles besser würde, war ein Trugschluss. Die hinderlichen Rollen auch einiger Vetomächte haben wir schon genannt.

Damit muss Schluss sein. Wir sind überzeugt, dass Weltfrieden ohne die UNO als oberster Rechtsinstanz nicht funktionieren kann. Die vielen Krisenherde und der Terrorismus weltweit zeugen vor allem von einem: Alleingänge und Interventionismus führen zu keiner dauerhaften Friedensordnung. Daher ist der zentrale Punkt unseres Antrags die Stärkung der UNO und des Völkerrechts.

8. Unsere konkreten Antworten

8.1. Grundlagen der Außenpolitik

Außenpolitik muss immer (auch) wertgeleitete Friedenspolitik sein. Autoritären Regimen begegnen wir mit diplomatischen Mitteln und im Zweifelsfall mit Sanktionen.

Krieg ist keine Lösung. Für europäische, deutsche Interessen oder die Sicherung von Rohstoffen und Märkten darf kein Krieg geführt werden. Wir glauben an die Macht der Diplomatie und der Verständigung. Erst das jüngste Beispiel der Einigung im Atomstreit zwischen dem Iran und der Weltgemeinschaft hat gezeigt, dass Diplomatie sehr viel

290 gewaltlos bewirken kann.
 Außenpolitik ist immer auch Gesellschaftspo-
 litik: Wir setzen uns dafür ein, dass überall
 weltweit Menschen-rechte gewährleistet
 werden und sehen in der Gleichstellung der
 295 Menschen auch die Basis jeder menschlichen
 Entwicklung. Dabei stehen vor allem diplo-
 matische und zivile Mittel im Mittelpunkt.
 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Kon-
 fliktprävention und Ursachenbekämpfung
 300 sind die zentralen Instrumente unserer Au-
 ßenpolitik im Rahmen der Europäischen Uni-
 on.
 Selbstbegrenzung der Außenpolitik: Unser
 Verständnis von Außenpolitik ist wertgelei-
 305 tet. Wir wollen uns für Demokratie, Freiheit
 und Menschenrechte weltweit einsetzen.
 Doch wir wollen niemandem unser Gesell-
 schaftsmodeLL mit militärischen Mitteln auf-
 zwingen. Wir wollen stattdessen aktiv wer-
 310 ben. Für eine freiheitliche und demokratische
 Gesellschaft.

8.2. Grundsätze der Friedenspolitik

- 315 • UNO-Reform: Wir wollen die Stärkung
 des Völkerrechts. Unrecht muss dem
 Recht weichen. Wesentliche Handlungs-
 ebene ist für uns die UNO. Sie spielt die
 Schlüsselrolle bei globalen Konfliktlösun-
 gen. Dafür müssen die Strukturen der
 320 UNO reformiert werden, um sie hand-
 lungsfähig zu machen und sie zu demo-
 kratisieren. Im Jahr ihres 70jährigen Be-
 stehens, ist die UNO weit davon entfernt,
 für Weltfrieden sorgen zu können. Um
 325 dies zu ändern, muss die UN-
 Vollversammlung zum zentralen Organ
 für politische Entscheidungen für die
 ganze Welt ausgebaut werden und im
 Verhältnis zum Weltsicherheitsrat ge-
 330 stärkt werden.
- Weltsicherheitsrat: Das Vetorecht im
 Weltsicherheitsrat muss langfristig abge-
 schafft werden. Seine Zusammensetzung
 muss grundlegend reformiert werden,
 335 um eine bessere Repräsentation zu ge-
 währleisten.
- Armeen überwinden: Grundsätzliches
 Ziel ist eine EU, in der nationalstaatliche

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

340 Armeen nicht mehr notwendig sind. Es-
 345 szeniell ist daher ein weltweiter Abrüs-
 tungsprozess, der die Bedrohung durch
 Waffen minimiert und die Sicherheit aller
 Beteiligten garantiert. Die Bundeswehr
 soll über-gehen in eine Friedenstruppe
 der EU. Durch eine restriktive Rüstungs-
 politik in der EU und durch die Ausrüs-
 tung der Friedenstruppe v.a. auf UN-
 Friedensmissionen soll eine Militarisie-
 rung der EU verhindert werden.

350 • Abrüstung. Waffenexporte überwinden:
 Bei der Abrüstung geht es nicht nur um
 Massenvernichtungswaffen, sondern
 auch um konventionelle Waffen. Insbe-
 355 sondere Klein- und Leichtwaffen stellen
 eine besondere Bedrohung für zivile Be-
 völkerungen dar. Ihre Verbreitung muss
 begrenzt werden und die Kennzeichnung
 und Nachverfolgbarkeit ist sicherzustel-
 360 len. Mittelfristig muss die Rüstungspro-
 duktion auf den Eigenbedarf von Staaten
 zurückgeführt werden. Auch sog. „defen-
 sive“ Waffen sollen in Zukunft nicht an
 Drittstaaten exportiert werden – die
 365 Grenzziehung zwischen „offensiv“ und
 „defensiv“ ist schwer auszumachen und
 in vielen Fällen nicht realistisch. Eine ge-
 meinsame europäische Beaufsichtigung
 der Rüstung ist in Zusammenhang mit
 einer europäischen Friedenstruppe denk-
 370 bar.

• Faire Wirtschaftsordnung: Frieden ist
 mehr als die Abwesenheit von Krieg.
 Frieden ist auch die Verwirklichung der
 Menschenrechte weltweit. Die derzeitige
 375 Weltwirtschaft steht der Umsetzung der
 Menschenrechte im Weg. Ziel muss eine
 Weltwirtschaft sein, in der niemand aus-
 gebeutet wird und in der jeder Zugang zu
 der heute schon theoretisch ausreichen-
 380 den Nahrung hat. Hierbei müssen inter-
 nationale Handelsabkommen grundle-
 gend revidiert werden und Institutionen
 wie die Welthandelsorganisation (WTO),
 der Internationale Währungsfond (IWF)
 385 und die Weltbank reformiert und auf so-
 ziale und ökologische Ziele, sowie die
 Stärkung der Menschenrechte verpflich-

- 390 tet werden.
- 395 Krieg ist keine Lösung, sondern ein Problem. Daher muss die Bundesrepublik auf Krieg verzichten. Es gibt nur drei ganz konkrete und sehr eng gefasste Fälle, in denen militärische Mittel mit der SPD zur Anwendung kommen können:
- 400 a) Nein zum Krieg. Ja zur Responsibility to Protect.
- 405 Bevor überhaupt an den Einsatz militärischer Mittel gedacht werden kann, müssen alle Möglichkeiten diplomatischer und ziviler Einflussnahme sowie Lösung ausgeschöpft sein. Erst dann dürfen zivile Mittel der Krisenbewältigung als ausgeschöpft anerkannt werden und erst dann kann es in Frage kommen, nach dem Grundsatz R2P (d.h. "Responsibility to Protect" oder auch "internationale Schutzverantwortung" genannt) zu verfahren und eine vom Massenmord bedrohte Bevölkerungsgruppe mit militärischen Mitteln zu schützen. Nach diesem Prinzip gelten Staaten zwar grundsätzlich als souverän und selbst zuständig für die Sicherung der Menschenrechte in ihrem Staatsgebiet, kommt es jedoch massenhaft zu schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in Anordnung, Billigung oder Nichtverfolgung des Staates, kann sich hieraus eine internationale Schutzverantwortung für die Weltgemeinschaft ableiten. Um auszuschließen, dass R2P zum Vorwand für einen interessengeleiteten Interventionskrieg oder ähnliche primär durch Eigeninteressen induzierte militärische Alleingänge genutzt werden, ist ein UNO-Mandat zwingend erforderlich. Wir schlagen vor, eine unabhängige Kommission der UNO zu bilden, welche im Konfliktfall das jeweilige Geschehen durchleuchtet und über das Vorliegen von Voraussetzungen für eine R2P-Aktion berichtet. Das Vorliegen eines entsprechenden Gutachtens des Gremiums ist künftig zwingende Voraussetzung für R2P-Aktionen.
- 435

440 b) Nein zum Krieg. Ja zu Blauhelm-Einsätzen im Rahmen der UNO. Wenn bei schon bestehenden oder drohenden militärischen Konflikten alle zivilen Mittel ausgeschöpft sind und die UNO in einer Resolution Staaten zur Wiederherstellung des Weltfriedens um militärische Hilfe bittet, kann die Bundesrepublik an solchen Blauhelm-Einsätzen teilnehmen. Keinesfalls dürfen jedoch nationale Alleingänge oder "Koalitionen der Willigen" sich ein moralisches Recht zur Intervention konstruieren.

445

450 • Asyl ist Menschenrecht: Friedenspolitik heißt auch, Menschen in Not Schutz und Zuflucht zu gewähren. Es schockiert uns, dass nicht nur Rechtsextremisten sondern auch Teile der gesellschaftlichen

455 Mitte das Asylrecht des Grundgesetzes teilweise oder gar gänzlich infrage stellen. Es ist Teil unseres demokratischen Selbstverständnisses, dass wir solidarisch mit Menschen umgehen und ihnen in

460 Not helfen, egal welche Staatsangehörigkeit sie haben und ob sie überhaupt eine haben. Die Stärke einer Demokratie zeigt sich an ihrem Umgang mit den Schwächsten. Das gilt nicht nur national.

465 8.3.Terrorbekämpfung mit rechtsstaatlichen Mitteln

Wir müssen Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen. Terror-Abwehr ist in erster

470 Linie Angelegenheit der Sicherheitsdienste weltweit. Sicherheitsdienste müssen dafür enger und effizienter zusammenarbeiten. Doch dabei müssen sie im engen rechtsstaatlichen Rahmen bleiben. Folter, Haft ohne

475 Verurteilung und „Verschwindenlassen“ sind auch hier nicht durch den Zweck geheiligt. Anwendung von militärischer Gewalt gegen Terrororganisationen (wie dem IS) darf nur im engen Rahmen von UN-Mandaten geschehen. Die beste Anti-Terror-Arbeit ist die

480 zivile und diplomatische Unterstützung der Demokratisierung vor Ort. Staaten müssen ihren Bürgern die Möglichkeit geben, am Gemeinwesen teilzunehmen und ihnen demokratische Grundrechte zugestehen. Inklus-

485

490 sion in die Gesellschaft ist die beste Terrorabwehr. Das entzieht den Fundamentalisten nämlich den Nährboden. Zudem müssen wir vor allem bei islamistischen Terrororganisationen aus der Geschichte lernen: Regime vor Ort und westliche Staaten trugen maßgeblich zur Stärkung und Gründung dieser Organisationen bei. Das muss ein Ende haben.

C 6

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

	Menschenrechte stärken, Fluchtursachen angehen	Menschenrechte stärken, Fluchtursachen angehen
5	Nürnberg ist die Stadt der Menschenrechte. Die SPD ist die Partei der Menschenrechte. Menschenrechte sind Rechte, die alle Menschen allein aufgrund ihres Menschseins besitzen, unabhängig davon wo sie leben.	Erledigt durch den außenpolitischen Grundsatzbeschluss "Die Zukunft gestalten - Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte" vom Bundesparteitag im Dezember 2015.
10	Menschenrechtsverletzungen sind eine Fluchtursache. Menschen flüchten, wenn sie zum Beispiel wegen ihres Glaubens, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung in ihrer Heimat verfolgt werden. Dabei geht es um staatliche Verfolgung, aber auch um gesellschaftliche Verfolgung, die von einem Staat nicht unterbunden und geahndet wird.	
15	Mangelnder Minderheitenschutz, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption und staatliche Willkür begünstigen Konflikte. Wenn Bevölkerungsgruppen vom Staat oder der Gesellschaft ausgeschlossen werden, dann	
20	kann dies zu einer Radikalisierung führen, die Konflikte und Gewalt auslöst. Das zeigt sich, wenn Teile der Bevölkerung aus einer Regierung und staatlichen Behörden systematisch ausgeschlossen sowie politisch verfolgt werden – das war leider u.a. im Irak erst mit den Schiiten, dann mit den Sunniten der Fall.	
25	Staatszerfall ist eine der häufigsten Fluchtursachen. Die Demokratisierung ist in vielen Ländern der einzig vorstellbare Weg zur Minderung des internen Konfliktpotenzials, zur	
30	Sicherung der Menschenrechte, zur Entschärfung ökonomischer und sozialer Gegensätze und zum Aufbau effizienter politischer Strukturen. Die Förderung der Demokratisierung	

35 durch die deutsche Außen- und Entwick-
 lungspolitik schließt zwingend die Unterstüt-
 zung des Aufbaus demokratisch legitimierter
 und rechtsstaatlich verfasster Sicherheits-
 und Justizstrukturen mit ein – auch durch
 40 auf diese Ziele ausgerichtete internationale
 Polizeieinsätze. Nur wenn eine unabhängige
 Justiz und ein funktionierendes Sicher-
 heitssystem vorhanden sind, können Men-
 schenrechte durchgesetzt werden. Ohne
 45 diese Grundlage, drohen sie nur auf dem
 Papier zu existieren.

Militärische Gewalt ist keine Lösung. Dem
 steht die Schutzverantwortung gegenüber,
 50 die als Folge des Völkermordes in Ruanda
 etablierte Norm bei den Vereinten Nationen
 „Responsibility to protect“. Wenn ein Staat
 seine Einwohnerinnen und Einwohner nicht
 vor Gewalt schützen kann oder will, dann
 55 muss die Staatengemeinschaft – mit einem
 Mandat der Vereinten Nationen – eingreifen,
 zum Beispiel bei Völkermord, Kriegsverbre-
 chen, ethnischer Säuberung und Verbrechen
 gegen die Menschlichkeit.

60 Die Rolle internationaler Organisationen wie
 die der Vereinten Nationen müssen wir aus
 Sicht der Nürnberger SPD stärken und ihre
 Krisenlösungsfähigkeiten ausbauen – auch
 finanziell. Wir müssen sie zu einem Friedens-
 65 haus machen, das die Menschenrechte welt-
 weit schützt.

Menschenrechte stärken

70 Die Anerkennung und Durchsetzung der
 Menschenrechte hilft dabei, Konflikte zu
 vermeiden. Menschenrechtspolitik ist daher
 Konfliktprävention und muss noch stärker
 mit der Förderung der Demokratisierung und
 75 Rechtsstaatlichkeit zum Markenzeichen der
 deutschen Politik in der Welt werden. Es wird
 gefordert:

- Mehr Schutz und Unterstützung für
 80 Menschenrechtsverteidiger, die Unter-
 stützung zivilgesellschaftlicher Akteure –
 z.B. Gewerkschaften, LGBTI-
 Organisationen, Vereine zur Unterstüt-
 zung von Frauenrechten.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 85 • Der Zivile Friedensdienst, der sich im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in zahlreichen Ländern für Krisenprävention, gesellschaftliche Aufarbeitung, Gewaltminderung, Trauma-
- 90 Arbeit und langfristige Friedenssicherung einsetzt und dabei lokale Friedensinitiativen fördert, muss zusammen mit der Konfliktprävention ausgebaut werden. Die SPD hatte den Zivilen Friedensdienst
- 95 einst zusammen mit den Grünen ins Leben gerufen und die SPD hat ihn seitdem weiter ausgebaut. Dies muss mit jährlichen Erhöhungen konsequent fortgesetzt werden, denn die Vermeidung eines Konflikts muss immer Priorität haben.
- 100 • Die Rolle von Frauen als Akteurinnen bei Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und Wiederaufbau muss im Sinne der UN-Sicherheitsratsresolution 1325
- 105 entwicklungs- und sicherheitspolitisch deutlich gestärkt werden.
- Die deutsche und europäische Entwicklungspolitik müssen die Demokratisierung und die Achtung der Menschenrechte in Entwicklungs- und Schwellenländern stärker fördern und dies in ihren Verträgen berücksichtigen – nicht nur im
- 110 Anhang, sondern in den Vertragstexten.

115 Wiederaufbau und Perspektiven gegen den Terror

Perspektivlosigkeit ist eine Fluchtursache und zugleich ein Treibstoff für Radikalisierung. Radikalisierung ist die Grundlage für gewalttätige Konflikte – bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und Terrorismus. Perspektivlosigkeit als eine Wurzel für Konflikte muss beachtet werden, um Konfliktprävention zu stärken. Die Vermeidung von Konflikten rettet nicht nur Menschenleben, sondern trägt auch dazu bei, dass weniger Menschen fliehen müssen. Terrororganisationen wie der IS profitieren von einem

120

125

130 Zustrom an Menschen, die nichts zu verlieren haben und oft keine Perspektiven für sich sehen. Das Entstehen des IS ist nicht zuletzt

damit verbunden, dass die internationale Gemeinschaft nach dem Ende kriegerischer Auseinandersetzungen viel zu wenig in den Wiederaufbau des Irak investiert hat. Dazu gehört nicht nur der Wiederaufbau in Hinsicht auf zerstörte Infrastruktur, sondern auch der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und eines demokratischen Systems, in dem Menschenrechte und Minderheitenrechte – insbesondere die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen – geachtet werden. Wenn eine Bevölkerungsgruppe in einem Land das Signal erhält, sich nicht mit demokratischen Mitteln am System beteiligen zu können, wird Radikalisierung begünstigt. Es wird gefordert:

- Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungspolitik dürfen niemals alleinstehend handeln, sondern müssen stets eine Einheit bilden. Der militärische Kampf gegen den IS kann nicht alleinstehend erfolgreich sein. Syrien braucht dann einen systematischen Wiederaufbau, so wie Deutschland ihn einst mit dem Marshallplan erfuhr. Nur dann kann langfristig dem Terror die Grundlage entzogen werden. Wir fordern, dass der Wiederaufbau von zerstörten Gemeinden mit einem Fokus auf Infrastruktur und demokratische Strukturen stärker in den Fokus deutscher Politik gerückt wird.

165 Flüchtlinge vor Ort unterstützen

Die meisten der weltweit rund 60 Millionen Flüchtlinge sind Binnenflüchtlinge oder halten sich in den ihrer Heimat angrenzenden Ländern auf. Neun von zehn Flüchtlingen befinden sich in Entwicklungsländern. Fast ein Viertel aller Flüchtlinge finden Zuflucht in den Least Developed Countries, also in den Ländern, wo die Menschen im Schnitt weniger als 1,25 Dollar pro Tag zur Verfügung haben.

Die meisten Flüchtlinge, die vor kriegerischen Konflikten fliehen, wollen in einem Flüchtlingslager oder Nachbarland den Konflikt abwarten, bis sie in ihre Heimat zurückkehren können. Wenn es jedoch keine Anzeichen

185 für nahenden Frieden und eine Zukunft in
der Heimat gibt, ziehen viele Flüchtlinge wei-
ter, wenn sie in einem Flüchtlingslager oder
einem Aufnahmeland keine Perspektiven
finden. Es wird gefordert:

- 190 • Wir müssen die Hilfsorganisationen die
sich in den Aufnahmeländern um Flücht-
linge kümmern stärker dabei unterstüt-
zen, Flüchtlingslager und Flüchtlingsstäd-
te auszubauen und Flüchtlingen Perspek-
tiven zu schaffen. Hierbei geht es auch
darum, den vielen Flüchtlingskindern ein
gesundes, sicheres und friedvolles Auf-
wachsen zu ermöglichen.
- 195 • Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur
Unterstützung von Flüchtlingsstädten,
wenn diese den Flüchtlingen eine kurz-
und mittelfristige Perspektive geben sol-
200 len. Dabei geht es nicht nur um Versor-
gung, sondern auch um Bildung, Beschäf-
tigung und Infrastruktur. Insofern sind
auch „Paketlösungen“ für Flüchtlingsla-
ger und Flüchtlingsstädte in internatio-
205 naler Abstimmung dringend notwendig.

Entwicklungspolitik ist nichts ohne entwick-
lungspolitische Kohärenz

210 Die SPD hat durchgesetzt, dass der Etat für
das Entwicklungsministerium in 2016 den
höchsten Stand in seiner Geschichte erreicht
hat. Das reicht aber nicht aus - Deutschland
hat sich – wie viele andere Länder – dazu
215 verpflichtet, 0,7-Prozent seines Bruttonatio-
naleinkommens in die Entwicklungszusam-
menarbeit zu investieren, sind aber von die-
sem Ziel mit ca. 0,42-Prozent noch weit ent-
fernt.

- 220 • Wir müssen mehr in Entwicklungszu-
sammenarbeit investieren, weil wir da-
mit in Prävention und den Ab-bau von
Fluchtursachen investieren, zum Beispiel
in-dem wir Bildung, wirtschaftliche Per-
225 spektiven und Hilfe zur Selbsthilfe unter-
stützen. Wir brauchen einen verbindli-
chen Aufwuchsplan, um das 0,7-Prozent-
Ziel zu erreichen.

230 Entwicklungszusammenarbeit benötigt nicht

- 235 nur mehr und verlässliche finanzielle Res-
240 sourcen, sondern auch Kohärenz. Es nützt
245 nicht viel, wenn die Entwicklungspolitik im
250 Senegal den Aufbau der Fischverarbeitung
255 unterstützt, internationale Flotten aber
gleichzeitig in den Fischgründen Afrikas das
260 Meer leerfischen. Die besten Fischereiab-
kommen helfen jedoch nicht, wenn ein Staat
keine Küstenüberwachung vornehmen kann,
265 weil dazu die finanziellen und technischen
Mittel sowie das Know-how fehlen und da-
durch illegale Fischerei im großen Stil statt-
270 findet. Das Beispiel zeigt, dass auch eine faire
europäische Handelspolitik nur dann erfolg-
275 reich sein kann, wenn sie durch Entwick-
lungspolitik begleitet wird. Dabei geht es
nicht nur um faire Fischereiabkommen, son-
dern faire Handelsbeziehungen insgesamt,
die wir auf europäischer Ebene durchsetzen
müssen. Denn: Entwicklungspolitische Ziele
können nur erreicht werden, wenn sie in an-
deren Politikfeldern mitgedacht und ange-
messenen berücksichtigt werden. Nur men-
schenwürdige und zukunftsfähige Arbeits-
bedingungen, bessere ökonomische Rah-
menbedingungen und die Stärkung der loka-
len Wirtschaft und Wertschöpfung vor Ort
schaffen wirkliche Perspektiven. Es wird ge-
fordert:
- 260 • Wir brauchen eine ausgeglichene Han-
delspolitik auf europäischer Ebene, die
auf Fairness setzt, die entwicklungspoliti-
sche Kohärenz beachtet und von entwick-
265 lungspolitischen Maßnahmen begleitet
wird.
 - Deutschland und die EU müssen sich für
den Abbau von Steuervermeidungsstra-
270 tegien zu Lasten von Entwicklungslän-
dern einsetzen sowie die Transparenz in
Produktions- und Lieferketten sichern.
Die menschenrechtliche und ökologische
Verantwortung von Unternehmen muss
verpflichtend festgelegt werden. Für den
275 Handel mit bestimmten Rohstoffen (z.B.
Konfliktmineralien) brauchen wir ver-
pflichtende Zertifizierungsmechanismen
entlang der gesamten Produktions- und
Lieferkette. Dies ist auch ein Beitrag, um
Terrorfinanzierung auszutrocknen.

280 Wir müssen das Klima und die Umwelt
schützen – weltweit

285 Wenn immer häufiger auftretendes Extrem-
wetter Ernten vernichtet, wenn Wüsten sich
ausbreiten und Naturkatastrophen die Un-
terkunft und Existenz von Familien vernich-
ten, dann verursacht dies zunächst einmal
Leid und Elend. Mittel- und langfristig be-
günstigen Flutkatastrophen, Dürre und Tai-
fune letztlich die Abwanderung. Die Folge ist
290 zu-nehmend eine Abwanderung in andere
Regionen, oft in Städte, aber auch in Nach-
barländer oder andere Kontinente. Die In-
dustrieländer sind als Hauptverursacher des
295 Klimawandels in der Pflicht, das Klima und
die Umwelt stärker zu schützen. In den
nächsten 35 Jahren wird der Klimawandel,
Schätzungen zu Folge, bis zu 200 Millionen
Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwin-
300 gen. Wir müssen darauf mit einer Vielzahl
von Maßnahmen reagieren.

- Wir müssen Vorbild sein und die unter
einer SPD-geführten Bundesregierung
305 gestartete Energiewende zum Erfolg füh-
ren – auch als Vorbild für andere Natio-
nen. Wir müssen das auf der Weltklima-
konferenz verhandelte Klimaschutzab-
kommen erfüllen und das deutsche Re-
duktionsziel von 40 Prozent bis zum Jahr
310 2020 erreichen. Neue Klimaschutzpläne
sind auf nationaler Ebene aufzubauen
und periodisch weiterzuentwickeln.
- Viele Entwicklungsländer haben optimale
315 Voraussetzungen für erneuerbare Energie
aber keine ausreichenden finanziellen
Ressourcen und nicht das entsprechende
Know-how. Wir müssen uns dafür einset-
zen, dass es diesen Ländern gelingt, die
320 Phase der fossilen Energie zu übersprin-
gen und den Sprung in das Zeitalter der
erneuerbaren Energie ohne einen Zwi-
schenschritt zu schaffen.
- Die deutsche und europäische Entwick-
325 lungspolitik muss die erneuerbare Ener-
gie in Entwicklungsländern stärker för-
dern. Deutschland muss zudem die trei-
bende Kraft sein, um das Ziel, ab 2020

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 330 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Mitteln für den Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren, zu erreichen. Wir fordern ebenso den weiteren Einsatz für eine Finanztransaktionssteuer und dass Teile ihrer Erlöse für Entwicklungszusammenarbeit und Klimafinanzierung eingesetzt werden.
- 335

C 7

Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | |
|--|--|
| <p>Waffenexporte in alle Krisenregionen verhindern
Wir fordern alle, die in politischer Verantwortung stehenden SPD Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitglieder der SPD auf, keinen Waffenexporten in die Kriegsregion mehr zu zustimmen. Nicht zuletzt sind sie die Ursache der Flüchtlingsbewegungen im letzten Jahr.</p> | <p>Waffenexporte in alle Krisenregionen verhindern
Erledigt durch den außenpolitischen Grundsatzbeschluss "Die Zukunft gestalten - Sozialdemokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte" vom Bundesparteitag im Dezember 2015.</p> |
|--|--|

C 8

Landesverband Sachsen

- | | |
|---|--|
| <p>Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommens
Die sechs toten und 43 entführten Student*innen in Ayotzinapa, die im September 2014 der Welt die Menschenrechtssituation in Mexiko vor Augen führten, sind kein Einzelfall, sondern ein trauriges Beispiel für die Verquickungen von staatlicher Korruption und organisierter Kriminalität (Die 43 Student*innen wurden auf dem Weg zu Protesten gegen die Regierung zunächst von mexikanischen Polizeieinheiten angehalten und beschossen, wobei 6 Menschen starben. Die Verbliebenen wurden anschließend festgenommen und an ein örtliches Kartell übergeben, welches sie dann verschwinden ließ. Heute ist davon auszugehen, dass sie umgebracht und ihre Leichname verbrannt wurden. Als Übersicht über die Geschehnisse in</p> | <p>Menschenrechte statt Aufrüsten! – Stopp des deutschen-mexikanischen Sicherheitsabkommens
Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> |
|---|--|

Ayotzinapa und danach siehe das Dossier von
Amerika21:
20 [https://amerika21.de/dossier/massaker-
von-ayotzinapa.](https://amerika21.de/dossier/massaker-von-ayotzinapa.))

Denn: die Missachtung und Verletzung von
Menschenrechten in Mexiko sind kein "Kolla-
25 teralschaden" im sogenannten Krieg gegen
die Drogenkartelle, noch unvermeidbare Ein-
zelfälle. Vielmehr sind sie tief im politischen
System des Landes verankert, in dem der
30 Staat, der Sicherheitsapparat und die organi-
sierte Kriminalität aufs engste miteinander
verbunden sind. Korruption und Gewaltver-
brechen sind hierbei keine "Schwächen" oder
"Ausfallerscheinungen" der Gesellschaft,
sondern zentraler Bestandteil des politischen
35 Betriebs.

Zahlreiche Verbrechen, wie Einschüchterung,
Entführung, Folter bis hin zu Mord werden
dabei nicht nur von "kriminellen Banden"
40 begangen. Auch staatliche Sicherheitskräfte
wie lokale oder bundespolizeiliche Einheiten
sowie das Militär sind aktiv in sie involviert,
wie das Beispiel in Ayotzinapa zeigt. Doch
anstatt die Korruption und kriminellen Ma-
45 chenschaften zu bekämpfen, setzt die mexi-
kanische Regierung auf Aufrüstung (So stie-
gen allein 2014 die mexikanischen Militär-
ausgaben um 8% auf 8.068,68 Mio US-Dollar.
Siehe Bonn International Center for
50 Conversation, "Bonn International Center for
Conversion (BICC)" Informationsdienst Si-
cherheit, Rüstung und Entwicklung in Emp-
fängerländern deutscher Rüstungsexporte
Länderportrait Mexiko" und
55 [http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nati-
onale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-
und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-
percent-des-BIP](http://knoema.de/atlas/Mexiko/topics/Nationale-Verteidigung/Milit%C3%A4rausgaben-und-Handel/Milit%C3%A4rausgaben-percent-des-BIP)). Hierbei spielen nicht nur
Länder wie die USA eine Rolle, sondern auch
60 Deutschland ist ein wichtiger Partner bei der
Aufrüstung und Ausbildung der Sicherheits-
kräfte. Diese Kooperationen sollen zukünftig
noch weiter ausgebaut werden. Seit 2011
wird zwischen den Regierungen beider Län-
65 der über ein Sicherheitsabkommen verhandelt,
welches die polizeiliche Zusammenar-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>70</p> <p>75</p> <p>80</p>	<p>beit, die strategische und taktische Schulung von Einsatzkräften, die technische Unterstützung und den gegenseitigen Informationsaustausch vertraglich festhalten soll. Im Hinblick auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, welche immer wieder von mexikanischen Sicherheitskräften begangen werden, bleibt zu befürchten, dass durch ein solches Abkommen deutsches Sicherheits-Know-how bei der Begehung dieser Verbrechen genutzt wird. Zugleich besteht die Gefahr, dass durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Militär- und Sicherheitsgüter deutsche Waffen und Ausrüstungsgegenstände bei den Gewaltverbrechen zum Einsatz kommen.</p>
<p>85</p> <p>90</p> <p>95</p> <p>100</p> <p>105</p>	<p>Damit zukünftig die stattfindenden Menschenrechtsverletzungen nicht indirekt durch Deutschland unterstützt werden, lehnen wir eine weitere Militarisierung und Aufrüstung der mexikanischen Sicherheitskräfte mit deutscher Hilfe ab und fordern stattdessen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Aussetzung der Verhandlungen über das Sicherheitsabkommen, • die Verpflichtung Deutschlands, sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass die von Mexiko unterzeichneten internationalen Verträge und Vereinbarungen zur Garantierung der Menschenrechte eingehalten und umgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem: die UN Menschenrechtscharta, die Internationale Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen und die UN-Konvention gegen Korruption. • den Einsatz in bilateralen oder von der EU getragenen Verhandlungen und Projekten zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Korruptionsbekämpfung und der Zivilgesellschaft in Mexiko.

C 9

Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Alte Atombewaffnung abziehen, keine atomare Neubewaffnung	Alte Atombewaffnung abziehen, keine atomare Neubewaffnung
5	Nach einer Pressemitteilung beabsichtigen die USA veraltete Atombomben (die es eigentlich gar nicht mehr gab) aus Deutschland abzu- ziehen und durch moderne Atombomben zu ersetzen.	Erledigt durch den außenpolitischen Grund- satzbeschluss "Die Zukunft gestalten - Sozial- demokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte" vom Bundesparteitag im Dezember 2015.
10	Der Bundesvorstand und die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, alles zu unternehmen, dass die US-Regierung kurzfristig veraltete atomare Bewaffnung aus Deutschland abzieht und nicht durch neue ersetzt.	

C 10

Ortsverein Buseck (Bezirk Hessen-Süd)

	Atomwaffen raus aus Deutschland	Atomwaffen raus aus Deutschland
5	Vor sechs Jahren hatten die Bundestagsab- geordneten fraktionsübergreifend den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und den engagierten Einsatz für eine atomwaffen- freie Welt gefordert. Die Mehrheit der inter- nationalen Staatengemeinschaft fordert die Ächtung von Atomwaffen und einen Ver- botsvertrag. 127 Staaten unterstützen das Verbot von Atomwaffen bereits. Nicht dabei	Erledigt durch den außenpolitischen Grund- satzbeschluss "Die Zukunft gestalten - Sozial- demokratische Friedenspolitik in einer Zeit neuer Konflikte" vom Bundesparteitag im Dezember 2015.
10	ist die Bundesregierung. Statt dem Willen der Abgeordneten und dem Beschluß aus dem Jahr 2010 zu entsprechen, hat sie bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende 2015 sogar gegen ein solches Verbot gestimmt. Die Bundesregierung un- terstützt leider auch die von den USA geplan- te „sogenannte Modernisierung“ der Atom- waffen in Büchel (Eifel) und damit einen qua- litativen Aufrüstungsschritt. Der Atomwaf- fenstandort in der Eifel wird ausgebaut. Der Parteikonvent fordert die SPD-Bundestags- abgeordneten und SPD-Regierungsmitglieder auf, sich gemäß des Bundestagsbeschlusses von 2010 für die Abschaffung der Atomwaf- fen einzusetzen.	
15		
20		
25		

C 11*Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für folgende Forderungen zur globalen Ernährungssicherung einzusetzen:

5 1. Deutschland konzentriert sich in seinen Beiträgen zur globalen Ernährungssicherung insbesondere in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, der Agrarwirtschaft und des Agrarhandels auf die Stärkung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Entwicklungswelt. Dieses Ziel muss Vorrang haben vor der Zusammenarbeit mit global agierenden Agrarkonzernen in der „Neuen

10 Allianz für Ernährungssicherung“, die in erster Linie darauf ausgerichtet ist, diesen neue Geschäftsfelder und Absatzmärkte zu erschließen.

15 Stattdessen müssen die Fähigkeiten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die lokale und regionale Lebensmittelversorgung sicher zu stellen, an den Klimawandel angepasstes Saatgut und entsprechende Methoden der Bodenbearbeitung zu entwickeln, Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu schaffen und auf diese Weise die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Ballungsräume zu begrenzen, konsequent genutzt und gestärkt werden.

20 2. Die für die globale Ernährungssicherung vorgesehenen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit sind schwerpunktmäßig für die Umsetzung der in dem Weltagrarbericht des UN-Berichterstatters Olivier de Schutter empfohlenen agrarökologischen Strategien zum Aufbau einer ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft einzusetzen.

35 Dazu gehören insbesondere

- Anerkennung des Rechts auf Nahrung für alle Menschen und seines Vorrangs vor dem Recht auf Verwertung von Kapitaleigentum
- Demokratische, partizipative und der Rolle von Frauen in der Ernährungssicherung gerecht werdende Produktionssysteme, Kon-

40

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für folgende Forderungen zur globalen Ernährungssicherung einzusetzen:

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 45 zentration der Agrarforschung auf die nachhaltige Weiterentwicklung einer von externen Einflüssen und Beiträgen – Kreditaufnahme bei Banken, Einsatz von industriell entwickeltem und nicht reproduzierbarem Saatgut, Mineraldünger – möglichst unabhängigen Wirtschaftsweise, Aufbau von Informations- und Beratungssystemen, in denen die Bäuerinnen und Bauern ihr eigenes Wissen einbringen können und best practices in eigener Verantwortung anwenden und weiter geben können
- 50 - Konzentration der Programme zur ländlichen Entwicklung auf „öffentliche Güter“ wie die Verbreitung von Fachwissen durch öffentliche Beratungsstellen mit Beteiligung von Basisorganisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, mit öffentlichen Mitteln unterstützte Ernteausfallversicherungen,
- 55 - Lagerstätten für geerntete Produkte, Vermarktungs- und Kreditgenossenschaften
- 60
- 65 3. Dauerhafte Vorhaltung von ausreichenden Lagerkapazitäten für Nahrungsmittel für akute Nothilfe und die Prävention von Dürre- und Überschwemmungs- und anderweitige Hungerkatastrophen durch die mit der globalen Ernährungssicherung betrauten UN-Organisationen (FAO, WFP) und ausreichende Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen durch die internationale Gemeinschaft.
- 70 Deutschland sollte sich gemäß seinen Möglichkeiten an der Organisation und Finanzierung dieser Vorsorgemaßnahmen beteiligen und ggf. Geberkonferenzen der wichtigsten Geberstaaten der öffentlichen Entwicklungshilfe initiieren.
- 75 Die für solche Notfälle angelegten Depots von lagerfähigen Nahrungsmitteln sind primär aus der jeweiligen Region oder anderen Entwicklungsländern aufzufüllen. Zur Sicherung der Preisstabilität von Nahrungsmitteln sollten den voraussichtlichen Notbedarf übersteigende Überschüsse in den angesammelten Lebensmittelvorräten an lokale und regionale Märkte abgegeben werden.
- 80
- 85
- 90 4. Beseitigung von Anreizen, Landflächen, die

95 Grundversorgung der jeweiligen einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln benötigt werden, für die Produktion von Agrarkraftstoffen zu verwenden, insbesondere die Abschaffung der steuerlichen Förderung von Agrarkraftstoffen in Deutschland und in der EU. Die Nutzung von Mais, Raps, Rüben, Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten als Nahrungsmittel und auch als

100 Hilfsgüter für die Katastrophenhilfe darf nicht weiter zugunsten der Produktion von Agrarkraftstellen einschränkt werden.

105 5. Wirksame Unterbindung reiner Finanzspekulationen mit Nahrungsmitteln durch geeignete Regulierungen der Produkt- und Finanzmärkte.

110 6. Finanzielle Ausstattung des UNHCR, des Welternährungsprogramms WFP und anderer Organisationen der internationalen Flüchtlingshilfe, insbesondere in den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika südlich der Sahara (Nachbarstaaten

115 Syriens, Jemen, Südsudan) durch die Internationale Gemeinschaft auf einem Niveau, das den Tagesbedarf von Geflüchteten zu 100 Prozent abdeckt und die Anschaffung des Lebensmittelbedarfs für die in den Flüchtlingslagern zu versorgenden Menschen im

120 Voraus zu günstigeren Bedingungen möglichst aus regionalen Quellen ermöglicht.

C 12

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Fairhandel statt Freihandel

Ja zur Globalisierung, nein zum Neoliberalismus

5 Wir sind nicht gegen Globalisierung und den Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften! Wir sind gegen die neoliberale Ausrichtung des Handelsregimes mit einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin, die angeblich zu mehr Wohlstand für alle führen soll, aber in Wahrheit zu einer Polarisierung zwischen Arm und Reich weltweit

10 führt. Wir sind überzeugt, dass eine andere

Fairhandel statt Freihandel

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- Welt- und Handelsordnung möglich ist. Eine Ordnung, die mehr Gerechtigkeit und mehr Wohlstand für alle ermöglicht.
- 15
- Fairhandel ist nicht (nur) Fairtrade
Das Konzept und Label Fairtrade ist nicht gleichzusetzen mit dem umfassenderen Fairhandel, den wir anstreben. Es geht nämlich nicht nur um die bloße Etikettierung von Waren und die Weitergabe von Verantwortung an den Endverbraucher. Uns geht es um ein viel weitreichendere Reform der institutionellen Rahmenbedingungen im Welthandel. Es geht um strukturelle Gerechtigkeit.
- 20
- 25
- Solidarische Handelspolitik
Wir brauchen eine solidarische Außenhandelspolitik bei der EU, die Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, Handel gleichberechtigt auf Augenhöhe führen zu können. Dabei muss Handel auch als Teil der Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden. Menschenrechte sind vor Unternehmensinteressen zu positionieren. Diese soziokulturelle Komponente von Handel muss verstärkt werden. Die ausgehandelten EPAs müssen erneut auf den Prüfstand und bei zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen die von den Vereinten Nationen beschlossenen „Sustainable Development Goals“ und die „Guiding Principles on Business and Human Rights“ berücksichtigt werden.
- 30
- 35
- 40
- 45
- Abbau von Ungleichgewichten
Faire Handelspolitik muss ihre gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der (Re-) Produktion von Ungleichheit weltweit entgegenwirken. Wir fordern ein umfassendes Handelskonzept, das sowohl entwicklungspolitische als auch ökologische Ziele festschreibt und verbindliche Normen festlegt.
- 50
- 55
- Sozialverträglichkeit
Die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization) müssen Mindestgrundlage für jegliche internationale Zusammenarbeit sein. Handelspolitik sollte dazu ge-
- 60

65 nutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte
und Arbeitnehmerschutz auch in der kapita-
listischen Peripherie zu implementieren.
Dort, wo Staaten zurzeit noch zu schwach
sind oder einfach wegschauen, darf verant-
wortungsvolle Handelspolitik von Staaten
des Westens nicht auch wegschauen. Denn
multinationale Unternehmen – das zeigt
eine lange Liste an Vorfällen – nutzen solche
70 Missstände, den vielen Selbstverpflichtungen
zum Trotz, für ihren Vorteil.

-Demokratisierung des Welthandels
Die WTO ist derzeit der Ort, an dem Staaten
75 miteinander über Handelsbeziehungen ver-
handeln. Doch die WTO basiert zugleich auf
einer neoliberalen Liberalisierungs- und Frei-
handelsagenda. Zudem sind die Verhandlung-
en nicht transparent und offen. Teilweise ist
80 der Übergang zwischen Lobbyisten und Staa-
tenvertretern fließend. Für eine gerechtere
Globalisierung, braucht es auch hier mehr
Transparenz und Demokratie. Es braucht eine
Welthandelsagentur, die unabhängig von
85 einer Ideologie Forum für Verhandlungen ist.
Solch eine Handelsagentur sollte bei den
Vereinten Nationen angesiedelt sein, um
möglichst demokratischen Ansprüchen zu
genügen. Wichtig ist hierbei, dass Fairhandel
90 im Gegensatz zum jetzigen Freihandel nicht
mehr unter dem Primat der Wirtschaft, son-
dern wieder stärker unter politischen Prämis-
sen verstanden wird. Wie eingangs erläutert,
ist das Welthandelssystem Ausfluss politi-
95 scher Entscheidungen und Strukturen und
trägt heute dazu bei, dass Abhängigkeiten
und sog. „Akkumulationsregime“ reprodu-
ziert werden. Es ist aber auch wahr: Welt-
handel führt zu einem „global village“, also
100 zum Zusammenwachsen der Regionen der
Erde zu einer Weltgemeinschaft. Doch die
derzeitige Ideologie des „reinen Marktes“
weltweit führt weniger zu einer so-
lidarischen Weltgemeinschaft, sondern eher
105 zum „survival of the fittest“, also zum Ge-
genteil einer Gemeinschaft.

Neue Handelspolitik für die EU

Mit dem wirtschaftlichen Primat der Han-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

110 delspolitik müssen wir brechen. Neben der
 Neuorganisation der internationalen Institu-
 tionen, sollte die EU als gutes Beispiel voran-
 gehen. Fairer Handel mit seinen starken au-
 ßen- und entwicklungspolitischen Kompo-
 115 nenten muss Auswirkungen auf die Struktur
 und Inhalte bestehender Handelsabkommen
 der Europäischen Union haben. So müssen
 bestehende Handelsabkommen (wie etwa
 die EPAs) überdacht werden und in eine neue
 120 internationale handelspolitische Struktur
 überführt werden. Darüber hinaus muss sich
 die EU auf internationaler Ebene für eine
 wertgebundene Handelspolitik einsetzen
 und für die oben genannten Reformen der
 125 Institutionen. Menschenrechte, Arbeitneh-
 merInnenrechte und umweltpolitische Punk-
 te sollten dabei im Zentrum dieser wertgelei-
 teten Handelspolitik stehen. Dafür muss die
 EU ihre Grundsatzdokumente zur Wirt-
 130 schafts- und Handelspolitik überarbeiten. Die
 Europe 2020- und die Global Europe-
 Strategie konterkarieren das Ziel einer wer-
 tegeleiteten Handelspolitik und müssen da-
 her überarbeitet werden.

C 13

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPA überdenken!

Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!

Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkommen und Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftsländern zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir, Kritik an den Freihandelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern dieselben Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen Staaten anzulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer Länder basiert. Konkret fordern wir, ähnlich

Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPA überdenken!

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 20 wie bei TTIP, auch für die zukünftigen EPA-Verträge (Economic Partnership Agreement) "Rote Linien". Diese sollen eine faire, nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Handelsabkommen zum Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten Entwicklungsländer gehen.
- 25 Im Wesentlichen sollen diese "Roten Linien" folgende Punkte berücksichtigen:
- 30 -Das Prinzip der Nicht-Reziprozität, sodass tarifäre Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das Allgemeine Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit positiven Anreizen.
- 35 -Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Land zu ermöglichen.
- 40 -Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie im Bereich der Dienstleistungen.
- Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen: keine Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.

C 14

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

- Die Sommerzeit ist überflüssig**
- 5 Der gegenwärtige bestehende halbjährliche Wechsel zwischen Normalzeit und Sommerzeit soll durch eine Änderung der entsprechenden EU Richtlinie 2000/84/EG abgeschafft werden. Der SPD-Parteikonvent fordert die SPD-Bundespartei auf, geeignete Initiativen zur Abschaffung der Sommerzeitumstellung auf der Ebene der Institutionen der Europäischen Union zu ergreifen. Die
- 10 Frage ob die Sommerzeit einen Nutzen hat, kann man nach dem kürzlich vorgelegten umfangreichen Endbericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) mit einem Nein beantworten. Das TAB hat eine umfangreiche Studie zur Bilanz der Sommerzeit im März 2016 vorgelegt. Nach dessen Erkenntnissen sind die Auswirkungen in relevantem Maß nicht
- 15

Die Sommerzeit ist überflüssig

Erledigt durch Beschluss Bundesparteitag 2015, der eine Abschaffung der Sommerzeit abgelehnt hat

20 messbar. Die EU-Kommission selbst hatte sich zuletzt 2007 die mit diesem Thema beschäftigt und herausgefunden, dass positive Auswirkungen der Sommerzeit kaum ins Gewicht fallen würden. Die Energieeinsparmöglichkeiten, weswegen der Zeitenwechsel

25 1980 eingeführt worden war, sind auch nach vielfachen Untersuchungen nicht nachweisbar. Aus dem Bereich der Wirtschaft gibt es praktisch keine belastbaren Informationen oder gar quantitative Daten die eine Umstellung weiterhin rechtfertigte würde. Gesundheitliche negative Auswirkungen sind nach

30 gängigen Erkenntnissen zwar gering, aber möglicherweise vorhanden. Zudem kostete die Zeitumstellung jedes Jahr viel Geld, ohne dass dem ein Nutzen gegenüber steht.

35

C 15

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

CETA

CETA:

- In der vorliegenden Fassung ablehnen
- Keine vorläufige Anwendung vor Zustimmung durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente

5

Die SPD steht für eine neue, faire Handelspolitik. Diese muss dem aktuellen finanzmarktgetriebenen Globalisierungsmodell, das für eine permanente Verschärfung des Wettbewerbsdrucks auf dem Rücken von Mensch und Umwelt, für wachsende Ungleichgewichte und Ungerechtigkeit sorgt, eine klare Absage erteilen.

10

15

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) ist aufgrund der öffentlichen Kritik im Zuge der „Rechtsförmlichkeitsprüfung“ abgeändert worden, ohne dass neue Verhandlungen aufgenommen wurden. Entgegen ursprünglichen Behauptungen war es möglich, substantielle Veränderungen im Vertrag vorzunehmen, die die Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit betreffen. Diese Veränderungen gehen in die richtige Richtung und sind zu begrüßen. Trotzdem erfüllt das

20

25

CETA

Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016

30 Abkommen in der jetzt vorliegenden Form die Anforderungen nicht, die der Parteikonvent am 20. September 2014, das Europäische Parlament am 8. Juli 2015 zu TTIP und der Bundesparteitag im Dezember 2015 vorgegeben haben.

35 Insbesondere sehen wir mit Sorge und lehnen es ab, dass

40 •CETA keine effektiven, einklagbaren Regeln enthält, um die Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten zu schützen und auszubauen und stattdessen das Kapitel zu Handel und Arbeit – ebenso wie das Kapitel zu Handel und Umwelt – nur unverbindliche Regelungen enthält, die nicht dem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus unterliegen;

45 •CETA beim Investorenschutz sogar hinter dem Vorschlag für ein Investment Court System (ICS) des Bundeswirtschaftsministeriums zurückbleibt, so dass Fragen zum Verhältnis zum nationalen Rechtsschutz, zur „gerechten und billigen Behandlung“, zur 50 direkten und indirekten Enteignung, zum „Recht zu regulieren“ und der Meistbegünstigungsklausel offen bleiben, obwohl zwischen EU und Kanada als entwickelte Rechtsstaaten keine Sonderrechte für ausländische 55 Investoren erforderlich sind;

60 •CETA bei der Öffnung von Dienstleistungen einen Negativlisten-Ansatz verfolgt und eine „Ratchet-Klausel“ beinhaltet. Somit sind öffentliche Dienstleistungen und das Allgemeinwohl nur unzureichend vor Wirtschaftsinteressen geschützt. Dieser Ansatz muss zurückgewiesen und ersetzt werden durch eine Positivliste, die klar die Bereiche und Sektoren definiert, die für eine Öffnung in 65 Frage kommen;

70 •CETA keinerlei Regeln enthält, die eine grenzüberschreitende öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung von Tarifverträgen oder Leistungsbilanzen bindet, wie eine Anforderung, regional Arbeitsplätze zu schaffen;

75 •CETA die Gründung eines Regulierungsrates vorsieht (Regulatory Cooperation Forum, RCF), der Unternehmen und Lobbygruppen einen bevorzugten Zugang gewähren kann

und somit das Potenzial hat, die demokratischen Rechte der Parlamente einzuschränken.

80 Diese gravierenden Mängel wiegen umso schwerer, als CETA als Modell für TTIP und weitere Handels- und Investitionsabkommen gilt und somit Maßstäbe setzen soll, die künftig kaum noch relativierbar und korrigierbar sind.

85 Die SPD lehnt CETA in der aktuell vorliegenden Fassung ab. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang insbesondere die gemeinsame Erklärung des Canadian Labour Congress (CLC) und des DGB vom 23.10.2015 sowie die gemeinsame Erklärung des CLC und des EGB.
90 Sie fordert die Bundesregierung auf, CETA im Europäischen Rat nicht zu ratifizieren.

95 Der Bundesparteitag fordert außerdem die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag auf, CETA mindestens so lange abzulehnen, bis in den genannten Punkten und den Anforderungen
100 des Europäischen Parlamentes (Resolution vom 8. Juli 2015) entsprechend wesentliche Korrekturen vorgenommen wurden.

105 Der Beschluss des Bundesparteitages vom Dezember 2015 sieht sinngemäß vor, dass der Parteikonvent oder ein Bundesparteitag vor einer Entscheidung im Europäischen Rat und im EP beteiligt werden muss. Der Parteitag hat darüber hinaus festgehalten, dass
110 genügend Raum für eine Diskussion gegeben sein muss: „Es muss der Grundsatz gelten: Sorgfalt vor Schnelligkeit.“ Ausgehend von dieser Sorgfaltspflicht ist zu klären, ob und inwieweit es sich bei CETA um ein gemischtes
115 Abkommen handelt und sich die Bundesregierung mit ihrer Auffassung durchsetzen kann.

120 Auch darf es nicht zu einer vorläufigen Inkraftsetzung kommen, da davon auszugehen ist, dass in weiten Teilen des Abkommens nationale und europäische Belange und Zuständigkeiten nicht trennbar sind. Auf keinen Fall dürfen – etwa mit Blick auf den Investo-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 125 renschutz und den Streitbeilegungsmechanismus – durch ein vorläufiges Inkrafttreten langfristige, völkerrechtliche Verpflichtungen eingegangen werden.
Auch muss die Bundesregierung definitiv
- 130 klären, welche Rechtsfolge eine Nicht-Ratifizierung oder Ablehnung von CETA durch nationale Parlamente (oder auch nur durch eines) hat.

C 16

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | |
|---|---|
| <p>CETA
Die Regierungsmitglieder der SPD werden keiner vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens CETA zustimmen, bevor nicht ein Parteikonvent oder ein Bundesparteitag erneut mit dieser Frage befasst wurde.</p> <p>5</p> | <p>CETA
Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p> |
|---|---|

C 17

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | |
|---|---|
| <p>Transparenz und ausführliche Beratung für CETA
Die roten Linien, die die SPD auf ihrem Parteikonvent im September 2014 beschlossen und auf dem Bundesparteitag bekräftigt hat, müssen wir sorgfältig mit dem übersetzten Vertragstext abgleichen. Es gilt jetzt, Transparenz und ausführliche Beratungen zu gewährleisten:</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> | <p>Transparenz und ausführliche Beratung für CETA
Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p> |
|---|---|
1. Der Deutsche Bundestag muss sich intensiv mit CETA befassen. Wie bei der ersten Föderalismuskommission muss es eine Anhörung im Plenum des Parlaments und zusätzlich Anhörungen in allen betroffenen Fachausschüssen geben, wenn der übersetzte Vertragstext vorliegt. Die SPD-Fraktion praktiziert diesen Ansatz bereits seit Beginn des Verhandlungsprozesses mit einer fachübergreifenden Arbeitsgruppe – diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen.
 2. CETA darf nicht ohne Beteiligung der nationalen Parlamente in Kraft treten –

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

25 auch nicht in Teilen. Eine getrennte In-
kraftsetzung bestimmter Teile des um-
fangreichen und in seiner Wirkungsdi-
mension beispiellosen Vertrags weist
30 zahlreiche rechtliche Probleme auf. Wir
erleben derzeit eine der tiefsten Sinnkri-
sen der EU. Vor diesem Hintergrund wäre
es fatal, ein so weitreichendes und hoch
umstrittenes Abkommen ohne die not-
wendige Akzeptanz in Kraft zu setzen. So
kann kein Vertrauen in demokratische
Prozesse entstehen.

C 18

Unterbezirk Mönchengladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten
Welthandel!**
Die Handels- und Investitionsabkommen
TTIP und CETA drohen Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und aus-
zuhebeln. Wir treten gemeinsam für eine
5 Handels- und Investitionspolitik ein, die auf
hohen ökologischen und sozialen Standards
beruht und nachhaltige Entwicklung in allen
Ländern fördert. Sie muss insbesondere De-
mokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die
10 Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Län-
dern und Kommunen gewährleisten und
auch für die Zukunft sichern, nationale wie
internationale Standards zum Schutz von
Mensch und Umwelt respektieren und stär-
15 ken sowie die Entwicklung einer gerechten
Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Ver-
antwortung und Rechenschaftspflichten von
Unternehmen weltweit festschreiben.
Wir brauchen soziale und ökologische Leit-
20 planken für die Globalisierung. Doch TTIP
und CETA gehen in die falsche Richtung: Der
„Wert“ des Freihandels wird über die Werte
ökologischer und sozialer Regeln gestellt.
Sonderrechte für Investoren und Investor-
25 Staat-Schiedsverfahren gefährden parlamen-
tarische Handlungsfreiheiten.
TTIP und CETA setzen öffentliche und ge-
meinnützige Dienstleistungen und Daseins-
vorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsan-
30 gebote unter Druck. Sie ziehen die falschen

**TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten
Welthandel!**
Überweisung an SPD-Parteikonvent im Sep-
tember 2016

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 35 Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.
- 40 Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln; Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
- 45 festzuschreiben, statt sie auszuhöhlen; öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen; kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten; bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern; die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern; global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und-
- 50 transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.
- 55

C 19

Ortsverein Impflingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)

- | | |
|---|---|
| <p>Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat
Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, dass „CETA“ in keinem Fall von der deutschen Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Union Zustimmung erfahren darf, damit „CETA“ nicht vorläufig in Kraft gesetzt wird.</p> <p>5</p> | <p>Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat
Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p> |
|---|---|

C 20

Ortsverein Edenkoben (Landesverband Rheinland-Pfalz)

GV Edenkoben (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Kreisverband Südl. Weinstraße (Landesverband Rheinland-Pfalz)

5	<p>Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, dass „CETA“ in keinem Fall von der deutschen Bundesregierung im Ministerrat der Europäischen Union Zustimmung erfahren darf, damit „CETA“ nicht im Voraus in Kraft gesetzt wird, bzw. vorläufig zur Anwendung kommt.</p>	<p>Keine Zustimmung für CETA im Ministerrat Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p>
---	--	---

C 21

Ortsverein Bielefeld-Quelle-Freibad (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

5	<p>CETA und TTIP 1. Für das Handelsabkommen CETA liegt seit dem 29.02.2016 ein nachverhandelter Vertragstext in englischer Sprache vor. Das Abkommen enthält weiterhin einen Investorenschutz durch private Schiedsgerichte, die zwar in dem neuen Text „Investitionsschutztribunale“ heißen, aber weiterhin Gerichte außerhalb der nationalen und europäischen Rechtsordnung sind. Die SPD lehnt deshalb das Handelsabkommen CETA ab.</p>	<p>CETA und TTIP Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p>
10	<p>2. Die SPD hält weiterhin die Intransparenz der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP für gänzlich inakzeptabel. Die Informationsmöglichkeiten, die vor kurzem den Abgeordneten des Deutschen Bundestags eingeräumt wurden, sind völlig unzureichend. Auch die Zivilgesellschaft muss angemessene Möglichkeiten erhalten, sich an Hand originaler Dokumente über TTIP zu informieren. Die SPD-Mitglieder im Europäischen Parlament und die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich mit mehr Nachdruck für mehr Transparenz einzusetzen.</p>	
15	<p>3. Solange durch das Handelsabkommen TTIP private Schiedsgerichte zum Investorenschutz eingerichtet werden sollen,</p>	
20		
25		

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 30 lehnt die SPD das Abkommen ab.
4. Die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und die SPD-Minister in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich
- 35 allen Versuchen, die Abkommen CETA und/oder TTIP an den nationalen Parlamenten vorbei in Kraft zu setzen, entschieden zu widersetzen. Das vorläufige In-Kraft-Setzen von CETA oder Teilen von
- 40 CETA ohne vorherige Zustimmung durch die nationalen Parlamente wird strikt abgelehnt.

C 22

Kreisverband Oberbergischer Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

- | | |
|---|---|
| | <p>Derzeit „Nein“ zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA</p> |
| <p>Die SPD lehnt derzeit die Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA ab und fordert alle sozialdemokratischen Mandatsträger auf, im Europaparlament, im Bundestag und den Landtagen Deutschlands derzeit gegen diese Vorhaben zu stimmen.</p> | <p>Derzeit „Nein“ zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA</p> <p>Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p> |
| <p>5</p> | |

C 23

Ortsverein Neustadt-Gimmeldingen (Landesverband Rheinland-Pfalz)

- | | |
|---|---|
| | <p>Freihandelsabkommen - TTIP, CETA und TiSA nicht ratifizieren!</p> |
| <p>Für einen fairen und nachhaltigen Handel und für den Schutz von europäischen Arbeits- und Verbraucherschutz-, Sozial-, und Umweltstandards</p> | <p>Freihandelsabkommen - TTIP, CETA und TiSA nicht ratifizieren!</p> <p>Überweisung an SPD-Parteikonvent im September 2016</p> |
| <p>5</p> <p>Die SPD Gimmeldingen hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit den Themen TTIP CETA und TiSA befasst. In Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern haben wir unsere Position zu diesen Themen erarbeitet und diskutiert. Auf dieser Basis stellt der SPD Ortsvereinsvorstand Gimmeldingen folgenden Antrag an den Parteikonvent zu TTIP, CETA und TiSA:</p> | |
| <p>10</p> | |
| <p>15</p> <p>Freihandelsabkommen können einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und damit</p> | |

20 indirekt auch sozialen Gestaltung der Globalisierung leisten. Sie bergen aber zugleich beachtliche Gefahren und Risiken, denen durch klare Grundbedingungen sozialer Politik begegnet werden muss.

25 Wir wollen, dass die EU zum weiteren Ausbau fairer weltweiter Handelsbeziehungen beiträgt. Eine Handelsliberalisierung darf daher nicht zum Absinken unserer rechtsstaatlichen, sozialen, ökologischen Standards führen. Sie muss im Gegenteil einer neuen, gerechteren Weltwirtschafts- und Sozialordnung dienen. Als Sozialdemokratinnen und 30 Sozialdemokraten müssen wir internationale Vereinbarungen nutzen, international auf die Einhaltung wichtiger sozialer Errungenschaften drängen. Die Zustimmung zu Handelsabkommen muss demnach an Bedingungen 35 geknüpft sein, die dies gewährleisten. Das gilt für den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch bei Finanzprodukten im Dienstleistungssektor. Außerdem dürfen Freihandelsabkommen in keinem Fall 40 Rechte von Arbeitnehmern/innen und oder staatliche Regulationsmöglichkeiten aushöhlen und Mitbestimmungs- Arbeits- und Umweltstandards senken.

45 Wir fordern insbesondere:

- Die CETA- und TTIP-Vertragstexte dürfen keine Investitionsschutzklauseln enthalten, insbesondere keine Klagerechte von Unternehmen gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten.
- Auf keinen Fall darf das Niveau von Umwelt-, Arbeitnehmer- oder Verbraucherschutzregeln das Niveau der sozialen Versorgung (z.B. gesetzliche Unfall- und Sozialversicherungen) direkt oder indirekt abgesenkt werden. Eine gegenseitige Anerkennung von Standards mit nichtgleichwertigen Funktionen oder Wirkungen der Regulierung darf es nicht geben. 60 Beide Vertragspartner müssen sich verpflichten, internationale Übereinkünfte und Normen in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Verbraucherschutz schnellstmöglich zu ratifizieren und umzusetzen. 65 Dazu gehören die Ratifizierung und die

- 70 Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, weiterer von der ILO als „bedeutend“ klassifizierter Arbeitsnormen und der OECD Rahmenvereinbarungen für multi-nationale Unternehmen.
- Eine Liberalisierung von Dienstleistungen muss kritisch und transparent gestaltet sein, einen Automatismus wie bei einem Negativlistenansatz lehnen wir ab. Auch die Ratchet-Klausel und das sogenannte „living agreement“ lehnen wir ab.
- 75
- Umfang und Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU sind zu wahren. Öffentliche Dienstleistungen und die Entscheidung der öffentlichen Hand über die Erbringung von Dienstleistungen müssen komplett aus den Verhandlungen mit den USA, analog zur Wasserversorgung in CETA, ausgenommen werden, auch wenn diese Dienstleistungen von einer oder von beiden Vertragsparteien bereits liberalisiert worden sein sollten.
- 80
- 85 Eine Rückführung in den öffentlichen Bereich darf nicht ausgeschlossen werden.
- 90 • Der Datenschutz ist auf höchstem europäischem Niveau zu erhalten.
 - Das Vorsorgeprinzip muss vollumfänglich erhalten bleiben, es darf nicht dem Nachsorgeprinzip geopfert werden.
- 95
- Das Recht und die Aufgabe von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, darf nicht durch die Schaffung eines „Regulierungsrates“ im Kontext regulatorischer Kooperation erschwert werden.
- 100
- Bei Ceta ist das Kapitel zu Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung mindestens genauso durchsetzbar zu gestalten, wie die restlichen Kapitel des Abkommens, es muss zumindest unter den allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus fallen, so dass Verstöße mit Handelssanktionen oder Entschädigungszahlungen geahndet werden können.
- 105
- 110
- Eine Revisionsklausel muss enthalten sein, die eine Korrektur von unerwünschten Fehlentwicklungen ermöglicht. Über-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

- 115 prüfungs-, Beschwerde- und Sanktionsmechanismen müssen zwingend in einem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus verankert werden.
- Alle Freihandelsabkommen, insbesondere CETA und TTIP müssen explizite Menschenrechtsklauseln enthalten, die es ermöglichen würde, das Abkommen einseitig ganz oder teilweise auszusetzen, wenn gegen Menschenrechte wie die Kernarbeitsnormen verstoßen wird.
- 120
- 125

Zur Erhaltung und zum Schutz der Bürger-, Arbeitnehmer-, und Mitbestimmungsrechte sowie der Verbraucher- und Umweltschutzstandards fordern wir die SPD auf allen Ebenen, insbesondere die in den Landes- und Bundesregierungen als auch den im Europaparlament beteiligten Fraktionen, auf die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada als auch das Trade in Services Agreement TiSA (nicht zu ratifizieren, sowie die Inhalte der bisher geführten Verhandlungen lückenlos offen zu legen. Sollten diese Forderungen im Vertragstext eines Freihandelsabkommens nicht erfüllt werden, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und Abgeordneten des Europaparlaments (Fraktion S & D im Europäischen Parlament) auf, diese Abkommen abzulehnen. Außerdem sollte in regelmäßigen zeitlichen Abständen eine Überprüfung bestehender Abkommen anhand dieser Kriterien stattfinden.

130

135

140

145

150

C 24

Ortsverein Neckarbischofsheim (Landesverband Baden-Württemberg)

Mitgliederbefragung über Zustimmung oder Ablehnung von TTIP und CETA

Über die Zustimmung oder Ablehnung zum TTIP/CETA-Freihandelsabkommen durch die SPD-Fraktion im Bundestag soll eine Mitgliederbefragung der SPD durchgeführt werden.

Mitgliederbefragung über Zustimmung oder Ablehnung von TTIP und CETA

Erledigt durch den Beschluss "Globalisierung gestalten - fairen Handel ermöglichen" des Bundesparteitages 2015, in dem der Diskussionsprozess in der SPD festgelegt ist

Organisationspolitik (O)

O 1

Landesverband Rheinland-Pfalz

	Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Innere Sicherheit	Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Innere Sicherheit
5	Die SPD Rheinland-Pfalz fordert, dass der SPD-Parteivorstand sich dafür einsetzt, dass auf Bundesebene eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft Innere Sicherheit gemäß § 10 des Organisationsstatus der SPD aufgenommen wird.	Überweisung an SPD-Parteivorstand

O 2

Ortsverein Bochum-Stiepel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Einsetzung eines AK "Religionspolitik"	Einsetzung eines AK "Religionspolitik"
5	Die SPD möge sich auf ihre säkularen Wurzeln besinnen und einen AK „Religionspolitik“ ins Leben rufen, um das Verhältnis „Staat-Kirchen-Religionsgemeinschaften-Konfessionsfreie“ neu auszubalancieren und die säkularen Leitplanken der Zivilgesellschaft zu verstärken.	Überweisung an SPD-Parteivorstand

O 3

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

	Fristen des Parteikonvents	Fristen des Parteikonvents
5	Zukünftige Parteikonvente werden so geplant, dass zwischen dem Einladungsdatum und dem Antragsschluss ein 2-monatiger Vorlauf besteht, der es den Parteigliederungen ermöglicht fristgerecht Anträge einzureichen.	Ablehnung

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
---------	------------------------------------

O 4

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

Keine Rechten in unseren Reihen

Wir SozialdemokratInnen dulden in unseren Reihen keine Rechten, egal woher sie kommen. Wir fordern, dass es mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar ist ausländischen Parteien anzugehören, die eindeutig dem rechten Spektrum angehören. Zulässig sind nur Mitgliedschaften in Parteien, die Mitglied der sozialistischen Internationalen, der progressiven Allianz, der S&D-Fraktion oder der SPE oder in Parteien oder in Organisationen, die erklärtermaßen oder offensichtlich keine sozialdemokratischen Grundsätze verletzen.

Keine Rechten in unseren Reihen

Annahme in geänderter Fassung

Wir SozialdemokratInnen dulden in unseren Reihen keine Rechtsextremisten. Zulässig sind nur Mitgliedschaften in Parteien, die Mitglied der sozialistischen Internationalen, der progressiven Allianz, der S&D-Fraktion oder der SPE sind.

O 5

Ortsverein Bamberg-Altstadt-Süd (Landesverband Bayern)

Online-Mitarbeit – E-Democracy

Um eine Parteistruktur des 21. Jahrhunderts zu schaffen, Know-How insb. der unteren Parteiebene einzubeziehen und die Beteiligung vor allem jüngerer Genossinnen und Genossen zu fördern, fordern wir:

- Online-Diskussionsforen, deren Ziel eine aktive Mitarbeit am Wahlprogramm vor allem zu landes- und bundespolitischen Themen ist, sollen ausgebaut werden.
- Diese Online-Diskussionsforen sollen aktiv beworben werden.
- Zu jedem Politikbereich soll es ein Diskussionsforum geben.
- Alle Arbeitsgemeinschaften sollen verpflichtet werden, Online-Diskussionsforen zur Verfügung zu stellen.
- Das ausdrückliche Ziel dieser Online-Diskussionsforen soll es sein, Anträge zu erstellen und diese einzureichen.
- Bei entsprechender Unterstützung durch Genossinnen und Genossen sollen diese Online-Arbeitsgemeinschaften Antragsrecht bis in die höchsten Parteiebenen haben.

Online-Mitarbeit – E-Democracy

Überweisung an SPD-Parteivorstand

06

Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)

	Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen	Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen
	Wir fordern, dass die SPD für die kommende Bundestagswahl die Gerechtigkeitsfrage in Deutschland und Europa in den Mittelpunkt stellt. Themen wie Rente, Arbeitsmarkt, Integration, Gleichstellung, gerechte Löhne und Steuern sowie Wohnen sind nicht nur	Erledigt durch den bereits beschlossenen und definierten Prozess der Perspektivdebatte.
5	Markenkern der SPD sondern bedürfen in einer sich verändernden Welt neuer sozialdemokratischer Antworten. Zusätzlich sollen bei der Programmearbeitung die Mitglieder der SPD ein bindendes Mitgliedervotum abgeben können, um die inhaltlichen Präferenzen im Vorfeld der Programmearbeitung festzulegen. Außerdem soll bei einem reinen	
10	Programmparteitag das Wahlprogramm ausführlich debattiert und abgestimmt werden. Es ist wichtig, dass die politischen Entscheidungen für alle nachvollziehbar und transparent sind.	
15		

07

Ortsverein Wehrheim (Bezirk Hessen-Süd)

	Programmatische Verlässlichkeit: Es muss wieder klar werden wofür die SPD steht	Programmatische Verlässlichkeit: Es muss wieder klar werden wofür die SPD steht
	Vom Parteivorstand sind Ressourcen zu schaffen, die es ermöglichen, jährlich ein Schwarzbuch zu erstellen. Dieses soll herausstellen, inwiefern exekutives Handeln in Regierungsverantwortung – vor allen in Koalitionen - mit programmatischen Vorgaben nicht vereinbar ist oder deren Vereinbarkeit zumindest zweifelhaft ist. Andererseits sollten auch die Errungenschaften hinsichtlich der Durchsetzung programmatischer Vorgaben herausgestellt werden.	Ablehnung
5		
10		

08

Ortsverein Wilhelmsdorf (Landesverband Baden-Württemberg)

	Ergebnisse der Landtagswahlen	Ergebnisse der Landtagswahlen
	Das Ergebnis der Landtagswahl 2016 ist ein Desaster für die SPD. Davon betroffen ist	Ablehnung

5 nicht nur die baden-württembergische Landespartei. Wenn sich die Zustimmung für unsere Partei in einem so bevölkerungsreichen Land wie Baden-Württemberg praktisch halbiert, sind negative Auswirkungen für die Gesamtpartei zwangsläufig. Das gilt insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahl 10 2017. Es droht rasant fortschreitender Verlust an Einfluss der SPD auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens. Die ehrliche Auseinandersetzung mit dem verheerenden Ergebnis der Landtagswahl ist ebenso überfällig wie Konsequenzen unausweichlich sind. 15

Wir erinnern uns:

20 Unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel machte zum Auftakt des Parteitags bereits im November 2013 vor dem Mitgliederentscheid über die Koalitionsfrage eine „Kluft zur SPD-Kernwählerschaft“ aus und konstatierte: „52 % der Wähler sagen, die SPD sei nicht mehr die Partei der kleinen Leute. Einen 25 schwereren Vorwurf kann man einer sozialdemokratischen Partei nicht machen.“ Auf seine klare Feststellung „Mehr Arbeiter wählten CDU als SPD“ folgte sein Versprechen: „Wir wollen kein zweites Mal eine Politik 30 betreiben, bei der die SPD wieder gegen ihr eigenes Selbstverständnis verstößt. Das darf es mit uns nicht noch einmal geben, liebe Genossinnen und Genossen.“ Dafür gab es großen Beifall und in der Partei entstand die 35 Hoffnung, dass sich die SPD nicht länger neoliberaler Verunstaltung aussetzen und wieder ihrer Kernaufgabe im Kampf für soziale Gerechtigkeit zuwenden wollte.

40 **Wir sehen heute:**

Zwar nicht nur dort, aber eben auch in unserer Landespartei blieb dieser Weckruf ungehört. Die neue Weichenstellung war jedenfalls für unsere traditionelle Wählerschaft 45 nicht erkennbar. Anders lässt sich die dramatische Abkehr bisher mit uns verbunden gewesener Arbeiter und Angestellter (jeweils - 11 %) und Rentner (- 10 %) nicht erklären. Besonders augenfällige Verluste bei 45 bis 50 59-jährigen Frauen (- 12 %) und Männern (- 13 %) legen nahe, dass die altersbedingte

55 Rentennähe schlimme, von unserer Partei maßgeblich mit zu verantwortende Verschlechterungen in der Altersversorgung ins Bewusstsein rücken. Dass der Zustimmungsverlust bei Selbständigen mit – 3 % vergleichsweise gering ausfiel, sagt viel über die nicht mehr traditionell sozialdemokratische Ausrichtung der Partei aus.

60

Wir weigern uns,

65 Schönfärberei zu folgen und das Debakel einer krachend verlorenen Wahl allein auf die Attraktivität des grünen Ministerpräsidenten und des grünen Koalitionspartners zurückzuführen. Wir lehnen auch ab, es bei der Erklärung mit Defiziten bei der Vermittlung von SPD-Landespolitik zu belassen. Ebenso halten wir für abwegig, den von der rechtspopulistischen AfD mit der Flüchtlingsthematik angezettelten Sog dafür verantwortlich zu machen, dass unsere Partei im neuen Landtag nur noch die viertstärkste Partei hinter den Rechtsauslegern von der AfD ist.

75

Wir unterstützen

80 den Vorstoß von Hilde Mattheis und weiteren Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion, die sich gemeinsam mit der stv. Landesvorsitzenden Leni Breymaier unter der Überschrift „Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten“ für eine Re-Sozialdemokratisierung der SPD einsetzen

85 Wir werden uns beteiligen,

an einer schonungslosen Analyse des Wahlergebnisses, der Landes-SPD, ihrer Führungsgremien, unserer Organisationsstrukturen und der Art, wie wir Entscheidungen treffen. Inhaltliche, strukturelle und personelle Erneuerung sind notwendig und müssen das Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses von unten nach oben bei uneingeschränkter innerparteilicher Transparenz sein.

95

Wir fordern

100 alle in den Führungsgremien der Landes-SPD für unsere dem Wahldesaster vom 13. März vorausgegangene Politik und deren Vermitt-

105 lung verantwortlich gewesene Genossinnen
 und Genossen dringend auf, sich selbst zu
 prüfen und der Frage zu stellen, ob sie
 glaubwürdig die unverzichtbare Neuausrich-
 tung der Partei verkörpern können. Bisher
 vermessen wir sowohl beim Spitzenkandida-
 110 ten und Landesvorsitzenden Nils Schmid als
 auch bei den meisten anderen Spitzenleuten
 der Landesebene den selbstkritischen Rück-
 blick, deutliche Hinweise auf Einsicht in das
 Erfordernis grundlegender Veränderungen
 und Besinnung auf sozialdemokratische
 115 Kernanliegen mit dem Ziel der Wiedergewin-
 nung des Alleinstellungsmerkmals als Partei
 der sozialen Gerechtigkeit. Standardphrasen
 wie etwa „Wenn es der Wirtschaft gut geht,
 geht es auch den Arbeitnehmern gut“ wer-
 den durch die Lebenswirklichkeit widerlegt
 und gehören für Sozialdemokraten auf den
 120 Müll.

Wir werden nicht zulassen,
 dass sich der ohnehin grassierende – und von
 Populisten weidlich genutzte – Eindruck ver-
 125 festigen könnte, wonach etablierter Politik
 Ämter und Posten wichtiger sind als nach
 außen kommunizierte Interessenwahrneh-
 mung und Eintreten für ein von sozialer Ge-
 rechtigkeit beherrschtes Gemeinwesen.
 130 Soweit in diesem Antrag Sachverhalte, Gre-
 mien oder Personen auf Landesebene ange-
 sprochen sind, gilt das sinngemäß auch für
 die Gesamtpartei.

09

Ortsverein Bremen-Gartenstadt-Vahr (Landesorganisation Bremen)

Stabilisierung der SPD
 Bis zu einer Stabilisierung der SPD in den
 Meinungsumfragen zur sog. Sonntagsfrage
 bei mehr als 30% Stimmanteilen der reprä-
 5 sentativ Befragten oder entsprechenden
 Wahlergebnissen bei Bundestagswahlen sind
 die Mitgliedschaft in einer Bundesregierung
 und im Parteivorstand der Bundes-SPD in-
 kompatibel. Dieser Grundsatz wird sofort
 wirksam.

Stabilisierung der SPD

Ablehnung